

Baden-Baden, 15. Juli 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Arnold, von Brentano, Cillien, Dichtel, Ehlers, Fay, Gerstenmaier, Globke, Gradl, Häussler, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lensing, Lenz, von Lojewski, Lukaschek, Majonica, Müllenbach, Müller, Pferdmenges, Samsoe, Scharnberg, Simpfendorfer, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wuermerling.

Bericht zur Lage; die innenpolitische Situation im Hinblick auf die Wahl. Bericht über die Verhandlungen mit anderen Parteien: Niedersachsen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg. Einsetzung eines Ausschusses zur Verhütung von Auswüchsen im Wahlkampf. Aufstellung von Kandidaten. Rundfunk, Presse, Flugblätter, Versammlungen. Geldfragen. Hauptpunkte innenpolitischer Wahlpropaganda.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir wollen beginnen. Ich bitte zunächst, dafür zu sorgen, daß weder ein Journalist noch ein Fotograf ins Haus kommt. Wir haben sehr interne parteipolitische Fragen zu besprechen. Es haben sich entschuldigt: Dr. Schröder, Lemmer, Franz Josef Strauß, Dr. Strickrodt – Herr Häussler¹ ist für ihn gekommen – und Herr Schuberth².

Unser Programm wollen wir möglichst schnell abwickeln, da Sie alle am Nachmittag wieder fort wollen. Aber wir haben eine ganze Reihe von Punkten zu erledigen. Es werden aus dem Schoß der Versammlung noch weitere Fragen zur Sprache gebracht werden, und zwar eine Reihe weniger wichtiger und eine Reihe wichtiger Fragen. Vielleicht sprechen wir zu den weniger wichtigen Fragen sehr wenig und zu den wichtigen Fragen wenig. Ich nehme an, daß wir dann zeitig fertig werden. Wir essen gemeinsam zu Mittag hier im Hause. Ich schlage vor, um halb 2 Uhr eine Mittagspause eintreten zu lassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß sehr schnell serviert wird, damit wir um viertel nach 2 Uhr fortfahren können. Sind Sie damit einverstanden?

Dann darf ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. Ich werde mich sehr kurz dabei fassen. Zunächst möchte ich nochmals bitten, daß wir über unsere heutige Besprechung wirklich Stillschweigen beobachten. Soweit das nicht nötig und

1 Erwin Häussler (1909–1981), 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB, seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg.

2 Hans Schuberth (1897–1976), ab Februar 1947 Staatssekretär für Post- und Fernmeldewesen im bayerischen Verkehrsministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1953 Bundespostminister, 1953–1957 MdB (CSU).

in der Natur der Sache begründet ist, können wir unseren Parteifreunden davon Mitteilung machen.

BERICHT ZUR LAGE

Zur außenpolitischen Frage darf ich folgendes sagen: Heute nachmittag um 5 Uhr wird die Note der drei Mächte, die in Washington versammelt waren, in Washington, London und Paris dem jeweiligen sowjetischen Botschafter überreicht werden.³ Sie haben heute aus der Zeitung erfahren, daß ich Herrn Blankenhorn dorthin geschickt habe, und zwar hatte ich Herrn Blankenhorn vergangene Woche dorthin geschickt. Es ist gelungen, seine Anwesenheit in Washington fünf Tage lang geheimzuhalten. Ich hatte Herrn Blankenhorn hingeschickt, damit bei diesen Beratungen ein Mann anwesend war, der Auskunft geben konnte. Ich darf hier in diesem Kreise weiter sagen, daß ich auch einen persönlichen Brief geschrieben hatte.⁴

Im allgemeinen möchte ich betonen, daß diese Note – ich habe sie hier, aber ich darf sie Ihnen leider nicht vor 5 Uhr heute nachmittag mitteilen – durchweg allen Wünschen entspricht, die von meiner Seite geäußert worden sind. Ob die für Ende September vorgeschlagene Viererkonferenz Aussicht auf Erfolg hat, kann man jetzt noch nicht beurteilen. Die Dinge in Sowjetrußland sind nach wie vor völlig unübersichtlich. Man weiß überhaupt nicht, wer die Zügel dicht bei der Hand hat oder wer der Meister dort ist. Jedenfalls war es gut, diese Viererkonferenz vorzusehen. Ich darf in diesem Kreise sagen, daß der Beschuß, eine Viererkonferenz den Russen vorzuschlagen, sehr stark auf meinen Einfluß zurückzuführen ist.⁵

Wenn also in der sozialdemokratischen Agitation die Behauptung aufgestellt werden sollte, daß ich gegen eine Viererkonferenz sei, so ist genau das Umgekehrte richtig. Sie wissen, daß ein starker Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und London bestand. Die Vereinigten Staaten wollten keine Viererkonferenz abhalten, bei der nicht auch die übrigen zwischen den Großmächten schwelenden asiatischen Fragen erörtert würden. Und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß auf deutsches Eingreifen hin Amerika diesen Standpunkt hat fallen lassen. Das Communiqué über

3 Die Außenminister Frankreichs (Georges Bidault), Großbritanniens (Lord Salisbury stellvertretend für den erkrankten Eden), der USA (John Foster Dulles) berieten vom 10.–14. Juli in Washington über die Deutschland-Frage, Europa und die Lage in Indochina. Vgl. Kommuniqués, Einladungsnoten an die Sowjetunion sowie Kommentare und Reaktionen in AdG 1953 S. 4075–4078; vgl. auch EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5911–5913; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 232–238.

4 Wortlaut des Schreibens vom 8. Juli 1953 an Dulles in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 225f., zur Mission Blankenhorns EBD. S. 226–228 sowie BLANKENHORN S. 158–162.

5 Zu dieser Außenministerkonferenz der vier Mächte über Deutschland kam es erst am 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin. Zur Einflußnahme Adenauers vgl. BULLETIN Nr. 15 S. 113, Nr. 37 S. 297ff., Nr. 38 S. 305ff.

die Washingtoner Konferenz hat schon in der Presse gestanden, wenigstens auszugsweise, es ist sehr umfangreich, und wir können damit durchaus zufrieden sein.

Für die Wahl betrachtet, geht aus den ganzen außenpolitischen Vorgängen folgendes hervor: Es gibt kein Ausweichen – wie die Sozialdemokraten das wünschen – vor der EVG. Es ist nachdrücklichst von Eisenhower und von den Vereinigten Staaten, aber auch von London und Paris erklärt worden, daß man an der EVG festhalte. Es ist weiter erklärt worden, daß man an der Politischen Gemeinschaft Europas festhalte, so daß also die sozialistische These – und das ist das große Positivum dieser Konferenz – absolut widerlegt ist. Es gibt keine andere Außenpolitik als die, die wir von Anfang an eingeschlagen und folgerichtig verfolgt haben. Diese Washingtoner Konferenz liegt genau und haarscharf in der bisher von uns vertretenen Linie, so daß wir auf dem ganzen Gebiete der Außenpolitik als Koalition alles für uns buchen können und die Sozialdemokratische Partei aber auch gar nichts für sich buchen kann. Die These der Sozialisten, daß sie durch ihre Taktik das uns überhaupt ermöglicht hätten, ist natürlich heller Wahnsinn. Darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren.

Lassen Sie mich dann etwas über die Dollarhilfe sagen. Ich bedaure sehr, daß die Presse hier so schlecht reagiert hat, wie ich überhaupt zu meinem Bedauern feststellen muß, daß die gesamte Presse geradezu miserabel für uns arbeitet. Ich komme auf einen Spezialfall noch zurück. Was diese 16-Millionen-Dollar-Hilfe angeht, so hat Eisenhower die mir angeboten. Es hat, wie Sie wissen, ein Briefwechsel zwischen dem Präsidenten Eisenhower persönlich und mir stattgefunden. Dieser Briefwechsel ist in der deutschen Presse erst erschienen, nachdem er etwa drei Tage vorher in der schweizerischen Presse erschienen war. Er ist von Washington aus amtlich veröffentlicht worden. Die deutsche Presse hat erst gelegentlich hinterher davon Notiz genommen.⁶

Und jetzt bemächtigt sich dieser ganzen Sache der Herr Reuter in Berlin, statt daß unsere Leute nun sagen: Es ist ein Erfolg der Regierungskoalition, daß diese 16 Millionen Dollar uns gegeben wurden. Auch diese Gabe können wir auf unser Pluskonto buchen. Wir versuchen jetzt – wir hatten das von vornherein in Aussicht genommen – auf dem Wege über die kirchlichen Institutionen, diese Gabe in das Sowjetzonengebiet und nach Ostberlin gelangen zu lassen.

Nun komme ich nochmals auf die Presse zurück. Diese Aktion hat die Presse vollkommen negiert. Sie hat ebenso – das finde ich in hohem Maße bedauerlich –

6 Eisenhower ließ am 10. Juli der sowjetischen Regierung bekanntgeben, daß die USA einen Betrag von 15 Millionen Dollar zur Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung Ostdeutschlands zur Verfügung stelle. Das amerikanische Angebot beruhte auf einer Anregung Adenauers (Schreiben vom 4. Juli an Eisenhower), auf die Eisenhower in seiner Antwort am 9. Juli positiv reagierte (AdG 1953 S. 4071f.; FAZ vom 13. Juli 1953). Trotz Ablehnung durch Sowjetunion und DDR sollten die Hilfsmaßnahmen durchgeführt und die Lebensmittel an der Demarkationslinie bereitgestellt werden (AdG 1953 S. 4087; FAZ vom 14., 15., 28. Juli 1953).

gar nicht die Erfolge beachtet, die wir in den Nachwahlen erzielt haben.⁷ Die sozialistische Presse würde, wenn die Sozialdemokraten bei Landtagswahlen Erfolge gehabt hätten, Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt und geschrien haben. Unsere Presse und die sogenannte neutrale Presse schreiben drei Zeilen. (*Zuruf:* Die CDU behauptet sich!) Dabei haben wir um 9 % zugenommen.

Ehe ich auf die Tagesordnung eingehe, lassen Sie mich noch einige allgemeine Worte über den Wahlkampf sagen. Sie werden gelesen haben, daß die erste Schlägerei in Frankfurt stattgefunden hat.⁸ Ich meine, allzu schlimm war das nicht, obgleich Schlägereien immer unerfreulich sind. Aber ich möchte ein allgemeines Wort sagen über nationalistische Töne, die sich auch bei uns breitmachen.

Die letzte Saardebatte im Bundestag hat bei den drei Westalliierten, insbesondere bei Frankreich, geradezu Entsetzen hervorgerufen wegen des daraus sprechenden Nationalismus.⁹ Ich muß Ihnen ehrlich sagen: mit Recht. Wer auch nur einigermaßen daran denkt, was Deutschland aus Frankreich herausgeholt hat in den Jahren der Besatzung, an Pferden, an Vieh, an Maschinen, an Rohstoffen, an Kleiderstoffen, (*Zuruf: An Menschen!*) an Menschen, kurz und gut, an allem, was nicht niet- und nagelfest war, und jetzt über Frankreich Gott weiß wie schimpft, das ist ein unverbesserlicher – beinahe hätte ich gesagt: Deutscher alten Stils.

Wir werden unsere Freunde im Lande draußen darauf aufmerksam machen müssen, daß wir nun wahrhaftig nicht den Krieg gewonnen haben. Daß wir diesen Krieg vom Zaun gebrochen und das ganze Unglück über die Welt gebracht haben, daran ist doch überhaupt nichts zu ändern. (*Arnold:* Das haben aber die meisten vergessen, Herr Bundeskanzler!) Deshalb wollen wir es ihnen ins Gedächtnis zurückrufen. Wir wollen kein Sündenbekenntnis ablegen, aber von diesen Ausschreitungen wollen wir uns fernhalten.

Noch von einer Heftigkeit – ich sehe gerade Herrn Kollegen Wuermeling – wollen wir uns fernhalten. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Wuermeling über die FDP – wir haben darüber einen Briefwechsel gehabt¹⁰ – haben das

7 Die Nachwahl in Tuttlingen war durch den Tod des CDU-Abgeordneten Hermann Dold nötig geworden. Sie ergab eine Steigerung der CDU-Stimmen von 43,1 % (1952) auf 50,1 %. Die SPD sank von 29,9 % auf 20,8 %, die DVP/FDP stieg von 15,9 % auf 19,4 %. Gewählt wurde Paul Binder (vgl. *UiD* vom 14. Juli 1953).

8 Am 13. Juli war eine Versammlung des rechtsradikalen „Reichsblocks“ gesprengt worden (FAZ vom 15. und 16. Juli 1953).

9 Die Saardebatte am 2. Juli ging auf eine Große Anfrage der SPD zurück (vgl. *Sten.Ber. 1. WP Bd.17 S. 13929–13938; BULLETIN* vom 2. Juli 1953). Von französischer Seite wurde die im Antrag des Bundestags an die Bundesregierung vertretene deutsche Haltung als in formellem Widerspruch mit der französischen Auffassung bezeichnet (AdG 1953 S. 4062).

10 Wuermeling hatte am 4. Juli in Düsseldorf die Ausführungen Reinhold Maiers auf dem FDP-Parteitag in Lübeck, CDU-Kreise seien aus konfessionellen Gründen an einer Wiedervereinigung uninteressiert, scharf zurückgewiesen und war daraufhin in der parteiamtlichen Korrespondenz der FDP vom 7. Juli heftig angegriffen worden (vgl. „Rhein-Zeitung“ vom 17. Juli 1953). – Der Briefwechsel ist nicht zu ermitteln.

denkbar größte Aufsehen erregt, und zwar deswegen, weil Herr Wuermeling Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ist, ganz abgesehen davon, daß mir die FDP lieber ist als die SPD, verehrter Herr Wuermeling, auch wenn sie von gleicher Größe wäre; denn die SPD bleibt im Grunde eine marxistische Partei, eine Klassenpartei, was die FDP doch nicht ist. Herr Wuermeling hat in seiner Rede die FDP gerade an ihrem empfindlichsten Punkt getroffen, indem er gesagt hat: Wir gehen nur mit der FDP, weil das die kleinere Partei ist. (*Wuermeling: Nein!*) Lieber Herr Wuermeling, so stand es überall in den Zeitungen! (*Wuermeling: Nein, das stimmt nicht!*) Dann hätten Sie es bitte berichtigen sollen! Sie haben nach den Zeitungen gesagt: SPD und FDP, das ist dasselbe uns gegenüber; wir gehen nur mit der FDP, weil sie die kleinere Partei ist. Und das ist gerade das, was einen Teil der FDP so furchtbar schockiert hat, daß sie sagen, wir sind nur ein Anhängsel der viel größeren CDU/CSU, und wir können keine selbständige Politik treiben.

Nun sieht es bei der FDP folgendermaßen aus: Herr Maier – mir war es von Herrn Euler schon vor Wochen gesagt worden – läßt sich aufstellen als Kandidat für den Bundestag, und zwar in der Absicht, zu erreichen, daß eine Koalition, die in Württemberg aus SPD, FDP und BHE besteht, zustande kommt. Wenn ihm das nicht gelingt, dann legt er sein Mandat nieder und geht nach Württemberg zurück und verkündet dort weiter seinen Mist. Demgegenüber gibt es in der FDP eine Richtung, die entschlossen das nicht will. Zu dieser Richtung gehört die gesamte FDP in Hessen und die FDP in Nordrhein-Westfalen.¹¹

Wie der BHE denkt, weiß ich nicht, aber es ist da ein Gefahrenpunkt aufgetaucht, an den wir noch vor drei, vier Monaten nicht gedacht haben. Wenn es dem Herrn Reinholt Maier gelingen sollte, mit seinen Leuten innerhalb der FDP die Mehrheit zu bekommen, um dann zu versuchen, mit der SPD und dem BHE eine Regierung zu bilden, so ist das eine sehr ernste Gefahr, der wir unbedingt ins Auge sehen müssen. Aus diesem Grunde – wir kommen im Laufe der Verhandlungen noch darauf zu sprechen – haben wir alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß diejenigen Teile der FDP, die Gegner von Reinholt Maier sind, gestärkt werden (*Arnold: Das ist schwierig!*) und nicht umgekehrt.

Noch ein Wort zur DP. Das interessiert Herrn Scharnberg. Die DP hat den für meinen Geschmack komischen Beschuß gefaßt, ganz allein und ohne Rücksichtnahme auf alle anderen Parteien in den Wahlkampf zu ziehen. Ich habe darüber mit Hellwege einen Briefwechsel¹² gehabt und habe auch mit ihm deswegen mehrfach telefoniert. Herr Hellwege hat in seinem Brief an mich – das ist sehr vertraulich zu behandeln – sogar geschrieben, die DP habe sich hierzu entschlossen,

11 Zu den verschiedenen Richtungen in der FDP vgl. MENDE S. 247f., 280f.; STÖSS 2 S. 1311–1381 hier S. 1320ff.

12 Vorhanden in NL Lenz ACDP I-172-058/2.

auch wenn sie dabei Mandate verlieren sollte; nach meiner Meinung ist das für einen Politiker eine ganz unmögliche Ansicht, die aber, wie mir Kenner des Herrn Hellwege sagten – ich will niemandem zu nahe treten –, stark beeinflußt wird von der Denkweise von Caux¹³, d.h., daß man dem einmal als richtig Erkannten folgen müsse ohne Rücksicht auf das, was sich daraus ergibt. Ich denke, wir werden darüber noch nähere Einzelheiten von Niedersachsen und Hamburg hören.

Angefangen hat der Wahlkampf noch nirgendwo, und man weiß nicht, was die Gegner im Schilde führen. Es wird Sie noch folgendes interessieren. Ich bekam am Sonntag von Herrn Haußmann aus Stuttgart ein sehr langes Telegramm, sehr mäßig gehalten, in dem er mich bittet und beschwört, doch nicht zuzulassen, daß ich an der Spitze der Landesliste in Baden-Württemberg aufgestellt werde, weil dadurch Komplikationen für die künftige Regierungsbildung heraufbeschwört würden. Ich habe Herrn Haußmann geantwortet, daß ich diese Sache hier zur Sprache bringen würde.¹⁴ In der Zwischenzeit hat sich die Angelegenheit dadurch geklärt, daß Herr Maier an die Spitze der Landesliste der FDP gekommen ist.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß Herr Globke – den ich ausdrücklich darum gebeten habe – uns einen kurzen sachlichen Bericht über die gesamte innenpolitische Situation im Hinblick auf die Wahl gibt. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich Herrn Globke bitten, kurz zu berichten.

Globke: Meine Damen und Herren! Wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich die Lage ...

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen! Herr Kiesinger ist später gekommen. Die Presse hat sich an ihn herangemacht, und der eine oder andere wird das Hotel verlassen. Ich bitte Sie auf das allerdringlichste, nichts der Presse zu sagen. Die Presse bekommt eine Verlautbarung. Wir können nicht zwischendurch der Presse etwas geben und nachher eine Mitteilung machen. Wir haben heute eine so interne Parteiversammlung, wie wir sie kaum jemals vorher gehabt haben!

Müllenbach: Ich habe den Pressevertretern gesagt, daß vorläufig nicht mit einer Verlautbarung zu rechnen ist. Sie haben das Haus verlassen.

Globke: Es ist klar, daß die Bundestagswahlen von 1953 unter ganz anderen Voraussetzungen stattfinden, als die Wahl von 1949 stattgefunden hat. Man hat in den vergangenen vier Jahren beobachten können, daß in der ersten Zeit die Anhänger der Regierungskoalition sich immer mehr verminderten, weil die Bevölkerung nicht in vollem Umfang in der Lage war, die Richtigkeit der Regierungspolitik von

13 Ort im schweizerischen Kanton Waadt bei Montreux. Konferenzzentrum der Stiftung für Moraleische Aufrüstung.

14 Dr. Wolfgang Haußmann (geb. 1903), 1945–1946 stv. Oberbürgermeister von Stuttgart (FDP), 1953–1966 Justizminister von Baden-Württemberg (1960–1964 zugleich stv. Ministerpräsident), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1946–1953 Vorsitzender der DVP/FDP-Fraktion). – Telegramm Haußmanns und Antwort Adenauers nicht zu ermitteln.

vornherein zu beurteilen. Wir haben bei den Wahlen 1950/51 feststellen müssen, daß fast sämtliche Koalitionsparteien einen Rückgang erfahren haben. In der Zwischenzeit ist eine wesentliche Umstellung in der Auffassung der Bevölkerung eingetreten. Insbesondere hat man die Richtigkeit der Außenpolitik weiter eingesehen. Man hat eingesehen, daß es nicht möglich ist, an der Wiederbewaffnung Deutschlands irgendwie vorbeizukommen.

Wir haben nun die Entwicklung der Stimmung in der Bevölkerung durch demoskopische Untersuchungen, die allmonatlich stattfinden, feststellen lassen.¹⁵ Wenn auch diese demoskopischen Untersuchungen nicht ein unbedingt sicheres Bild geben, so kann man doch im Zusammenhang mit anderen Momenten, die in der Zwischenzeit ganz eindeutig zutage getreten sind, feststellen, daß im wesentlichen der Trend, der sich bei diesen demoskopischen Untersuchungen zeigt, richtig ist. Demnach ergibt sich, daß die Aussichten der Regierungskoalition für die Wahlen günstig sind; das gilt insbesondere für die CDU.

Bei der DP, die niemals mehr als 6 % der Wähler hinter sich hatte, ist die Sache so, daß sie z.Z. mit etwa 4 % der Wähler rechnen kann.

Bei der FDP hat sich ein gewisses Ansteigen gezeigt. Seit Juli 1952 bis heute schwankt der Prozentsatz der FDP zwischen 12 und 16 %. Z.Z. ist der Anteil der FDP rückwärtig wegen der bekannten Vorgänge, auf die ich nicht näher einzugehen brauche.

Bei der CDU ist es so, daß sie nach den demoskopischen Untersuchungen eine ganze Zeit lang in ihrer Stärke von der SPD überflügelt worden war. Es hat sich darin aber eine ganz entscheidende Wendung gezeigt. Die CDU liegt nach den demoskopischen Ermittlungen mit 38 % der Stimmen an der Spitze. Insgesamt würden danach auf die bisherige Regierungskoalition nach diesen demoskopischen Untersuchungen entfallen: 38 plus 12 plus 4 % = 54 % der Wähler. Das ist bedeutend mehr als das, was sich nach den Ergebnissen der letzten Wahlen, die wir bei unseren Berechnungen zugrunde gelegt haben und mangels eines nicht unbedingt sicheren Materials bei den Verhandlungen über das Wahlgesetz zugrunde legen mußten, ergeben hat.

Bei den übrigen Parteien ist die Sache so: Bei der SPD, deren Anteil nach den demoskopischen Untersuchungen im Januar 1952 noch 40 % betrug, schwankt die Zahl zwischen 32 und 35 %. Neu aufgetreten ist in der Zwischenzeit der BHE. Der BHE hatte seinen Höhepunkt bei etwa 11 % in der Zeit von Februar bis Juli 1952. Dieser Satz ist wieder heruntergegangen auf 7 %. Beim Zentrum kann man höchstens mit 3 % der Stimmen rechnen. Die KP hat z.Z. nur noch 1 % der Wählerschaft hinter sich; das hat in der letzten Zeit zwischen 1 und 2 % geschwankt.

Weiter ist neu aufgetreten die Gesamtdeutsche Volkspartei von Heinemann, der

15 Vgl. NL Lenz ACDP I-172-035/2. Seit Frühjahr befand sich die CDU/CSU im Aufwind (vgl. Nr. 23 Anm. 82).

sich nach den neuesten Berichten mit der Gruppe um Wirth und Elfes, wenigstens zu einem Teil, zusammenschließen will.¹⁶

Durch die Sperrklausel im neuen Wahlgesetz sind die Aussichten von Zentrum, DP und KP gering. Es werden die verschiedensten Versuche gemacht, um trotzdem zu einem Ergebnis zu kommen. So hat die KP in Remscheid-Solingen Herrn Reimann¹⁷ aufgestellt. Das ist der für sie günstigste Wahlkreis. Sie beabsichtigen, am Wahltag in Remscheid ein sogenanntes Rotes Sportfest zu veranstalten, wodurch sie ihre Anhänger nach Remscheid bringen wollen, damit sie wenigstens diesen Wahlkreis erobern und um die ganzen Stimmen, die im Bundesgebiet abgegeben werden, zum Zuge kommen zu lassen.¹⁸

Etwas Ähnliches wird von der GVP in Essen III berichtet, wo Heinemann aufgestellt ist. Auch hierin soll eine Reihe von Heinemann-Anhängern gebracht werden; es ist noch nicht ganz sicher, unter welchem Motiv.¹⁹

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß am 6. September die Frankfurter Messe eröffnet wird, die am ersten Tag etwa 25.000 Besucher aufweist, die wahlberechtigt sind. Die Besucher wählen vermutlich zum großen Teil die Regierungskoalition. Der hessische Landesverband müßte prüfen, ob es möglich ist, in Frankfurt mit Hilfe des Wahlscheines zum Zuge zu kommen.

Von den Rechtsgruppen wird neuerdings gesagt, sie wollten als besonders zug-

16 Es handelte sich dabei um den Bund der Deutschen, der seinen ersten Bundeskongreß am 8. Juni in Köln hatte (AdG 1953 S. 4028). Die maßgebenden Kräfte waren der frühere Reichskanzler Joseph Wirth und Wilhelm Elfes. Am 20. Juli 1953 beschloß der Bund der Deutschen, auf eigene Wahlvorschläge zu verzichten und mit der GVP eine Wahlkoalition einzugehen (AdG 1953 S. 4083). – Joseph Wirth (1879–1956), Gymnasialprofessor; 1913–1921 MdL Baden (Zentrum), 1914–1933 MdR, (1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung), 1918–1920 badischer Finanzminister, 1920–1921 Reichsfinanzminister, 1921–1922 Reichskanzler, 1929–1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1930–1931 Reichsinnenminister, 1948 Mitgründer der Partei Union der Mitte, 1953 Mitgründer des Bundes der Deutschen (Thomas A. KNAPP in LEBENSBILDER 1 S. 160–173). – Wilhelm Elfes (1884–1969), gehörte im Zentrum (1904–1933) und in den katholischen Arbeitervereinen zum linksdemokratischen Flügel, 1945–1951 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1952–1953 führend in der Deutschen Sammlung, seit 1953 im Bund der Deutschen, 1960 Mitglied der Deutschen Friedensunion, 1951–1964 Mitglied des Deutschen Weltfriedensrates (Wolfgang LÖHR in LEBENSBILDER 5 S. 239–252).

17 Max Reimann (1898–1977), bis 1933 Parteisekretär der KPD, 1946–1947 und 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1956 Parteivorsitzender, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (bis 1951 Vorsitzender der KPD-Fraktion).

18 Tatsächlich erreichte die KPD in Remscheid-Solingen 12,1 % der Erst- bzw. 12 % der Zweitstimmen (CDU 38,6 %/36,4 %, SPD 29,3 %/29,1 %, FDP 15,8 %/16,9 %).

19 Heinemann war unmittelbar nach dem Krieg Oberbürgermeister von Essen und erwartete dadurch einen besonderen Bonus. Gewählt wurde im Wahlkreis Essen III Jakob Kaiser mit 53,6 bzw. 49,6 %; die GVP kam auf 3,9 % bzw. 4,2 %.

kräftig herausstellen Ramcke²⁰ und Frau Dönitz²¹. Die DRP will angeblich Herrn Naumann herausstellen. Es ist auch von Remer die Rede gewesen.²² Aber das ist nicht anzunehmen, denn damit würde diese Rechtsgruppe aller Wahrscheinlichkeit nach als Fortsetzung der alten SRP anzusehen sein und somit von vornherein darauf verzichten müssen, praktisch zum Zuge zu kommen.

Dieser Trend, der sich aus den demoskopischen Untersuchungen über die Neigung der Bevölkerung zu den einzelnen Parteien ergibt, wird noch deutlicher, wenn man sich überlegt, was bei der Fragestellung herausgekommen ist, wer der neue Bundeskanzler werden soll. Es ist zum Teil bekannt, ich darf es aber für diejenigen, die es noch nicht wissen, wiederholen: 48 % der Stimmen sind für den jetzigen Bundeskanzler abgegeben worden, 5 % für Ollenhauer und je 1 % für Reuter und Schmid. Die übrigen haben sich nicht geäußert oder dergleichen mehr. Dabei ist besonders interessant, daß von den befragten SPD-Anhängern sich 24 % für Adenauer ausgesprochen haben.

Eine Bestätigung dieses Trends findet man in den letzten Ergebnissen der Kommunalwahlen wie der Landtagswahlen nach 1951. Die in der ersten Zeit eingetretenen Verluste sind zum Teil aufgeholt worden, und man kann damit rechnen, daß sie in noch viel weitergehendem Maße aufgeholt werden. Vor allem sind die Beispiele von Leer und Tuttlingen bezeichnend. In Leer hat der Kandidat der Regierungskoalition 55,6 % der Stimmen bekommen, während der Wahlkreis bisher von einem SPD-Mann vertreten war.²³ In Tuttlingen sind die CDU-Stimmen von 43 % bei der letzten Landtagsnachwahl auf 50,1 % gestiegen. Die SPD, die zunächst 27,6 % bei der Bundestagswahl 1949 erreichte und dann bei der Landtagswahl 1952 auf 29,9 % gestiegen ist, ist jetzt auf 20,8 % zurückgefallen; sie hat also 9 % verloren. Die FDP hat gegenüber der Bundestagswahl und der Landtagswahl eine leichte Steigerung zu verzeichnen, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß der Kandidat der FDP der einzige Kandidat war, der in dem Kreis eingesessen ist, und zwar ein Fabrikant aus Tuttlingen.²⁴

20 Hermann Bernhard Ramcke (1889–1968), 1942 Generalmajor und Kommandeur der Fallschirmbrigade 2 in Afrika, anschließend Kommandeur der 2. Fallschirmjäger-Division, 1944 General der Fallschirmtruppen und Kommandant der Festung Brest (STOCKHORST S. 336).

21 Inge Dönitz, Frau des bis 1956 in Haft befindlichen früheren Großadmirals und Oberbefehlshabers der Kriegsmarine Karl Dönitz (1891–1980). Die Ausführungen Globkes stützen sich auf Pressemitteilungen (vgl. FAZ vom 14. Juli 1953).

22 Die DRP nominierte am 2. August 1953 Naumann, der am 28. Juli auf freien Fuß gesetzt worden war, und den ehemaligen Luftwaffenobersten Hans Ulrich Rudel sowie den Schriftsteller Hans Grimm zu Spitzenkandidaten (AdG 1953 S. 4100).

23 Für den am 31. Januar 1953 verstorbenen SPD-Abgeordneten Louis Telemann zog Hermann Johannes Conring am 22. April 1953 für die CDU/DP in den niedersächsischen Landtag ein. Wahlbeteiligung 51,92 % – SPD 7.303 gegenüber 9.352 Stimmen im Jahr 1951, Conring 11.678 Stimmen, BHE 1.734 gegenüber 2.367 Stimmen, KPD 302 Stimmen, 254 ungültige Stimmen; insgesamt wurden 21.271 Stimmen abgegeben (vgl. UID vom 23. April 1953).

24 Vgl. Anm. 7.

Aufgrund der Verhältnisse in den einzelnen Ländern ist damit zu rechnen, daß in einer großen Zahl der Länder die Stimmenzahl von 1949 erreicht oder vielleicht überschritten werden wird. Ungünstiger als 1949 wird die CDU in Bremen vermutlich, wahrscheinlich auch in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg abschneiden. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg war die Lage 1949 besonders günstig. Es wird aber nicht zu wesentlichen Einbußen führen. Offen sind die Ergebnisse in Schleswig-Holstein; dort war die Situation bis vor kurzem so, daß FDP und DP fast verschwunden waren und ihre Anhänger zur CDU übergegangen sind. Aber in der letzten Zeit ist die Organisation sowohl der FDP wie der DP neu aufgebaut worden, wodurch sich ein gewisser Teil der Kreise, die für die CDU gestimmt haben würden, wieder von der CDU abwenden werden. In den übrigen Ländern darf man nach dem Ergebnis der Befragungen und aufgrund sonstiger Feststellungen mit einem günstigeren Ergebnis als 1949 rechnen.

Nun entsteht die Frage, ob man dieses Ergebnis durch Wahlabkommen verbessern kann. Dabei darf zunächst auf folgendes verwiesen werden. Das jetzt vorliegende Wahlgesetz ist ein reines Verhältniswahlrecht. Durch die Eroberung von Wahlkreisen wird daher an der Zahl der Mandate, die eine Partei letztlich im Bundestag bekommen wird, nichts geändert. Es ist so, daß auch Überhangmandate nur in einem ganz geringen Ausmaß entstehen werden, nachdem das Verhältnis der Wahlkreismandate zu den Listenmandaten, das früher 60:40 betrug, auf 50:50 geändert worden ist. Die Wahlabkommen haben daher weniger eine materielle als eine moralische Wirkung. Ich darf in diesem Zusammenhang auf folgendes hinweisen: Es ist von der Zentrumsseite ein Vorschlag gemacht worden, der auch in CDU-Kreisen weitgehend verbreitet worden ist.

Adenauer: Herr Globke, sollen wir nicht die Frage des Zentrums für sich behandeln?

Globke: Ich wollte nur diesen Vorschlag abtun. In diesem Vorschlag wird gesagt, daß CDU und Zentrum ein Abkommen in der Weise schließen könnten, daß dem Zentrum ein Mandat eingeräumt wird, alle übrigen Mandate im Wahlkreis der CDU zufallen sollen, daß aber sämtliche zweiten Stimmen auf der Liste dem Zentrum gegeben werden, wobei diese Zentrumsliste in der Hauptsache CDU-Kandidaten enthalten soll. Wenn das so gemacht würde, käme z.B. in Nordrhein-Westfalen folgendes Ergebnis heraus: in 46 Wahlkreisen würden die CDU-Kandidaten gewählt; auf der Zentrumsliste würden 73 Kandidaten gewählt, von denen nach Auffassung des Zentrums etwa 60 der CDU zufielen, so daß die CDU allein in Nordrhein-Westfalen 106 Mandate bekäme. Das ist den Wählern einfach nicht klarzumachen. Das stellt einen reinen Wahlbetrug mit legalen Mitteln dar. Ich glaube, es erübriggt sich – auch wenn dieser Vorschlag von den verschiedensten Seiten befürwortet würde –, ihn näher zu diskutieren.

Interessant ist dabei, daß Herr Heinemann eine ähnliche Anregung an die SPD herangetragen haben soll, wonach die SPD-Zweitstimmen seiner GVP zugute kommen, in Wirklichkeit aber auf der GVP-Liste vorwiegend Sozialdemokraten gewählt

werden sollen. Ich weiß nicht, ob die letzte Nachricht stimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die SPD darauf eingehen würde.

Nun ist gegen die Wahlabkommen eingewandt worden, daß sie zu einer gewissen Verwirrung der Wahl führen würden. Wenn die CDU-Wähler in einem Wahlkreis aufgefordert würden, ihre erste Stimme dem DP-Kandidaten und die Listenstimme dem CDU-Kandidaten zu geben, dann hätte das zur Folge, daß unter Umständen die zweite Stimme auch der DP gegeben würde und dergleichen mehr. Ich glaube, es läßt sich am besten nach den örtlichen Verhältnissen beurteilen, wieweit man von solchen Wahlabkommen Gebrauch machen soll oder nicht.

Jedenfalls würden solche Abkommen die Loyalität innerhalb der Regierungskoalition auch nach außen hin herausstellen. Es würde z.B. zweckmäßig erscheinen, daß man etwa bei dem Parteivorsitzenden der DP, Herrn Hellwege, wo die CDU praktisch nicht 10 % der Stimmen gebracht hat²⁵, davon absieht, einen CDU-Kandidaten aufzustellen, weil sonst die Gefahr besteht, daß der Wahlkreis Hellwege an die SPD fällt. Solche Abkommen würden auf der anderen Seite verhindern, daß die Koalitionsparaden untereinander zu scharf aneinandergeraten, wobei ja – darüber ist schon gesprochen worden – immer die Gefahr besteht, daß gesagt würde: Mit den Leuten, die ihr jetzt angreift, habt ihr vier Jahre lang Politik gemacht.

Zusammenfassend kann dazu gesagt werden, daß die CDU beruhigt in den Wahlkampf ziehen kann. Es wird mit gewissen Störungen aus dem Osten noch zu rechnen sein. Es wird nach den Nachrichten, die unter der Hand kommen, mit einer russischen Deutschlandnote²⁶ mit gewissen Angeboten zu rechnen sein, z.B., daß Kriegsgefangene entlassen werden und dergleichen. Aber alle diese Dinge können, wenn man sich darauf einstellt, aufgefangen werden. Sie können als das Ergebnis der zielbewußten Politik der Koalition und der von ihr gestellten Regierung herausgestellt werden, so daß also auch sie an dem Gesamtergebnis nichts ändern werden.

Adenauer: Darf ich zu dem Anerbieten Sowjetrußlands ein paar Worte sagen. Ich glaube, damit wird es ziemlich zu Ende sein. Aus dieser Note, die heute übergeben wird, darf ich – da wir nicht mehr mit den Journalisten bis 5 Uhr zusammenkommen – folgendes sagen: Die Verhandlungsgegenstände sollten folgende sein:

1. Die Organisation freier Wahlen in der östlichen Zone Deutschlands und in Berlin. Dies würde die notwendigen Garantien für die Freizügigkeit, die Handlungsfreiheit für die politischen Parteien, die Pressefreiheit und den Genuß freiheitlicher Grundrechte für alle deutschen Menschen voraussetzen.

25 Hellwege war über den niedersächsischen Wahlkreis Stade-Bremervörde in den Bundestag eingezogen (CDU 9,3 %, DP 40,4 %, SPD 39,6 %, FDP 3,6 %).

26 Nach der Antwortnote auf die Einladung der drei Westmächte zu einer Außenministerkonferenz vom 4. August (Text AdG 1953 S. 4102f.; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 236–238) übermittelte die Sowjetunion den Westmächten am 15. August eine Note zur Deutschlandfrage (AdG 1953 S. 4116–4118; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 244f.; vgl. auch SCHWARZ 1 S. 211–220).

2. Voraussetzungen für die Errichtung einer freien gesamtdeutschen Regierung mit Handlungsfreiheit in inneren und äußereren Angelegenheiten.

Das sind die wesentlichen Punkte. Dann kommt noch eine Erklärung über die europäische Einheit.

Darf ich nun mit Ihrer Genehmigung Herrn Staatssekretär Lenz bitten, das Referat des Herrn Globke zu ergänzen?

Lenz: Wir haben einige Skepsis über das bekommen, was die Opposition im Wahlkampf vorbringen will. Ich bitte Sie, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Es ist folgende Weisung ausgegeben worden: In der Außenpolitik müsse die SPD die Wahlpropaganda beherrschen. Sie müsse im Monat August überall zwischen Flensburg und Garmisch immer wieder mit besonderem Nachdruck betonen, die sozialdemokratische Opposition habe den Bundeskanzler zu der neuen Politik im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands gezwungen und der EVG-Vertrag sei tot.

Neben den wirtschaftspolitischen Thesen der SPD müßten diese beiden Themen die rhetorische Grundlage aller Wahlreden bilden. Die SPD dürfe in diesem Wahlkampf, nachdem sich Dr. Adenauer neuerdings ernstlich um die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands bemühe, den Erfolg ihrer Politik nicht aus der Hand geben. Immer wieder müsse den Wählern klargemacht werden, daß diese Sinnesänderung des Kanzlers der SPD zuzuschreiben sei.

Man dürfe es jetzt den anderen nicht leichtmachen, in den Kahn einzusteigen, den die Sozialdemokraten immer gesteuert hätten. In den Wahlversammlungen müsse Dr. Adenauer immer zum Vorwurf gemacht werden, in der Vergangenheit nichts für die Wiedervereinigung Deutschlands getan zu haben. Besonders hervorgehoben werden müsse auch, welche Niederlagen die Bundesregierung mit ihrer Montanunionspolitik erlitten habe, die nunmehr in den deutschen Industriegebieten zu Kurzarbeit und Auseinandersetzungen führe. Die SPD habe davor gewarnt.

Es müßten weiter die wirtschaftspolitischen Grundsätze der SPD hervorgehoben werden, die in einem besonderen Leitfaden zusammengefaßt werden. Der Leitfaden enthalte fünf Grundsatz-Themen der wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung, der Finanz- und Steuerpolitik, die in allen Wahlreden als das Ziel einer künftigen sozialdemokratischen Regierung einen breiten Raum einnehmen müßten. Hier dürfe von keinem Redner irgendeine Abweichung von den vorgeschriebenen Themen vorgenommen werden, die vor allem im Industriegebiet Vorrang vor außenpolitischen Fragen haben müßten.

Zusammenfassend soll in der sozialdemokratischen Propaganda herausgestellt werden:

1. Die mißlungene Außenpolitik der Bundesregierung,
2. der Erfolg der von der SPD seit Jahren betriebenen Wiedervereinigung, die Vorrang vor der europäischen Integration habe, und
3. die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und ihre Verwirklichung.

Das ist das Wahlprogramm der SPD. Wir wissen auch, was sie in den Propagan-

daflugblättern machen will. Sie hat ein nicht ungeschicktes Flugblatt mit dem EVG-Vertrag. Es heißt: Ja oder Nein! Sie hat ein anderes Plakat, wo zwei Panzer gegen das Grundgesetz anrennen und der Regierung vorwerfen, daß sie mit der Durchsetzung des EVG-Vertrages und des Generalvertrages die Verfassung zerstöre. Dann sind da noch einige Wahlplakate mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen, diese „berühmten“ zwölf Punkte. Wenn Sie sie nicht kennen, werde ich sie vorlesen. (*Ehlers*: Sind bekannt! – *Zurufe*: Nein!) Also, sie lauten:

- „Die zwölf Wahlpunkte der SPD
1. Friede und Sicherheit durch Verständigung – nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten!
 2. Geeinigtes Europa der Freien und Gleichen – nicht Teileuropa ohne echte Partnerschaft!
 3. Einheit in Freiheit für Deutschland – kein Verzicht auf Ostgebiete und Saar!
 4. Geltung des Volkswillens in Staat und Wirtschaft – keine Auslieferung der Demokratie an ihre Feinde!
 5. Soziale Sicherheit für alle – keine Almosen für Alte und Kranke!
 6. Arbeit und Wohnung für jeden – nicht Stempelschlangen und Elendsquartiere!
 7. Senkung der Steuer für wirtschaftlich Schwache – kein Steuerwirrwarr zum Nutzen der Reichen!
 8. Ordnung der Wirtschaft durch Verbindung von Planung und Wettbewerb – nicht Freibeutertum und Kartelldiktatur!
 9. Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum – nicht Herrschaft der Manager und Großaktionäre!
 10. Recht auf Heimat und volle Eingliederung für die Vertriebenen – keine Spaltung in Alt- und Neubürger!
 11. Friede und Achtung zwischen Konfessionen und Weltanschauungen – kein Parteichristentum und kein Kulturmampf!
 12. Gleichberechtigung der Frau – keine Schlechterstellung in der Gesellschaft!“

Das sind die zwölf Wahlthesen der SPD. (*Ehlers*: Sie haben doch in der Zeitung gestanden!²⁷) Wir haben ein sehr langes Kompendium bekommen; es ist ebenso langweilig wie inhaltlich bedeutungslos. Eine besondere Bedeutung kommt ihm nicht zu. Es ist weiter die „berühmte“ Denkschrift fertig „Unternehmer kaufen politische Macht“ mit Dokumenten und langen Belegen, wie die Landtagswahlen finanziert worden seien.²⁸ Über die Finanzierung der jetzigen Wahlen ist wenig gesagt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieses Kompendium Sensation hervorrufen wird.

Ich darf Herrn Globke wie folgt ergänzen. Wir haben durch unsere Mitarbeiter auf den verschiedensten Gebieten in den verschiedenen Bezirken nachfragen lassen,

27 Vgl. „Neue Zeitung“ vom 10. Mai 1953; AdG 1953 S. 3987; Nr. 23 Anm. 62; vgl. dazu auch die Rednerdienste der CDU Nr. 11, 16, 18, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle (1953).

28 Eine Übersicht über die SPD-Wahlkampfwerbung in „SPD-Propagandakatalog 1953“ (hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn, Referat Propaganda).

wie sie die Stimmung beurteilen und was sie als die neuralgischsten Punkte für uns betrachten. Als Punkt eins taucht immer wieder auf – wonach die SPD mit aller Gewalt strebt – die Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands und die Frage, wieweit man mit den Russen verhandeln soll oder nicht. Das ist eine Frage, die die Leute sehr beunruhigt und die sie auch der SPD-These geneigt gemacht hat.

Es ist mir aus Herne berichtet worden, daß dort sehr starke Einbrüche bei der katholischen Jugendorganisation erzielt worden sind wegen der These, daß man mit den Russen verhandeln soll.²⁹ Dasselbe höre ich aus Niedersachsen. Es wird immer wieder erwähnt, daß das Wahlgesetz bei breiten Wählerschichten einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hat; man betrachtet es als einseitige Handlung der Koalitionsparteien, um sich an der politischen Macht zu halten. Es muß dargestellt werden, daß wir mit diesem Wahlgesetz auf eine echte Integration hinaus wollen, weil reines Mehrheitswahlrecht nicht durchgesetzt werden konnte. Für diese Gedanken-gänge haben die Wähler Verständnis. Man muß das Wahlgesetz anschneiden, weil dieser Punkt von der SPD ausgenutzt wird. Insbesondere in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen ist die Notwendigkeit des Zusammengehens der Koalitionsparteien herauszustellen.

Adenauer: Ehe wir in die Diskussion eintreten, lassen Sie mich diese zwei Punkte berühren. Wir haben heute den 15. Juli. Die Wahl ist am 6. September. Ich glaube, das erste Wahlgesetz ist bis dahin lange vergessen. Die Hauptthese der SPD, sie habe mich gezwungen, diesen Kurs einzuschlagen, ist glänzend widerlegt. Alle diese Dinge werden glänzend widerlegt durch die neue Note der drei Mächte an Sowjetrußland und durch das Communiqué.³⁰

Ich möchte aber sehr nachdrücklich sagen, daß ich bei unserer ganzen Propaganda und Agitation folgendes schmerzlich vermisste: Wir haben keinen aggressiven Geist. Wir beschränken uns viel zu sehr auf die Defensive. Wir sagen zwar, die Sozialdemokraten haben nicht recht, aber wir müssen aggressiv gegen die ganze Gesellschaft vorgehen.

Was hat denn die Sozialdemokratie gewollt? Sie hat die Neutralisierung Deutschlands gewollt. Und nun besehen Sie sich Sowjetrußland! Wenn die Richtigkeit einer These durch die Entwicklung bestraft worden ist, dann ist es das Verlangen der Sozialdemokraten zur Neutralisierung Deutschlands; denn ein Land wie Sowjetrußland, das nach dem Tode Stalins in Berlin, in der Ostzone, aber auch in Ungarn und in der Tschechoslowakei diese Krisen erlebt³¹, das den mächtigsten

29 Lenz bezieht sich auf eine Umfrage der ADK vom Juni 1953 „Was sagt der deutsche Staatsbürger dazu?“ (Auswertung mit Beschreibung der Situation in Herne in ACDP III-002-048).

30 Vgl. Anm. 3.

31 Zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Berlin-Ost und in der DDR vgl. FRICKE, SPLITT-MANN; zu den Unruhen in der Tschechoslowakei vgl. AdG 1953 S. 4036. Die Unruhe in der ungarischen Bevölkerung führte zur Bildung der Regierung Imre Nagy und zu einem politischen Richtungswechsel (AdG 1953 S. 4064, 4082f.; FAZ vom 6. und 7. Juli 1953).

Mann, den Berija³² – er war insofern der mächtigste Mann, als er den größten Apparat zur Verfügung hatte –, ausgeschifft hat, ein solches unstetes Land kann niemals Hüter einer Neutralität Deutschlands sein. Ich glaube, die Russen haben uns in dieser ganzen Sache sehr geholfen durch alles das, was sich ereignet hat.

Ich möchte nun vorschlagen, daß wir in eine allgemeine Diskussion eintreten, wobei ich bitte, nicht den Punkt 2 zu berücksichtigen; darüber wird noch besonders gesprochen werden, sonst läuft die Sache zu sehr durcheinander.

Lehr: Bei der Beobachtung unseres innenpolitischen Lebens ist mir ein Punkt besonders aufgefallen. Die SPD bemüht sich nach Möglichkeit überall da, wo aus dem bürgerlichen Lager oder ehemals bürgerlichen Lager Wähler auftreten, diese Wähler in einen Gegensatz zur CDU zu bringen und sie von der CDU abzuziehen. So ist ein Gebiet besonders interessant: Niedersachsen. Sie erinnern sich, daß in Nordniedersachsen die SRP aufgetreten ist. Es wäre zu Anfang leicht gewesen, dieses Feuer dort auszutreten, aber die niedersächsische Regierung hat es begünstigt, weil sie hoffte, daß dieses Unternehmen sich auf die CDU und auf die ganze Koalition besonders ungünstig auswirken würde.

Nun bemüht man sich in Niedersachsen, zusammen mit Loritz³³ eine Nachfolgepartei der SRP auf die Beine zu stellen in der Hoffnung, daß man auch durch dieses Unternehmen der Koalition und insbesondere dem rechtsgerichteten Teil der Koalition Wähler entziehen könnte. Die niedersächsische Regierung müßte von Rechts wegen nach dem ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingreifen³⁴; denn Nachfolgeparteien sind verboten. Aber sie läßt es zu und greift nicht ein in der Hoffnung, uns in der Wählermasse in Niedersachsen zu schädigen. Das ist ihr ein wichtigeres Ziel, als eine illegale Partei zu verbieten. Ich will auf solche Bestrebungen einmal aufmerksam machen.

Cillien: Die niedersächsische Regierung behauptet, es läge nicht genügend Ma-

32 Berija war am 27. Juni 1953 gestürzt worden und wurde unter der Beschuldigung, die Alleinherrschaft angestrebt zu haben, im Dezember 1953 erschossen (AdG 1953 S. 4068f.). – Lawrentij Pawlowitsch Berija (1899–1953), 1931–1936 Erster Parteisekretär in Transkaukasien und Georgien, seit 1934 Mitglied des ZK der KPdSU, seit 1938 Volkskommissar des NKWD (später MWD), 1945 Marschall der SU, 1946 Mitglied des Politbüros und stv. Ministerpräsident, nach dem Tod Stalins 1953 Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister.

33 Alfred Loritz (1902–1979), 1928–1932 Mitglied der Wirtschaftspartei des deutschen Mitstandes, 1945 Mitgründer der WAV und Landesvorsitzender, 1946–1950 MdL Bayern (WAV), Dezember 1946 bis Juni 1947 Staatsminister für Sonderaufgaben, 1949–1953 MdB (bis Dezember 1951 WAV, dann fraktionslos, ab April 1953 WAV). – Am 2. Juli hatte Loritz in Bückeburg mit dem früheren Vorstandsmitglied der SRP Gerhard Krüger, zuvor mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der SRP Fritz Dorls verhandelt (vgl. FAZ vom 7. Juli 1953 „Niedersachsen interessiert sich für Loritz“).

34 Die SRP war am 23. Oktober 1952 vom BVerfG verboten worden (vgl. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 betreffend Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1952; BULLETIN Nr. 164 S. 1467f.; AdG 1952 S. 3709).

terial vor. Dafür wirft sie Ihnen vor, Sie hätten das früher nicht ausgewertet. Sie würde erst etwas tun, wenn von Bonn aus etwas geschehe.

Lehr: Die niedersächsische Regierung kann sich darauf verlassen, daß sie von Bonn auf diese Bestrebungen aufmerksam gemacht wird. Sie versucht immer zu behaupten, Bonn sei schuld. In Wirklichkeit hat sie das Feuer schwelen lassen. Ich hatte nicht das Recht einzugreifen, ehe ich nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Händen hatte. Jetzt habe ich es. Jetzt werde ich die niedersächsische Regierung zwingen, in diesen Fall einzugreifen.³⁵

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß wir bei den Wahlen nicht nur von der SPD sprechen; wir haben es auch mit unseren beiden Koalitionspartnern zu tun. Wir werden uns mit beiden auseinandersetzen müssen. Ich möchte wünschen, daß es dem Kanzler bei seiner Eröffnungsrede des Wahlkampfes gelingt, unsere Haltung gegenüber der FDP und der DP klarzustellen, damit wir diese Fragen möglichst einheitlich besprechen.

Ich habe mir in den letzten Tagen mit viel Aufmerksamkeit aus der Presse ein Bild zu machen versucht, wie sich die FDP und die DP uns gegenüber verhalten. Da sind erstaunliche Dinge zu verzeichnen. Ich denke nicht nur an die Rede von Maier, sondern auch an die Ausführungen, die Seeböhm³⁶ gemacht hat.

Ich habe den Gesamteindruck, daß wir, wenn die Christlich-Demokratische Union die stärkste Partei bleiben soll, nicht nur die Auseinandersetzung mit der SPD zu führen haben, sondern daß wir auch mit unseren beiden Koalitionspartnern in der rechten Weise die Klingen kreuzen müssen.

Adenauer: Das ist eine interessante Frage, die Herr Kaiser angeschnitten hat. Zunächst bin ich der Auffassung, daß man wirklich nicht die DP für alles das, was Seeböhm tut und sagt, verantwortlich machen kann. Ich stimme aber mit Herrn Kaiser völlig darin überein, daß über Herrn Seeböhm ein sehr ernstes Wort zu sprechen ist. (*Arnold:* Das ist ein hoffnungsloser Fall!) Was er in München gesagt hat, ist für einen Mann, dem auch die Bundesbahn untersteht, völlig unmöglich. Das hat er nur getan, um Stimmen zu fangen. Aber im gegenwärtigen Augenblick

35 Am 25. August 1953 beantragte die niedersächsische Landesregierung beim Bundesministerium des Innern das Verbot der DRP (vgl. „Neue Zeitung“ vom 27. August; Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern in BULLETIN Nr. 163 vom 28. August S. 1367; Beschuß der Bundesregierung vom 1. September, beim BVerfG das Verbot zu beantragen, in AdG 1953 S. 4142; JENKE S. 242; DUDECK/JASCHKE I S. 181–272, hier S. 243f.).

36 Zur Rede Seeböhms am 17. Mai anlässlich der Landesversammlung der DP Bayern vgl. „Die Neue Zeitung“ und FAZ vom 18. Mai 1953. – Dr. Hans-Christoph Seeböhm (1903–1967), 1946–1956 2. Vorsitzender und ab 1956 Mitglied des Direktoriums der DP, 1946–1951 MdL Niedersachsen, 1946–1947 Minister für Aufbau und Arbeit und 1947–1948 Minister für Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1948–1949 MdPR, 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vgl. Heinz MURSCH und Karl SIMON (Hrsg.): Hans-Christoph Seeböhm zum Gedenken. München 1967.

wegen des Herrn Seeböhm die DP anzugreifen, das würde ich für falsch halten. Es wird sich später alles finden.

Nun komme ich zur FDP. In der FDP sind Teile – das ist die Gesellschaft um Reinhold Maier –, mit denen hoffentlich in Baden-Württemberg ein sehr kräftiges Wort gesprochen wird. (*Simpfendörfer*: Darauf können Sie sich verlassen!) Aber ich sehe nicht ein, Herr Kaiser, daß ich nun in der gleichen Weise bald mal auf die SPD, bald auf die FDP und bald auf die DP loshauen soll. Was kommt dabei heraus? Glauben Sie mir das eine, Herr Kaiser, die Entscheidung der Wahl liegt bei den Wählern, die keiner Partei angehören. Wenn diese Wähler sehen, daß wir, die bisher führende Regierungspartei, gegen die eigenen Koalitionspartner, mit denen wir vier Jahre lang zusammengearbeitet haben, losschlagen, dann verlieren sie ihren Glauben an die bisherige Koalition. Das Wesentliche ist doch, daß gerade diese Wähler den Glauben an die Koalition behalten und dementsprechend stimmen.

Ich glaube, ich werde Sie enttäuschen. Ich werde also nicht gegen die DP zu Felde ziehen, gegen die FDP nur mit der linken Hand, (*Zuruf*: Wobei die Rechte nicht weiß, was die Linke tut! – *Heiterkeit*.) wobei ich überzeugt bin, daß die rechte, die eiserne Hand, in Baden-Württemberg sitzt. Die können Sie frikassieren! (*Dichtel*: Das war nicht immer so!) Würden Sie das mal erläutern! (*Heiterkeit*. – *Gerstenmaier*: Er meint, daß wir nicht immer eine Lizenz zum Frikassieren gehabt haben.) Er hat wahrscheinlich Südwürttemberg gemeint. (*Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren, wir wollen dieses Rätsel nicht weiter lösen, dafür ist jetzt die Zeit zu kurz. Allgemein kann ich betonen, wir müssen den Wahlkampf für die CDU und in Bayern für die CSU führen. Das ist völlig klar. Aber wir müssen ihn auch führen in der Richtung, daß es uns möglich sein muß, später eine Regierung zu bilden. Hierbei müssen Sie sich völlig klarmachen, Herr Kaiser, welche Eventualitäten es gibt: entweder eine Regierung zwischen CDU/CSU und SPD, dann sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, das lehne ich rundweg ab, namentlich nach dem, was seit einem halben Jahr vorgekommen ist, weil wir dann bei weiten Kreisen der Bevölkerung jedes Vertrauen verlören, auch im Ausland. Ich kann nicht annehmen, daß die SPD auf einmal hundertprozentig Kottau macht und sagt: Es war alles richtig, was ihr gemacht habt.

Mit wem ist noch mehr eine Koalition möglich? Mit der bisherigen vielleicht; wenn es gut geht, kann die Bayernpartei hinzukommen.

Über die Frage des Zentrums müssen wir uns nachher noch unterhalten. Dann kommt noch der BHE, eine Frage, über die wir auch noch im Laufe des Tages sprechen müssen. Der BHE hat bisher ausdrücklich erklärt und, soviel ich weiß, diese Erklärung auch strikte innegehalten, daß er sich in keiner Weise nach irgend einer Richtung binde. Wir werden den BHE – ich bin gespannt darauf, was Herr Kather dazu sagen wird – auch nicht unglimpflich behandeln müssen. Man kann nicht wissen, ob wir ihn nötig haben werden, so daß wir also diesen Wahlkampf, der sich von dem des Jahres 1949 sehr unterscheidet, führen müssen im Hinblick darauf, daß wir unsere bisherige Politik rechtfertigen. Wir müssen die bisherige Politik

beibehalten; das ist eine absolute Notwendigkeit aus dem deutschen Interesse heraus. Wir werden, weil wir allein keine Regierung bilden können – so stark werden wir nicht werden –, uns unsere zukünftigen Koalitionspartner schon besehen müssen.

Das ist nach meiner Meinung der Stand der Dinge. Es handelt sich wirklich, Herr Kaiser, bei diesem Wahlkampf nicht in der Hauptsache um prinzipielle Unterschiede. Im Interesse des deutschen Volkes bitte ich Sie, daran zu denken: Wenn es nicht gelingt, die bisherige Politik, die wir vier Jahre lang betrieben haben, weiter fortzuführen, wird der Schaden für das deutsche Volk und auch für unsere Partei eminent groß sein.

Wuermeling: Nachdem der Herr Bundeskanzler mich eingangs angesprochen hat, möchte ich eine ganz kurze Erläuterung zu dem geben, was ich in Düsseldorf gesagt habe. Ich habe eine allgemeine innenpolitische Rede gehalten und bei dieser Gelegenheit selbstverständlich zunächst einmal in der mir eigenen Art auf der SPD herumgeklopft, um dann über Württemberg-Baden, wo ich am Sonntag vorher auf einer Elternkundgebung gesprochen habe – was mir den Zorn des Herrn Maier eingebracht hat –, auf die FDP überzugehen.³⁷

In Düsseldorf, wo für das Elternrecht ein guter Boden ist, habe ich diese Dinge behandelt und in diesem Zusammenhang gesagt, daß die FDP in kulturpolitischer Hinsicht nicht besser sei als die SPD; sie sei nur kleiner. Nun, wenn man daraus in der Presse den Schluß gezogen hat, daß wir mit der FDP nur deswegen koalieren, weil sie eben kleiner ist, dann ist das eigentlich ein Schluß, der politisch so selbstverständlich ist wie irgend etwas. Man macht doch eine Koalition mit dem Ziel, seine eigene Politik durchzusetzen. Und wenn man sie mit einem Partner machen kann, der kleiner ist als ein anderer... (*Adenauer:* Muß man denn alles sagen?) Hier liegt es an der Betonung, daß diese Äußerung in den kulturpolitischen Zusammenhang gekommen ist.

Noch ein Grundsätzliches zu der Frage FDP überhaupt. Wir müssen uns in diesem Kreise darüber unterhalten, was wir im Wahlkampf und nach der Wahl von der FDP zu erwarten haben. Ich sehe in dem starken Ansteigen des Sterns des Herrn Maier bei der FDP – was ja in Lübeck³⁸ ganz eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, wo seine Rede von der Hälfte der Versammlung am Schluß stehend bejubelt worden ist – eine große Gefahr für die Fortsetzung unserer bisherigen Politik, die doch das Ziel unseres Wahlkampfes ist.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, Herr Bundeskanzler, die sich nicht belehren

37 Wuermeling sprach zum Elternrecht am 10. Mai in Darmstadt, am 31. Mai in Mainz und am 28. Juni in Stuttgart (Ms. der Rede in Bestand Wuermeling ACDP I-221-004), hier auf einer Kundgebung des Bischofs von Rottenburg, Carl Joseph Leiprecht. Die Düsseldorfer Rede war am 4. Juli. Die FDP reagierte auf seine Angriffe in der FDP-Korrespondenz am 7. Juli 1953 („Totaler Weltkrieg“). Vgl. auch Anm. 10.

38 In Lübeck fand vom 26.–28. Juni 1953 der Bundesparteitag der FDP statt (AdL, Bundesparteitag 1953 A 1–53, Rede Maiers B 1–20; MAIER S. 508–513; BERTSCH S. 283–301; MENDE S. 274).

lassen. Ich lasse mich durch Gegenargumente überzeugen, aber wenn es uns gelänge – um wenigstens das als Ziel herauszustellen –, die FDP zugunsten der CDU und der DP zu schwächen, indem wir nämlich Wähler der FDP zweifelhaft machen an den Zielen der FDP, dann würden wir nicht nur der CDU, sondern vor allem auch der politischen Linie, die wir verfolgen, dienen. Nun gebe ich zu, man muß das sehr abwägen und diskutieren, ob dieser Erfolg eintritt. Wenn man den FDP-Wählern in Düsseldorf sagt, wenn ihr die FDP wählt, wißt ihr nicht, ob ihr für oder gegen die Politik Adenauers seid, dann werden die nicht zu Hause bleiben, sondern sie werden wenn nicht zur CDU, so doch zur DP übergehen. Dann bleibt allerdings die Frage zu klären, was für Elemente der DP in den Ländern zum Zuge kommen, in denen die DP bisher noch nicht existent gewesen ist. Darüber ist mir leider gar nichts bekannt. Vielleicht kann darüber jemand etwas sagen. Wenn das Leute vom Korn des Herrn Hellwege wären und keine nationalistischen Kreise, wie sie in Hessen zum Zuge zu kommen scheinen, (*Fay*: „Scheinen“ ist gut!) wäre die Sache in Ordnung. Sie wissen, daß ich kein Freund vom Seeböhm bin, aber man kann wohl sagen, daß die DP in Bonn in einer Treue zur Koalition und zur Regierungspolitik gehalten hat, gegen die die FDP ganz entscheidend abgefallen ist. Wir brauchen nur an das Wahlgesetz zu denken, was uns die FDP allein kaputtgemacht hat, die uns in den Rücken gefallen ist. Ich erinnere weiter an die Heimkehrergeschichte, an die Kaffeesteuer usw. Überall, wo es um verantwortungslose Stimmenfängerei ging, da schlug sich die FDP auf die Seite der Opposition; auch wieder ein Zeichen dafür, daß sie an Verantwortungsbewußtsein eben leider in ihrer Masse nicht das aufbringt, um das Herr Blücher sicherlich in der FDP sich durchaus bemüht.

Ich möchte es so sagen: Wir müssen das Ziel verfolgen, Herr Bundeskanzler, in erster Linie die CDU zur stärksten Partei zu machen. Diese Sache ist sehr gefährdet, nachdem wir hören, daß die KP überhaupt nicht aufstellen will. (*Zurufe*: Doch!) Jedenfalls werden die Listenstimmen der KP zweifellos durch interne Anweisungen weitgehend der SPD zugute kommen. Wenn wir als CDU das nicht ausgleichen, wird die SPD die stärkste Partei werden mit all den Konsequenzen, die sich dann doch für die Entwicklung der Regierungsbildung ergeben werden. Sie würde den ersten Anspruch haben und versuchen, eine Regierung zu bilden. Ob das zum Zuge kommen wird, ist eine andere Frage.

Das Ziel, die stärkste Partei zu werden, scheint mir das Wichtigste zu sein, was wir im Wahlkampf haben, auch wenn es auf Kosten der FDP ginge, ja gerade, wenn es auf Kosten der FDP ginge.

Adenauer: Nehmen Sie doch der SPD die Stimmen ab! (*Wuemeling*: Ich glaube, man kann mir nicht vorwerfen, daß ich nach dieser Richtung nicht tätig bin!) Haben Sie mal Webers Dreizehnlinden gelesen? Da steht drin: „Berserkbrauch ist, nackt zu kämpfen“.³⁹ Daran erinnern Sie mich, d.h. nach allen Richtungen um sich schlagen.

³⁹ Friedrich Wilhelm WEBER: Dreizehnlinden (1878), XI Str. 55, schildert den Kampf zwischen Franken und Sachsen, d.h. zwischen Christen und Heiden.

Sie haben vom Elternrecht gesprochen. Haben Sie eigentlich die letzten demoskopischen Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen über die Frage des Elternrechts⁴⁰ gelesen? Haben Sie daraus ersehen, daß die weit überwiegende Mehrheit der Eltern nicht für die Konfessionsschule ist? Das scheinen Sie nicht zu kennen. Es ist aber so, auch in katholischen Gegenden. Warum wollen Sie dieses Thema Elternrecht und überhaupt kulturpolitische Sachen auf einmal bei der Bundestagswahl bringen? Warum denn? Das ist doch Sache der Länder. Warten Sie doch ab bis zur nächsten Landtagswahl! Glauben Sie mir, Sie werden mit Reden darüber nur wenige Leute mehr gewinnen können. Das ist das eine. Das zweite ist folgendes: Sicher haben Sie recht mit der Grundsatztreue der DP, die aber nicht immer und überall gewesen ist. Auch die DP hat bei ganz entscheidenden Gesetzen eine Anzahl von Leuten gehabt, die nicht mit der Regierungskoalition gestimmt haben. Schlimmer ist es bei der FDP. Aber nun ist doch zweierlei von uns klug, und zwar einmal, wenn wir die DP und die FDP sich selbst überlassen. Die sollen sich selbst die Stimmen abjagen. Die DP stellt in Nordrhein-Westfalen überall Kandidaten auf. Also lassen Sie sie ruhig gegen die FDP vorgehen. Dagegen habe ich nichts.

Aber Sie irren völlig, Herr Wuermeling, wenn Sie glauben, daß sich die Leute von der FDP – soweit ich sie kenne – durch die Rede eines CDU-Mannes dazu bewegen ließen, etwa CDU zu wählen oder überhaupt fernzubleiben. Sie irren völlig damit. Dann kennen Sie eben nicht – ich muß das in aller Offenheit sagen – den inneren Geist der FDP. Das tut sie nicht!

Nun bemühen sich innerhalb der FDP die Herren Blücher, Schäfer, auch Herr Heuss – Herr Heuss auf meine Bitte – intensiv darum, diese ganze FDP wieder in Ordnung zu bringen, die völlig aus dem Leim gegangen ist dadurch, daß sie vier Jahre lang führerlos gewesen ist, und zwar führerlos sowohl als Partei wie als Fraktion.

Nun haben die Herren Heuss und Blücher mir geschrieben wegen Ihrer Rede.⁴¹ Auch Heuss hat mir voller Schrecken geschrieben. Blücher hat sich an mich gewandt und darum gebeten, wenn Sie das nicht gesagt hätten, dann möchten Sie das doch in der Presse klarstellen. Aber Sie haben nichts in der Presse klargestellt. Wenn Sie doch ein Wort geschrieben hätten! Sie brauchen wirklich nur ein Wort der Presse mitzuteilen, daß die Wiedergabe falsch sei und daß Sie das und das gesagt hätten. Dann wäre die Sache ganz anders gewesen. (*Wuermeling:* Ist das anders?) Aber sicher, das ist vollkommen anders. Sie haben nicht gelesen, was über die Presse gegangen ist. Einen unserer Herren habe ich gefragt vor ein paar Tagen, wie ist es mit dem Wahlkampf. Ich bekam zur Antwort: nur zwischen CDU und FDP, sonst ist überhaupt nichts.

40 Eine derartige Umfrage konnte nicht ermittelt werden. Eine Umfrage „Eltern und Schule“ des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Juli/August 1953 hat einen anderen Schwerpunkt.

41 Vgl. Heuss an Adenauer vom 8. Juli sowie Adenauer an Heuss vom 13. Juli 1953 (StBKAH III/47).

Nun etwas zur DP. Ich habe den Eindruck, daß die DP sehr stark darauf ausgeht, die jungen Leute zu bekommen. Darüber werden wir unter Punkt 9 noch sprechen müssen, und zwar wie wir die Neuwähler an uns heranbringen.

Ehlers: Ich bin anderer Meinung wie Herr Kaiser. Für die Sicht der Leute im Lande findet ein Wahlkampf statt zwischen CDU und SPD. Wir müssen uns völlig darauf einstellen. Eine bestimmte Einstellung, die wir auch zu den Koalitionsparteien haben, ist ja deutlich; das braucht man nur nicht zu sagen. Ich habe das Gefühl, daß die FDP uns die Mühe, sich selbst kaputtzumachen, weithin abnimmt. Das brauchen wir gar nicht zu tun.

Hinsichtlich der Bekenntnisschule bin ich der gleichen Meinung wie der Herr Bundeskanzler. Wir sollten auf der Bundesebene nicht über Dinge reden, die uns nichts angehen, sondern sollten das der Länderebene überlassen. Ich habe mit Schäfer am Montag gesprochen. Schäfer ist über die Aufstellung des Herrn Achenbach⁴² außer sich und hat erklärt, dann sei er bereit, in einer CDU-Versammlung in Essen gegen Achenbach zu sprechen. Das geht immerhin ziemlich weit! (*Kaiser:* In meinem Wahlkreis, und der Heinemann kommt noch dazu! – *Heiterkeit und Bewegung.*) Er hat mich genau informiert über die niedersächsischen Verhältnisse.⁴³ Blücher und Schäfer haben Stegner telegraphiert und darauf hingewiesen, daß nach ihren Feststellungen der gesamte Landesvorstand in Niedersachsen illegal gebildet sei. Ich bin nicht sicher, ob wir etwas dazu tun sollen. Es ist damit zu rechnen, daß die erträglichen Leute, mit denen wir in Niedersachsen reden können – also einige Leute in Südhannover, in Ostfriesland und Oldenburg – klar gegen Stegner stehen. In dem Falle, daß sie sich von ihm trennen, glaube ich, daß sie bereit sind, in einer klaren und vernünftigen Weise eine Vereinbarung über die Wahl zu treffen. In diese Richtung sollte man steuern.

Ich fürchte, daß Sie die DP – ich weiß, aus welchen Gründen, aber es muß hier gesagt werden – etwas zu positiv beurteilen. Man kann die DP nicht nur von Herrn Seebohm her sehen, sondern der Kreis auch um Hellwege und die Leute, die bei ihm das Geschäft zu machen versuchen, auch Herr von Merkatz⁴⁴, sind nach meiner

42 Auf dem Delegiertentag des FDP-Landesverbands Nordrhein-Westfalen am 5. August 1953 wurde Achenbach von der Landesliste gestrichen (vgl. BERTSCH S. 282), war aber dann von 1957–1976 MdB (FDP).

43 Eine starke Gruppierung innerhalb des Bezirksverbands Hannover-Stadt hatte in ultimatischer Form den Rücktritt des Landesvorsitzenden Stegner und seines Geschäftsführers Horst Huisgen verlangt, andernfalls wolle sie eine eigene Partei gründen (zu den Auseinandersetzungen vgl. BERTSCH S. 302f.; Stöss 2 S. 1344; „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. Juni 1953; zu Stegner FAZ vom 11. August 1953).

44 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1946–1949 juristischer Berater der DP im Landtag Niedersachsen bzw. Parlamentarischen Rat, 1949–1969 MdB (DP, 1953–1955 Fraktionsvorsitzender, ab 1960 CDU), 1952–1958 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1955–1960 stv. Vorsitzender der DP, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1956–1957 zugleich Bundesminister für Justiz und 1960–1961 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Überzeugung gefährliche Leute, (*Adenauer*: Auch Merkatz?) weil sie mit einer sehr gefährlichen Parole, die keineswegs unseres Geistes und keineswegs des Geistes der Koalition ist, versuchen, irgendwelche Leute hinter sich zu bringen. Man denke an das Theater mit dem Mittelstandsblock in Nordrhein-Westfalen.⁴⁵ Sie gehen jeden Weg, der ihnen Stimmen bringt. Wir haben in Oldenburg und in Niedersachsen das gleiche Bild, daß die DP die Auffangstelle für die ehemaligen SRP-Leute ist. Das muß man sehen! Wir werden darum gegenüber der DP den Kampf führen, aber die Reserven so bewahren müssen, daß wir sie nicht unnötig stärken. Ich würde vorschlagen, daß wir bei dieser Partei aufmerksam beobachten, was sie sagt, und zu rückschlagen, wenn sie uns unfair angreift, im übrigen aber die Frontrichtung auf die SPD zu nehmen. Ich glaube, das ist die einzige Aufgabe, die uns gestellt ist.

Von Brentano: Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir keinen Anlaß haben und daß es auch taktisch falsch wäre, unsere Koalitionspolitik im Wahlkampf dadurch unglaublich zu machen, daß wir Angriffe gegen die Koalitionspartner starten. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß dieses neue Wahlgesetz, das gegen uns geschaffen worden ist, uns dazu zwingt, uns nach rechts und nach links abzugrenzen. Wir dürfen keine Verwirrung anrichten, indem wir unsere Koalitionspolitik angreifen. Wir dürfen aber auch nicht die Grenzen zwischen uns und unseren Koalitionspartnern verwischen.

Es kommt uns darauf an, nicht Stimmen für die FDP zu gewinnen, sondern jede Stimme, die wir mobil machen können, für die CDU zu bekommen; denn unsere Politik, Herr Bundeskanzler, konnten wir nur deshalb machen, weil wir die stärkste Partei waren. Wir können feststellen, daß an dieser Politik des Bundeskanzlers, der Minister Schäffer, Erhard usw. die Herren Blücher und Seeböhm sich unter „ferner ließen“ an dem Erfolg beteiligten. Deshalb glaube ich schon, daß wir uns unter allen Umständen im Wahlkampf sehr eindeutig abgrenzen müssen von unseren Partnern von rechts, weil diese Partner uns bisher – weiß Gott – nicht vorgemacht haben, wie man einen Wahlkampf fair führt. Sie sagen, man habe sich über die Rede von Wuermeling erregt. Man müßte zunächst der FDP sagen, wie wir uns erregt haben über die tollen Entgleisungen eines Maiers in Lübeck usw. (*Adenauer*: Das habe ich Herrn Heuss gesagt.) Ich bekomme Berichte, wonach die FDP eindeutig gegen die CDU in Hessen kämpft. Euler hat eine korrekte Haltung in der letzten Zeit gezeigt. Wir können aber diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Es kommt darauf an, daß wir den letzten Mann an die Wahlurne bekommen. Das können wir nur, wenn

45 Der Mittelstandsblock, der nicht als Partei auftrat, hatte am 29. Juni in Köln eine Kundgebung abgehalten, bei der Adenauer die Bedeutung des Mittelstands hervorhob, der Präsident des DBV, Hermes (Rede in NL Hermes ACDP I-090-115), der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Richard Uhlemeyer, und der Bundesvorsitzende des DBB, Hans Schäfer, die programmatischen Forderungen des Mittelstandes formulierten (vgl. FAZ vom 30. Juni 1953). Der Geschäftsführer des Deutschen Mittelstandsblocks in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Schild, trat am 10. Juli der DP bei (vgl. FAZ vom 11. Juli 1953).

wir uns nach rechts und nach links klar abgrenzen. Es kommt hinzu, daß wir es bei der FDP in jedem Bezirk mit einer anderen Gruppe zu tun haben.

Man hat uns gesagt, wir seien ein zusammengelaufener Haufen! Das war im Jahre 1945. Wir haben bewiesen, daß wir es nicht sind. (*Simpfendörfer*: Dehler hat es kürzlich behauptet!⁴⁶) Das habe ich gelesen. Was die FDP in Hessen beim Wahlkampf versucht, ist mehr als unfair und illoyal. Sie versucht nach der Methode von Maier das konfessionelle Moment in einer etwas perfiden Weise hinzustellen.

Genauso schwer ist es für uns mit der DP. Ich hätte keinerlei Bedenken zu einer loyalen Auseinandersetzung; ich bin sogar der Meinung, daß das von Ihnen über Herrn Merkatz gefällte Urteil, Herr Ehlers, zu scharf ist – bei Merkatz habe ich das Vertrauen, daß er es ehrlich meint –, aber die DP in Hessen, das sind die farbigen Hilfsvölker, und zwar braune; das sind überall die Exponenten des früheren Nationalsozialismus, Schranz⁴⁷, Derichsweiler⁴⁸ usw. Das geht herunter bis nach Darmstadt.⁴⁹ Dort sind die alten Nazis wieder aufgetreten. Uns von diesen Leuten zu distanzieren, ist einfach eine Notwendigkeit. Wir sollten es nicht mit einer falschen Polemik tun. Das haben wir nicht nötig. Aber wir müssen die Grenzen ziehen und sagen, warum man uns wählen muß und die anderen nicht wählen darf. Das müssen wir tun, sonst verlieren wir bei unseren Wählern die Glaubwürdigkeit. Nur wenn wir sehr stark unsere Eigenständigkeit betonen, können wir auch die vielen Wähler, die heute noch ungewiß sind, gewinnen. Das gilt insbesonder für die jungen Wähler. Wir dürfen nicht unsere Grenzen verwischen.

Wir sollten unseren Wahlkampf nicht so sehr in der Defensive, sondern zielbewußter und aggressiv führen. Wir sollten hinweisen auf das, was wir geleistet haben, und uns nicht den Wahlkampf von den Parolen der sozialistischen Opposition vorschreiben lassen. Wir sollten in dieser Auseinandersetzung auch die Grenzen aufzeigen, die uns von unseren Koalitionspartnern trennen. Das gilt insbesondere für den Südweststaat, wo Maier an der Spitze kandidiert.

Adenauer: Verzeihen Sie, wenn ich hier gewissermaßen unterscheide, daß Herr Präsident Ehlers die ganze Situation mehr vom allgemeinen Standpunkt aus geschildert hat, während Sie, Herr von Brentano, mehr vom hessischen Standpunkt aus die Lage gesehen haben. Ich darf mal eine allgemeine Bemerkung machen. Denken Sie bitte daran, daß im Jahre 1949 nur lizenzierte Parteien zugelassen waren; denken

46 Vgl. Nr. 23 Anm. 61.

47 Dr. Helmut Schranz (1897–1968), 1925–1945 NSDAP, 1934–1945 Oberbürgermeister von Offenbach, 1951–1961 DP, 1953–1961 MdB (DP), 1961–1962 GDP (stv. Landesvorsitzender Hessen). – Schranz wurde am 22. Juli 1953 vom DP-Kreisverband Offenbach als Bundestagskandidat aufgestellt (FAZ vom 23. Juli 1953).

48 Dr. Albert Derichsweiler (geb. 1909), 1952 Landesvorsitzender der DP in Hessen, Mitglied des DP-Parteidirektoriums (JENKE S. 131, 134; Sröss 1 S. 1069f.).

49 Zur Entwicklung der hessischen DP vgl. FAZ vom 22. und 23. Juli; FR vom 29. Juli 1953; Sröss 1 S. 1069f.; ausführlicher Bericht über die Verhältnisse von A. Derichsweiler und J. Harring in NL von Merkatz ACDP I-148-096/6; MEYN S. 40f.

Sie bitte daran, daß im Jahre 1949 sehr viele frühere Nazis kein Wahlrecht hatten; denken Sie bitte daran, daß das jetzt alles weggefallen ist. Deswegen ist es mir – solange nicht nationalistische Elemente eine seit 1949 bestehende Partei derart unterlaufen, daß sie dieses Gehäuse in Besitz nehmen und damit arbeiten können – vom allgemeinen Standpunkt aus viel lieber, in der FDP und in der DP einen gewissen Prozentsatz solcher nationalistischer Elemente zu sehen, der aber nur so groß sein darf, daß er von den anderen in Schach gehalten werden kann, als wenn wir eine große nationalistische Partei bekämen im Bundestag. Das ist doch der große Vorteil, den wir haben, gegenüber den Leuten nach 1918. Wir haben keine große nationalistische Partei im Bundestag. Das ist ein sehr großer Vorteil. (*Von Brentano*: Außer der SPD!) Da gebe ich Ihnen recht. Das ist ein Lapsus linguae bei mir gewesen. Aber diesen Unterschied muß man doch auch beachten gegenüber 1949. Daß wir uns abzugrenzen haben gegenüber den anderen, daß wir die Eigenständigkeit unserer Politik, wo wir eine eigenständige Politik getrieben haben oder treiben wollen in den nächsten vier Jahren, klarlegen müssen, ist ganz selbstverständlich. Daß wir nicht etwa in einen Topf geworfen werden wollen mit der FDP oder mit der DP, das ist auch vollkommen richtig. Da stimme ich mit Ihnen überein.

Aber ich wiederhole nochmals – das richtet sich auch an meinen verehrten Nachbarn zur Linken –, nach meiner Überzeugung sind die Wahlen für den zweiten Bundestag noch wichtiger als die Wahlen im Jahre 1949. Der Bundestag, der jetzt gewählt wird für die Jahre 1953 bis 1957, der die Geschicke Deutschlands in der Hand hat, wird darüber entscheiden, ob wir uns nach dem Osten eines Tages abwenden oder ob wir ein starkes Europa schaffen und in diesem starken Europa eine maßgebende Rolle spielen. Das hat dieser Bundestag zu entscheiden.

Ich sehe von allen sozialen Fragen ab, Herr Kaiser, sondern spreche rein politisch. Außenpolitisch liegt die Sozialdemokratische Partei auf der Linie, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West einzuschlagen, d.h. sie gibt sich der törichten Hoffnung hin, dieses Deutschland könne, ohne daß es sich dem Westen anschließt und ohne, daß es sich dem Osten anschließt, tatsächlich eine große Rolle spielen. Das hat nicht einmal Bismarck geträumt, daß so etwas möglich wäre, der sich immer vergebens nach Bundesgenossen umgesehen hat, weil ein Land, das in der Mitte liegt, eben nicht anders kann und sich entscheiden muß – Sein oder Nichtsein – entweder zum Osten oder zum Westen. Es kann nicht in diesem Schwebezustand bleiben.

Das ist nach meiner Meinung die entscheidende Frage, die durch diese Bundestagswahl bejaht oder verneint wird, je nachdem, wie das deutsche Volk es will.

Simpfendorfer: Wir werden in Stuttgart die Wahl mit einer ganz gründlichen Parole durchkämpfen: Adenauer-Führung oder Ollenhauer-Maier-Führung. Das ist eine einleuchtende Parole. (*Adenauer*: Das ist sehr ehrenvoll!) Ich habe die dringende Bitte an die Herren vom geschäftsführenden Vorstand, daß wir diesen Wahlkampf im Angriff führen. (*Tillmanns*: Dem steht nichts im Wege!) Wir sollten unter keinen Umständen nur von der Verteidigung ausgehen. Ich möchte bitten, folgen-

des herauszustellen: Was geschieht, wenn der Kurs der Politik geändert werden müßte? D.h., wir sollten etwas mit der Angst arbeiten. Gleichzeitig bitte ich, die sozialen Leistungen unserer Regierung gebührend herauszustellen. Dafür wird das Volk sehr empfänglich sein.

Zur FDP noch folgendes: Das Ziel Maiers ist absolut klar. Er will einen Einfluß auf seine Fraktion gewinnen. Er wird, wenn er kann, die Koalition von Stuttgart nach Bonn verpflanzen. Wir dürfen nicht aus den Augen lassen, daß er Ihr schärfster persönlicher Gegner ist, Herr Bundeskanzler, nicht nur Ihrer Politik. Das haben wir in den letzten Jahren zur Genüge feststellen können. Wir haben ferner die Erfahrung gemacht, daß unter vier Augen die schärfsten Gegner Maiers erklärt haben: Wir sind gegen ihn, wir werden unter keinen Umständen seine Politik mitmachen. Aber im entscheidenden Augenblick sind sie alle umgefallen und haben ihm wieder das Vertrauen ausgesprochen. Ich fürchte, daß das auch auf der Bundesebene der Fall sein wird.

Das Elternrecht sollten wir möglichst aus dem Spiel lassen. Wir erfahren das auch bei uns. Unsere Stellung wird durch den Schulkampf, den uns Maier aufgezwungen hat, nicht erleichtert, sondern erschwert.

Tillmanns: Wenn wir die stärkste Partei werden wollen, können wir nicht nur einseitig nach links gucken. Ich glaube, daß das, was Brentano gesagt hat, die richtige Formulierung ist. Wir brauchen das nicht in polemisch-aggressiver Weise zu machen, obwohl wir ein scharfes Wort gegen den wiederaufkommenden falschen Nationalismus sagen werden. Wenn sich FDP und DP betroffen fühlen, mögen sie es tun. Gegen diesen engstirnigen Nationalismus müssen wir reden. Das ist für uns eine wichtige Angelegenheit.

Wir müssen den labilen Wählermassen, die zwischen uns, der FDP und der DP schwanken – vor allen Dingen in protestantischen Gebieten – klarmachen, daß sie zu uns gehören. Wir müssen in einer positiven, werbenden und nicht in einer polemischen Art diese Menschen ansprechen.

Die Frage, die Herr Kaiser aufgeworfen hat, läßt sich sehr schnell lösen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden FDP und DP – die ja auch nur Wähler gewinnen können, wenn sie sie von uns wegholen; sie können sie nicht von der SPD wegholen – von selbst gegen uns einen heftigen Wahlkampf führen. Da bleibt uns nichts anders übrig, als ebenso klar und eindeutig zu antworten.

Zur Frage der Koalition bin ich der Auffassung, daß wir im kommenden Wahlkampf keine Brücken abreißen sollten. Wenn wir davon ausgehen, daß es nur eine Koalition gibt – und zwar die von Ihnen genannte – im kommenden Bundestag, so meine ich, daß wir unsere Verhandlungsposition gegenüber unseren Koalitionspartnern in einer ungeheuren Weise schwächen, wenn wir jetzt schon erklären, daß es für uns keine andere Koalition gibt.

Es hat uns nach meiner Auffassung in den vergangenen vier Jahren im Bundestag enorm geschadet, daß wir unseren Koalitionspartnern, der FDP und der DP, bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklärt haben, für uns kommt nur ein Zusammen-

gehen mit ihnen in Frage und gar nichts anderes. Das hat ihnen die Möglichkeit gegeben, uns gelegentlich derartige Backenstreiche zu versetzen. Wir sollten uns also vor dem 6. September nicht öffentlich schon festlegen, wir schwächen damit unsere Verhandlungen gegenüber der FDP. Die FDP geniert sich keinen Moment, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu erklären, daß sie auch anders könne.

Adenauer: Wo hat das die FDP getan? Nur Reinhold Maier! Wer noch mehr? (*Wuermeling:* Auch Mießner! – *Unruhe:* – *Zurufe:* Kleiner Mann!) Wir müssen den Wahlkampf führen aufgrund unserer bisherigen Arbeit. Das waren doch unsere Arbeitsgenossen. Daß wir zurückschlagen, wenn sie uns angreifen, ist klar, aber wenn wir fußen wollen auf dem bisher Erreichten, auf der gemeinsamen Arbeit, können wir die beiden zunächst nicht vor den Kopf hauen, sonst sagt jeder, was seid ihr komische Leute, vier Jahre arbeitet ihr zusammen, und dann macht ihr diese Geschichten. Wir müssen uns von Theorien vollkommen freihalten. Wir müssen die Wahl gewinnen! Das ist die Hauptsache.

Kiesinger: Daß die Auseinandersetzung auch mit der FDP kommen wird, ist klar; die kann man aber in einer anderen Form führen als mit der SPD. Wir sagen, wir sind vier Jahre lang durch dick und dünn gegangen, aber es sind Dinge passiert und es passieren Dinge, z.B. mit Maier und Dehler, die uns nicht gefallen. Das sagt man unter Freunden ganz klar. Das ist eine Art der Auseinandersetzung, die unseren Leuten sagt, wo wir stehen und die vielleicht doch manchen dazu bringen wird, zu uns zu kommen. Es wäre falsch, wenn der Herr Bundeskanzler sich scharf auseinandersetze. Er spricht zu einem sehr viel breiteren Kreis als wir, die wir uns in den einzelnen Landschaften wahrscheinlich manchmal sogar sehr heftig mit den einzelnen FDP-Rednern werden auseinandersetzen müssen. Das ist eine Frage der Etage. Wer in der obersten Etage spricht, d.h. als Bundessprecher der Christlich-Demokratischen Union, soll sich – das geht auch gegen Sie, Freund Wuermeling – hüten, einen polemischen Ton gegenüber der FDP als solche anzuschlagen.

Im übrigen stimme ich dem Bundestagspräsidenten zu in der Beurteilung der DP. Ich bin der Meinung, daß die DP gefährliche Sachen macht, auch wenn ich Merkatz in Schutz nehme. Aber es kann sein, daß auch Merkatz in die Rolle des Zauberlehrlings gerät.

Scharnberg: Wenn wir wegen unserer Bemühungen um unser Wahlrecht angegriffen werden, so empfehle ich, überhaupt nur eine Gegenfrage zu stellen, nämlich: Warum hat die SPD eigentlich im Bundestag nicht das Wahlgesetz beantragt, das sie in Hamburg und in Hessen durchgesetzt hat. Auf diese Frage wird kein SPD-Mann eine vernünftige Antwort geben können; denn die Sache ist völlig eindeutig. Die SPD hat nur einen Opportunitätsstandpunkt zu der Wahlrechtsfrage. Diese Frage ist in Hamburg und in Hessen für sie günstig.

Mir scheint unsere Stellung zur FDP außerordentlich schwierig zu sein. Eines ist sicher: Alles, was wir von der FDP abjagen können, das sind nicht Anhänger von Maier. Wenn es uns tatsächlich durch eine starke Agitation gegenüber der FDP gelingen sollte, die FDP zu schwächen, so kann es dabei passieren, daß in der

geschwächten FDP nunmehr der Maier-Flügel etwas führend wird, so daß damit diese geschwächte FDP in das gegenteilige Lager geht. Ich frage, woher kommen eigentlich die 29 Stimmen, die uns das Wahlrecht kaputtgemacht haben. Ich glaube, das sind Stimmen, die mehr oder weniger dem Herrn Maier verwandt sind. Die ganze Hamburger FDP ist nach meiner Überzeugung überwiegend so eingestellt, daß sie, wenn sie könnte, ebenso gern, wenn nicht lieber, mit der SPD ginge als mit der CDU.

Es ist hochinteressant, wie die Zwitterstellung ist. Die Leute haben mit uns – Herr Bundeskanzler, Sie kennen die Abmachungen – in Hamburg für die Bürgerschaftswahl entsprechende Abmachungen getroffen, daß sie mit uns zusammengehen, nicht etwa aus Begeisterung und weil sie es für richtiger halten, mit der CDU anstatt mit der SPD zu gehen, sondern weil das Hamburger Wahlrecht ihnen überhaupt mit der SPD keine Chance bietet und das Zusammengehen mit der CDU ihnen die einzige Chance gibt. Wenn sie mit der SPD zusammengeht, kommt dabei heraus, daß die SPD 75 % der Mandate der Bürgerschaft kriegt. Dann sind sie ein kleines Anhängsel, das nichts zu sagen hat. Das ist also der Grund, nicht der andere, weshalb sie mit uns zusammengehen. Ich könnte mir vorstellen, daß ähnliche Motive in anderen Ländern maßgebend sind. Ich behaupte, daß diese 29 Männer, die gegen das Wahlrecht gestimmt haben, alles Menschen sind, die sehr anfällig nach der Richtung Maier sind. Wir sollten den Maier-Flügel nicht unterschätzen, sondern sehr ernst nehmen. Ich komme zu dem Ergebnis, etwas vorsichtig zu sein mit der FDP; denn was wir von den Leuten abgrasen, können immer nur Nicht-Maier-Leute sein, und dann kann das Resultat das sein, was ich angedeutet habe. Infolgedessen ist es richtig, daß wir – mit Ausnahme der Länder, wo es hierüber keine Diskussion gibt – vorsichtig sein sollen. Ich glaube, daß der Gedanke der Koalition in der Bevölkerung schon ein politischer Begriff geworden ist; die Leute wollen effektiv die Koalition wiederhaben. Es ist eine logische Sache, daß wir sagen, wir haben in der Koalition eine Politik mit großem Erfolg gemacht. Damit ergibt sich ganz naturnotwendig die Einstellung zu den Koalitionsparteien.

Von Hassel: Die DP ist bei uns keine Gefahr; sie ist auch nicht das Durchgangslager für die SRP. Dort ist die Deutsche Solidaritätsgruppe⁵⁰ neu aufgetaucht, die versucht, sich mit den gesamten Rechtsgruppen zu vereinigen, wobei die Deutsche Reichspartei einer der schärfsten Gegner Ihrer Außenpolitik ist, Herr Bundeskanzler.

Die FDP hatten wir bis vor wenigen Monaten ebenfalls nicht zu befürchten. Sie hat aber jetzt ihre Organisation aufbauen können und versucht nun mit zwei Argumenten das empfängliche Schleswig-Holstein in der Richtung auf antikatholische Effekte und die 131er-Frage anzusprechen. Seitdem sich die FDP mit großem Geschick vor die 131er stellt, sind in dem sehr starken Flüchtlingsland und Wehr-

⁵⁰ Vgl. Ströss 2 S. 2308. Zu den Nachfolgeorganisationen der SRP vgl. auch JENKE S. 114–119.

machtsland Schleswig-Holstein erhebliche Kräfte zur FDP gegangen. Ich meine daher, daß die Frage der 131er von uns zentral behandelt werden muß.

Der BHE vermeidet es peinlich, zu erklären, wie er sich später entscheiden könnte. Die große Rede von Kraft in Kiel am Sonntag greift sehr scharf Dehler an.⁵¹ Über das Verhältnis zur Bundesregierung sagte er, wir stehen zur Bundesregierung unter der Führung von Konrad Adenauer in Opposition, aber nicht um der Opposition willen, sondern nur insoweit, als wir glauben, berechtigte Kritik üben zu können. Im großen und ganzen war aber die Rede freundlich gehalten, und sie läßt die Tür offen. Die führenden Leute des BHE kommen im wesentlichen aus Schleswig-Holstein; mit ihnen kann man sprechen. Die breite Mitgliedschaft ist allerdings nur auf die primitivsten Instinkte hin ansprechbar; sie spricht nur vom Lastenausgleich und von der Vertriebenengesetzgebung.

Adenauer: Damit wäre die Diskussion abgeschlossen. Wir können übergehen zum Punkt 2 der Tagesordnung. Es wäre wünschenswert, wenn Sie, Herr Cillien, über das Verhältnis zur DP und FDP in Niedersachsen berichten würden.

BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN MIT ANDEREN PARTEIEN

Cillien: In einer der letzten Parteivorstandssitzungen wurde mir und Dr. Fricke von den Experten klargemacht, daß Wahlabkommen für den Ausgang der Wahl keinerlei Bedeutung hätten; sie könnten nur hier und da eine optische Bedeutung haben. Mit diesem Eindruck gingen wir zurück. Herr Hofmeister meinte allerdings, daß bei den besonderen niedersächsischen Verhältnissen doch Überhangmandate durch die starke Massierung der FDP entstehen könnten. Wir hatten die Überzeugung, daß wir nicht darüber zu sprechen brauchten, was eine Erleichterung war, da wir in den letzten Jahren sehr häufig diesen Versuch mit negativem Erfolg gemacht haben. Jedenfalls können wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir alles getan haben, um eine Zusammenfassung der Koalitionsparteien zu erreichen. Es war ein Versuch, der von der FDP torpediert worden ist. Die DP hat anfänglich mitgemacht, aber nur mit halbem Herzen. Seit Jahren hat Hellwege nie eine Vorstandssitzung einberufen, weil er mit der Niederdeutschen Union nichts mehr zu tun haben will. Ich wurde von Herrn Globke angerufen, daß Sie den Wunsch haben, Herr Bundeskanzler, daß der Wahlkreis von Hellwege nicht gefährdet sein soll. Ich habe mich sofort bereit erklärt, mit der DP über einige Wahlkreise zu sprechen. Es müsse erwartet werden, so sagte ich Herrn Globke, daß die DP auf uns zukäme. Das hat sie bisher nicht getan. Statt dessen hat die DP in zwei parteiamtlichen Erklärungen ihre Stellung dahin präzisiert, daß sie allein gehen würde. In ihrem Blatt steht ein Artikel fett überschrieben „Zum Alleingang der Deutschen Partei“.⁵²

51 Am 11. Juli 1953 eröffnete der BHE in Kiel den Wahlkampf (vgl. FAZ vom 13. Juli 1953; NEUMANN S. 95).

52 Vgl. „Bonner Informationen“ Nr. 101/53 (Hrsg. DP-Bundesgeschäftsführung) vom 7. Juli 1953 (NL von Merkatz ACDP I-148-092/2).

Einer unserer Kreisvorsitzenden hat ohne Wissen der Landesleitung an Hellwege einen Brief geschrieben, worin er sagt: Wir müssen unbedingt zusammengehen, und es muß etwas geschehen. Hellwege hat ihm persönlich geantwortet. Ich habe eine Abschrift dieses Briefes Ihnen zugeschickt, Herr Bundeskanzler, und zwar am Montag mit Eilbrief.⁵³

Hellwege schreibt darin:

„Ich bedaure auf das tiefste, daß die Haltung der FDP meine Partei gezwungen hat, gerade im Interesse des Ganzen bei der Bundestagswahl auf Vereinbarungen mit anderen Parteien zu verzichten.“

Dann gibt er eine Begründung. Es habe einen fabelhaften Gesetzentwurf gegeben, der es den Wählern ermöglicht hätte, sich zu entscheiden. Dieser Entwurf hätte es der CDU möglich gemacht, ohne die DP eine tragfähige Regierung zu bilden. Also, bis zur Selbstaufgabe geht er hier. In dem parteiamtlichen Brief heißt es weiter: Die DP hat es noch erreichen können, daß wenigstens die 5 %-Klausel im neuen Wahlgesetz verankert wurde. Es wird dann Kritik geübt an dem linken Flügel der CDU, der nicht zuverlässig sei. (*Arnold*: Wo ist der denn überhaupt?) Das hat Hellwege an den Kreisvorsitzenden geschickt. (*Adenauer*: Ich habe es noch nicht bekommen; es wird wohl jetzt da sein.) Das ist eine klare Absage von seiten der DP.

Adenauer: Herr Hellwege hat mir inhaltlich ungefähr so geschrieben wie in diesem Schreiben.⁵⁴ Ich habe die Mitteilung bekommen, daß Hellwege stark auf dem Standpunkt von Caux steht und sich beeinflussen läßt. Ich höre weiter, daß die DP innerlich gespalten sei. Herr Seeböhm habe mehr Anhänger, als man glaube. Dieser Parteisekretär der DP sei der wirklich böse Geist.⁵⁵ (*Kaiser*: Es ist der persönliche Mitarbeiter von Hellwege.) Ich habe den Eindruck, als wenn die DP darauf ausgeht, die neuen Wähler zu fangen. Deswegen macht sie die ganze Geschichte. Ich glaube, man muß sie laufenlassen und sehen, daß man einen fairen Wahlkampf führt.

Cillien: Die DP krankt nicht an einer moralischen Sache, sondern das hängt zusammen mit einem bestimmten Größenwahn. Und davon ist sie nicht zu kurieren. Es kommen bei ihr solche Sätze vor: Europa hätte schon viel früher eine deutschparteiliche Politik treiben müssen. Mit Hellwege kann man immer verhandeln, aber das ist ja ein schwacher Mann. Er kann kein Abkommen durchsetzen. So ist die Lage. Da er aber aus dem alten Boden hervorgegangen ist, muß man ihn als Repräsentanten weiter halten. Es sind auch schon DP-Leute zu uns übergegangen.

53 Vgl. Anm. 12; vgl. StBAH 12.29.

54 Vgl. Anm. 53.

55 Generalsekretär war 1952/53 Herbert Schneider (geb. 1915), der von 1953–1961 Abgeordneter der DP, von 1969–1972 der CDU im Bundestag war. Seine Stellung wird deutlich im DP-Rundschreiben Nr. 90/53 vom 14. Juli 1953 (NL von Merkatz ACDP I-148-092/3; vgl. auch MEYN S. 29f., 34, 131f.).

(*Adenauer*: Der Erbprinz⁵⁶ ist auch schon übergegangen.) Das herzogliche Haus ist überhaupt nicht einverstanden. Er habe heftige Auftritte gehabt, sagte mir Hellwege. Das geht unter dem Motto: Für Freiheit und Recht! Wir würden es aber bedauern, wenn die vier Wahlkreise, die für die DP zu gewinnen sind⁵⁷, verloren gingen. Das würde sich für die nächsten Landtagswahlen ungünstig auswirken.

Ich bin nach wie vor bereit, in dieser Richtung mit der DP zu verhandeln. Wenn die DP ausfällt, hat ein Gespräch mit der FDP noch weniger Sinn als bisher. Die FDP hat bisher alle Bemühungen, die nichtmarxistischen Parteien zusammenzufassen, zerschlagen. Neuerdings ist es so, daß sogar Stegner und Onnen den Gedanken vertreten, es müsse zu einem Abkommen kommen. Diese Frage hat in Niedersachsen nur Interesse für Oldenburg und Ostfriesland. In einer Sitzung am Samstag in Oldenburg unter dem Vorsitz von Ehlers ist beschlossen worden, Gespräche mit der FDP zu führen, aber unter bestimmten Bedingungen; dazu gehört auch, daß Herr Onnen nicht gefördert wird, weil es CDU-Leuten nicht zuzumuten sei, ihre erste Stimme Herrn Onnen zu geben.⁵⁸ Wenn Onnen keine Aussicht hat bei der Wahl, dann fällt alles zusammen.

Adenauer: Ich möchte Sie bitten, Herr Cillien, noch nicht zu resignieren. Ich weiß zuverlässig, daß innerhalb der DP sehr starke Bestrebungen im Gange sind, diesen Beschuß zu ändern. Herr Hellwege hat mir persönlich gesagt, daß noch eine Sitzung des Direktoriums stattfindet. Ich würde empfehlen, noch nicht zu resignieren, natürlich sich auch nicht aufdrängen, aber Sie können mit Rehwinkel⁵⁹, der immerhin eine erhebliche Rolle spielt, und mit dem Mittelstandsblock Fühlung nehmen. Herr Hellwege hat sich überrennen lassen von dem Parteisekretär.

Cillien: Die FDP hat eine starke Position in Göttingen. Diesen Wahlkreis hat sie uns angeboten, obwohl wir in Göttingen ganz schwach sind.⁶⁰ Also so weit geht der häusliche Streit schon.

Adenauer: Mit anderen Worten: Sie halten die Augen offen und versuchen zu machen, was sich machen läßt.

Cillien: Herr Löbke(^{?)}⁶¹ ist bei mir gewesen und hat gesagt, es sei damit zu rechnen, daß Hellwege seinen Standpunkt ändere.

56 Prinz Ernst August Georg Wilhelm von Hannover (geb. 1914) hatte am 28. Mai 1953 ein Gespräch mit Adenauer (Terminkalender).

57 1949 errang die DP sechs, 1953 acht Wahlkreise. Zu den Auseinandersetzungen in der DP vgl. JENKE S. 120–129; MEYN S. 34–41.

58 Ein Protokoll der Sitzung ist nicht zu ermitteln.

59 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV.

60 Bei der Bundestagswahl 1949 errang die CDU 9,7 %, 1953 waren es bei den Zweitstimmen 31,9 %.

61 Möglicherweise Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 2 c (Hessen). Vor meiner Abreise aus Bonn war Herr Euler mit zwei einwandfreien Herren der hessischen FDP bei mir.⁶² Diese drei Herren haben mir vorgetragen, daß sie versuchen, durch Wahlabsprachen mit der CDU und der DP die hessische FDP möglichst stark zu machen, weil sie glauben, daß sie dann innerhalb der FDP-Partei und der FDP-Fraktion den Kurs Maier zum Erliegen bringen. Insofern haben wir an alledem, was in Hessen vor sich geht, ein Interesse, das über das Parteiinteresse weit hinausgeht.

Die DP hat nun gesagt: Nein wir gehen allein. Aber, Herr Dr. Fay, das ist noch nicht das letzte Wort, obgleich die Herren in Hessen glauben, es sei das letzte Wort. Vielleicht berichten Sie darüber, was sich getan hat. Ich darf noch hinzufügen, daß Herr Euler während unserer Sitzung telefoniert und dringend auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, daß in Hessen Verständigungen stattfinden. Sie hätten ihm mitgeteilt, sie wollten die heutige Besprechung abwarten.

Fay: Nicht nur die heutige Sitzung, sondern auch die Delegiertenversammlung am Samstag.⁶³ In Hessen besteht die Gefahr, daß die SPD Überhangmandate erhält. Wir hatten 1949 in Hessen drei Wahlkreise, die von der CDU gezogen wurden, und sieben Wahlkreise von der FDP.⁶⁴ Bei uns wird es als sicher angesehen, daß zwei Wahlkreise von der CDU gezogen werden; bei einem Wahlkreis ist es möglich, aber nicht sicher. Herr Euler ist der Auffassung, daß sämtliche FDP-Kreise verlorengehen. Wenn wir nur zwei Wahlkreise ziehen, dann würde die SPD 20 von 22 Wahlkreisen ziehen.

Am vergangenen Sonntag hat eine außerordentliche Vorstandssitzung des Landesverbandes der CDU in Marburg stattgefunden.⁶⁵ Es waren dort ein gutes Drittel der Kreisvorsitzenden, die in den etwa betroffenen Gebieten sitzen. Ich möchte darüber berichten, wie die Versammlung den Gegner beurteilt hat. Grundsätzlich werden die Politik des Bundeskanzlers und die Erfolge auf der außenpolitischen und der wirtschaftspolitischen Linie hundertprozentig bejaht. Man ist sich klar darüber, daß alles getan werden muß, um diese Politik zu erhalten.

Ich darf Herrn Scharnberg etwas entgegnen. Unsere Kreise halten nicht sehr viel von der Koalition. Herr Euler ist in hessischen Kreisen der CDU denkbar unbeliebt, weil Euler es an sich hat, je nach der Situation sich Freunde zu suchen. Die Verbindungen, die er [ein]geht, gehen meistens schief. Sie erinnern sich, daß Euler einmal mit der DRP, die heute noch im Bundestag durch

62 Aus Terminkalender nicht ersichtlich. Sehr dichte Korrespondenz zwischen Adenauer und Euler in StBAH 12.32.

63 Vgl. dazu UiD Nr. 54 vom 15. Juli, Nr. 55 vom 18. Juli und Nr. 56 vom 22. Juli 1953.

64 Für die CDU waren dies 1949 Fulda (Sabel), Bad Schwalbach (von Brentano); für die FDP Ziegenhain (Euler), Marburg (Ludwig Preiß), Wetzlar (Karl Gaul), Gießen (Ludwig Schneider), Wiesbaden (Victor-Emanuel Preusker). 1953 gewann die CDU sieben, die FDP fünf Wahlkreise.

65 Protokoll nicht zu ermitteln.

Leuchtgens⁶⁶ vertreten ist, ein Wahlbündnis eingegangen ist. Er hatte geglaubt, daraus den größten Erfolg zu ziehen. Herr Euler hat in der hessischen Landtagswahl das Wahlbündnis mit dem BHE gemacht mit dem Erfolg, daß der BHE in Hessen hundertprozentig zur SPD eingeschwenkt ist.⁶⁷ Eulers persönliche Haltung ist in unseren Kreisen nicht beliebt.

Es kommt hinzu, daß im hessischen Raum die FDP sich bisher bemüht hat, jedes gute Verhältnis zur CDU zu zerschlagen. Sie wissen, daß Herr Dehler in Frankfurt eine Rede gehalten hat gegen politisierende Prälaten, die den Erfolg gehabt hat, daß der katholische Volksteil in Frankfurt restlos verkrumpelt ist.⁶⁸ Herr Schroeder⁶⁹, der Vizepräsident der FDP im hessischen Landtag, hat erklärt, es sei notwendig, daß außer den Sozialisten und den Klerikalen die FDP als eine liberale Partei vertreten sei. Wir haben noch dafür Verständnis gehabt, daß er uns mit „Klerikalen“ bezeichnet hat, aber der Erfolg ist der, daß unsere Leute restlos verärgert sind. Ich will schweigen von der Rede Maiers, die auch in Hessen gewirkt hat. Man hat festgestellt, daß die Rede Maiers gerade in den Teilen, wo er sich mit den Klerikalen befaßt hat, die hundertprozentige Zustimmung der Versammlung gefunden hat.

Bei der DP in Hessen ist es nach unserer Auffassung so, daß diese DP ein ganz klarer Nazihafen ist, um sie mit diesem Wort zu bezeichnen. Die Führung der DP liegt in den Händen des Herrn Schranz, dem früheren Oberbürgermeister in Offenbach, der als gemäßigter Nazi galt. Er ist aber ein schwacher Mann und liegt vollkommen in den Händen des früheren Kreisleiters von Mainz, des Herrn Fuchs⁷⁰.

66 Dr. Heinrich Leuchtgens (1876–1959), 1925–1931 Mitglied des Provinziallandtags (Hessen-Darmstadt, Bauern- und Landvolkpartei), 1945 Mitgründer der NPD, 1949–1953 MdB (FDP/DP, ab 1952 DP Bayern, ab 27. Juli 1953 fraktionslos). – Am 21. Juli wurde er mit zwölf weiteren Mitgliedern aus der hessischen DP ausgeschlossen (vgl. FAZ vom 22. Juli 1953; vgl. auch JENKE S. 130; Ströss 2 S. 1892 Anm. 1).

67 Zu den parteiinternen Auseinandersetzungen im hessischen BHE um die politische Orientierung vgl. NEUMANN S. 94 Anm. 376. Der überwiegende Teil der Landtagsfraktion kooperierte mit der SPD. Als Gegengewicht wurde der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Frank Seiboth, vom Bundesvorstand des BHE zum hessischen Organisationsleiter für die Bundestagswahl bestellt; er schwenkte später jedoch ebenfalls zur SPD über. Zu Eulers Haltung zur SPD vgl. BERTSCH S. 259f.

68 Dehler hatte in seiner Rede am 27. Mai 1953 in der Frankfurter Kongreßhalle die FDP als allein „staatsbildende Kraft“ gegen SPD und CDU, die von ihrer Natur her Oppositionsparteien seien, abgegrenzt. Zur Konfessionsschule, die von der CDU geplant sei, erklärte er, ihm werde bang, wenn er sich ein Deutschland vorstelle, das von Prälaten und Oberkirchenräten regiert werde (vgl. FAZ vom 29. Mai 1953, „Kontroverse mit Dehler“ EBD. 30. Mai 1953; UfD vom 3. Juni 1953; vgl. auch Adenauer an Dehler vom 28. Mai 1953 in StBAH 12.32).

69 Dr. Ernst Schroeder (1893–1976), Präsident des Zentralverbands des Deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus, 1928–1932 MdPrL, 1932–1933 MdR (DVP), 1950–1958 MdL (FDP), Vizepräsident des hessischen Landtags.

70 Fritz Fuchs (geb. 1894), 1925 NSDAP, 1937 Kreisleiter, 1940 Gauamtsleiter, 1943 Gauhauptamtsleiter der NS-Volkswirtschaft, 1945 MdR (STOCKHORST S. 148). – Zu den Vorgängen im hessischen DP-Landesverband vgl. MEYN S. 40f.

Sie wissen, daß auch Herr Derichsweiler, der frühere Reichsstudentenführer, in Hessen eine große Rolle spielt. Ich glaube, daß die DP nicht nur in unseren Augen ein Nazihafen ist, sondern sie ist in Wirklichkeit ein Nazihafen.

Nachdem der Herr Bundeskanzler mich davon im Kenntnis gesetzt hat, daß Euler mit mir sprechen will, habe ich dieses Gespräch geführt.⁷¹ Dieses Gespräch hat zu dem Schritt geführt, den ich gewagt habe, weil ich der Auffassung bin, daß er auf unserer großen politischen Linie liegt. Wir haben gemeinsam – die drei Vorsitzenden von der CDU, der FDP und der DP – eine Erklärung herausgegeben, wonach der Wahlkampf in Hessen unter voller Loyalität der Parteien untereinander geführt werden soll.⁷² Der gemeinsame Gegner im Wahlkampf sei die SPD. Gewisse Erklärungen in Wahlreden in der letzten Zeit, die dieser Auffassung entgegenstehen, wurden von den Landesvorsitzenden unter Hinweis auf vier Jahre gemeinsamer erfolgreicher Außenpolitik als unklug bezeichnet. Dabei dachte ich – ich mache kein Hehl daraus – an Herrn Dehler, und Herr Euler dachte an Herrn Wuermeling. (*Heiterkeit.*) Meine Freunde haben nun diese Erklärung sehr mißbilligt. Man ist der Auffassung, daß die Formulierung, der gemeinsame Gegner im Wahlkampf sei die SPD, in ihrer Kleinheit falsch sei; es hätte noch ganz klar dazu geschrieben werden müssen, daß auch der liberale und der übertrieben nationale Teil Gegner sei. Ich habe in dieser Situation bei dieser Erklärung nicht so weit von mir aus gehen wollen. Es sollte doch eine gemeinsame Erklärung sein. Ich glaube „gemeinsamer Gegner“ ist durchaus richtig. Daß der gemeinsame Gegner auch noch private Gegner übrigläßt, war für mich klar, aber für die Presse und unsere Parteidreunde in Hessen unklar. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen den Aufsatz in der „Frankfurter Neuen Presse“ gelesen hat, der aufgrund dieser Erklärung herausgekommen ist.⁷³ Die „Frankfurter Neue Presse“ hat sich m.E. in diesem Aufsatz bemüht, die Politik des Bundeskanzlers von hinten zu sabotieren. In dieser scharfen Form darf man es wohl einmal sagen.

Maßgebliche Leute in meinem Landesvorstand haben mich wegen dieser Erklärung angegriffen. Leider Gottes hat sich die „Frankfurter Rundschau“ dieser Worte, die maßgebliche Leute meines Landesvorstandes gebraucht haben, bemächtigt⁷⁴ und sie in die Öffentlichkeit gebracht, so daß dadurch ein schlechter Eindruck entstanden ist. Unsere Freunde haben sich am Sonntag in Marburg bis auf zwei Wahlkreise ganz strikt gegen ein Zusammengehen mit der FDP ausgesprochen.

71 Vgl. dazu Adenauer an Euler vom 10. Juli 1953 in StBAH 12.32.

72 Vgl. dazu Euler an Adenauer vom 10. Juli 1953 in StBAH 12.32; UiD vom 15. Juli 1953.

73 „Frankfurter Neue Presse“ vom 6. Juli 1953 („Wahlkoalition in Hessen“); der erwähnte Aufsatz, der sich scharf gegen diese „Art Blockbildung“ wendet, in „Frankfurter Neue Presse“ vom 11. Juli 1953 („Präludium zum Wahlkampf 1953“).

74 „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Juli 1953. Kritik übte insbesondere Lünendonk auf der Landestagung der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in Frankfurt am 12. Juli 1953.

Herrn Euler schwiebt natürlich vor, einen Bürgerblock zu bilden, und zwar schon im Hinblick auf die nächste hessische Landtagswahl. Ich habe ihm in der ersten Unterredung gesagt, erstens sind wir keine bürgerliche Partei in eurem Sinne, zweitens können wir heute noch nicht die hessische Landespolitik für die nächsten Jahre festlegen und drittens muß sich Ihre hessische FDP in kulturellen Fragen anders verhalten, als sie das bisher getan hat.

Es ist für mich absolut klar, daß diese Bundestagswahl nicht nur mit Argumenten auf der Bundesebene geführt werden kann, sondern für den Wähler sind auch die Kommunal- und Landesebene genauso interessant wie die Bundesebene. Der Wähler kann eben nicht so fein unterscheiden, daß er es hier nur mit der Bundesebene zu tun hat.

Es waren sowohl Protestanten wie auch Katholiken, die ein solches Abkommen ablehnten. Ich habe in den letzten Tagen viele Reisen in Hessen gemacht und maßgebliche Leute des protestantischen und des katholischen Lebens befragt, die mir samt und sonders gesagt haben, es sei dringend vor einem Wahlbündnis, auch in partieller Form – also auf einige Wahlkreise beschränkt – zu warnen.

Die Auffassung der Versammlung war folgende: Wir könnten zwar durch ein partielles Wahlbündnis einen schwachen Erfolg auf der Wahlkreisseite haben, aber unser Listenergebnis könnte wegen der in den Augen der Bevölkerung unklaren Haltung so geschwächt werden, daß das, was uns vorschwebt – nämlich als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorzugehen –, unmöglich gemacht würde. Das entscheidende Argument lag darin, daß ein Wahlbündnis – auch ein partielles – das Listenergebnis entscheidend schwächen würde zugunsten der Partei der Nichtwähler.

Es waren zwei Kreise, die ein Abkommen bejahten, Dieburg-Erbach und Waldeck, bestehend aus den politischen Kreisen Hofgeismar und Wolfshagen. Auf meine Frage, ob die Herren bereit seien, den von Herrn Euler als einzige möglich bezeichneten Kandidaten, den Herrn Faßbender⁷⁵, zu wählen, erscholl mir ein einmütiges Nein entgegen. Damit dürfte auch für die praktischen Verhandlungen diese Kombination ausscheiden. Ich persönlich halte solche Wahlverbindungen in großstädtischen Kreisen für eher möglich als auf dem flachen Lande bei uns in Hessen. Wiesbaden scheidet aus, weil es zur gleichen Zeit Kommunalwahlen hat.⁷⁶ Hier ist es unmöglich, daß der Wähler so fein unterscheiden kann, daß er für die Bundestagswahl mit seiner ersten Stimme meinetwegen den FDP-Mann und mit seiner zweiten Stimme die CDU-Liste wählt und in der Kommunalwahl getrennt CDU und FDP.

75 Heinrich Faßbender (1899–1971), 1946–1947 MdL Hessen (FDP), 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1957 MdB (1955 Übertritt zur DP).

76 Ergebnis der Wahl zum Stadtrat vom 7. September 1953: 40.552 Stimmen für die SPD (= 20 Sitze, -3), 37.055 für die CDU (= 18 Sitze, +4), 43.827 für die FDP (= 23 Sitze, +3). Vgl. FAZ vom 8. September 1953.

Ich habe gestern abend in der Delegiertenversammlung in Frankfurt das Problem angesprochen. Ich habe mir Mühe gegeben, die Leute überhaupt auf eine Diskussionsbasis zu heben. Es hat sich kein einziger zu Wort gemeldet, weil es für alle Anwesenden klar war, daß man in den drei Frankfurter Wahlkreisen nur getrennt operieren könne. In allen anderen Kreisen wird dringend davor gewarnt.

Nun kommt für uns Hessen ein sehr gravierendes Moment hinzu. Nach dem hessischen Rundfunkgesetz hat nur die Partei Anspruch auf Redezeit im Wahlkampf, die in allen hessischen Wahlkreisen kandidiert.⁷⁷ (*Widerspruch und Bewegung. – Adenauer: Wer hat das Gesetz gemacht?*) Herr Bundeskanzler, ich bin unschuldig. (*Adenauer: Wer hat es gemacht?*) Das haben die Parteien gemacht im Jahre 1948 oder 1949. (*Adenauer: Hat das die SPD gemacht oder waren es unsere Leute?*) Jedenfalls waren wir dabei. Dieses Gesetz besagt, daß wir der Redezeit verlustig gehen, wenn die CDU auch nur in einem einzigen Wahlkreis keinen Kandidaten aufstellt. Es gibt Freunde, die der Auffassung sind, man könne auf den Rundfunk verzichten. Die übergroße Mehrheit ist der Meinung, daß wir den Rundfunk brauchen. Ich meine das auch. Sollte nun einer aus der Reihe tanzen, werden wir den Rundfunk verlieren. Ich kenne die Leute von der SPD, sie werden wie Shylock⁷⁸ alles versuchen ... (*Von Lojewski: Ich habe mit den Leuten gesprochen. Es ist nicht möglich; darüber gibt es keine Verhandlungen!*) Wir müssen damit rechnen, daß der CDU-Kandidat nicht auftritt. Dann wird uns der Rundfunk in Hessen nicht zur Verfügung stehen. Die letzte Entscheidung in Hessen ist noch nicht gefallen. Der Vorstand ist nicht in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen. Nach unserem Statut hat darüber der Landesausschuß bzw. die Landesdelegiertenversammlung zu entscheiden. Diese Entscheidung wird am Samstag in Fulda fallen.

Ich darf zur Illustration der Situation in Hessen noch auf folgendes hinweisen: Wir haben zur Durchführung des Wahlkampfes von der Fördergesellschaft bis jetzt noch keinen Pfennig bekommen. Man hat das Geld, wie ich behaupte, bewußt zurückgehalten; denn die Fördergesellschaft in Hessen liegt in der entscheidenden Führung in Händen der FDP. (*Adenauer: Das kommt bei Punkt 7 der Tagesordnung!*) Herr Bundeskanzler, ich muß es in diesem Zusammenhang sagen. Es wird noch viel interessanter. Gestern fand eine Unterredung statt, die vereinbart war zwischen DP, FDP und uns. Mein Landesverband hat mir verboten, zu dieser Un-

⁷⁷ Der entsprechende Passus des am 2. Oktober im GVBl für das Land Hessen Nr. 24 (1948) verkündeten Gesetzes lautet (§ 3): „Während des Wahlkampfes ist lediglich den politischen Parteien, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht haben, Sendezzeit zu gewähren; die Sendezzeit muß gleich lang und gleichwertig sein.“ – Zur Entstehung vgl. Klaus BERG: Die Entstehung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk. In: Publizistik 18 (1973) S. 310–321; BAUSCH S. 77–92.

⁷⁸ Jüdischer Wucherer in Shakespeares Schauspiel „Der Kaufmann von Venedig“, der Geld verleiht und dafür Anspruch auf ein Pfund Fleisch aus dem Körper des verschuldeten Kaufmanns erhebt.

terredung zu gehen. Ich habe Herrn Euler einen Brief geschrieben, ich fühlte mich im Augenblick nicht ermächtigt zu weiteren Verhandlungen; er möge das Ergebnis von heute bzw. das von Fulda abwarten.⁷⁹

Die DP hat eine schwankende Haltung eingenommen. Sie hat zunächst gesagt: grundsätzlich nein, aber es bestünden vielleicht doch noch Möglichkeiten. Dann hat Herr Schranz erklärt, es käme überhaupt nicht in Frage. So ist es in der hessischen Presse erschienen.⁸⁰ Ich habe aber gehört, daß er gestern zu Herrn Euler gegangen ist. Es ist heute morgen von Herrn von Schoeler⁸¹, dem Geschäftsführer der Fördergesellschaft, unserem Geschäftsführer^{81a} in Frankfurt gesagt worden, wenn wir dieses Wahlbündnis nicht eingehen, dann könnten unsere Angestellten sich am Samstag beim Arbeitsamt melden.

Ich muß das hier in diesem Zusammenhang sagen. Ich weiß, daß sich die Fördergesellschaft bemüht, politischen Einfluß über das Geld zu bekommen, auch hinsichtlich der Kandidatenaufstellung. Ich habe immer gesagt, ich lasse mir nicht hineinreden. Und wenn ein Kandidat, der mir von der Fördergesellschaft empfohlen wird, auf der Landesliste erscheint, dann erscheint er aus anderen als aus geldlichen Motiven.

Es ist aber geradezu der Höhepunkt, wenn man uns jetzt erklärt, wenn ihr dieses Wahlbündnis nicht eingeht, könnt ihr zum Arbeitsamt gehen, d.h. ihr bekommt überhaupt kein Geld. Das Resümee des Landesvorstandes in Hessen, verstärkt durch die Kreisvorsitzenden, ist also das, daß auch ein partielles Wahlbündnis – ein generelles kommt überhaupt nicht in Frage – das Listenergebnis in Hessen so schwächen wird, daß ein möglicher Erfolg auf der Wahlkreisseite diesen Verlust nicht wettmachen kann.

Herr Bundeskanzler, ich habe mir die größte Mühe gegeben, aber ich kann ja schließlich nicht gegen meine Leute im Lande, die ja doch sehr stark unsere Wählerschaft repräsentieren, angehen. Wir sind eine demokratische Partei, und ich muß mich dem Beschuß des Landesvorstandes unterwerfen.

Adenauer: Das letzte ist sehr loblich, aber nicht immer richtig! (*Heiterkeit.*) Man muß dann eben versuchen, Herr Kollege Fay, den Vorstand auf dieselbe Linie zu bringen. Lassen Sie mich einige Ausführungen machen zu Ihren Darlegungen; denn diese scheinen mir doch in wesentlichen Punkten etwas einseitig zu sein. Ich mag mich irren, aber ich habe den Eindruck.

Zunächst einmal etwas zu dem, was das Arbeitsamt angeht. Der FDP, der

79 Vgl. Anm. 72 und 73 sowie FAZ vom 20. Juli 1953. Die CDU nahm von einem Wahlabsprachen Abstand und stellte in allen Wahlkreisen Kandidaten auf, um sich des Rundfunks bedienen zu können. – Zum CDU-Landesparteitag in Fulda vgl. UiD vom 22. Juli 1953.

80 Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 11. Juli 1953 („Hessische DP lehnt Wahlabsprachen ab“).

81 In der Vorlage: Schöller(?). – Hans Heinrich von Schoeler (1915–1981), Kaufmann.

81a Vermutlich Willi Wolfermann (vgl. S. 1).

Gesamtpartei, ist seit Wochen das Geld gesperrt worden von der Fördergesellschaft. Sie hat mich im Verdacht, daß ich dahinterstecke, das getan zu haben. Das ist aber auch nicht richtig. Daß die Fördergesellschaft, lassen Sie mich das ganz allgemein sagen, das Geld nicht gibt, damit sich die Koalitionsparteien gegenseitig die Köpfe einschlagen, ist doch ganz selbstverständlich. Die Fördergesellschaft gibt ihr Geld – und daraus hat sie nie ein Hehl gemacht – nicht etwa aus Freude an Wahlen, sondern sie gibt das Geld lediglich, damit die Sozialdemokratie geschlagen wird. Das ist ganz klar. Und man sollte sich kein X für ein U vormachen. Daß die Fördergesellschaft hier und da einmal ansetzt – das hat sie auch in Niedersachsen getan, das wird sie auch anderwärts tun –, kann man von seiten der Leute verstehen. Wenn wir keine Fördergesellschaft nötig hätten, niemand wäre froher als ich. Aber wir haben nicht das Geld dazu. Zur Durchführung von Wahlen ist immenses Geld nötig. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen.

Sie haben von dem Nazihafen gesprochen. Ich stehe nicht in dem Ruf, ein Freund von Nazihafen zu sein. Ich habe das Material nicht da; aber ich glaube, wenn Sie bedenken, wieviel führende frühere Nazis in der Leitung der SPD tätig sind, dann können Sie dort noch eher von einem Nazihafen sprechen. Davon spricht aber kein Mensch. (*Wuermeling*: Warum kriegen wir das Material nicht?) Jetzt haben Sie wieder eine Keule in der Hand, Herr Wuermeling! (*Heiterkeit*.) Die Nazis wählen zum ersten Mal. Lassen Sie sie doch in Ruhe! Das hat keinen Zweck. Ich sage das dem Herrn Fay nur als Gegenargument, weil er sagt, das ist ein Nazihafen. Ein Wort in aller Offenheit. Der Herr Euler hat sich nach meiner Auffassung in den Jahren, seitdem er im Bundestag ist, zu seinem Besseren entwickelt. Als der Herr Euler kam, war er ein wilder Junge, der wirklich, wo er Porzellan sah, drauf losstürzte und es kaputtschlug. (*Zuruf*: Herr Dehler hat es auch getan!) Die Herren Preusker⁸² und Schneider sind Leute, vor denen man Respekt hat. Sie waren zusammen mit Herrn Euler bei mir. Sie haben es nicht lediglich mit einer persönlichen Aktion Eulers zu tun, sondern mit einer sehr überlegten Aktion dieser drei Herren, hinter denen wahrscheinlich auch Herr Becker⁸³ steht.

Nun muß man doch auch bei der Bundestagswahl an die nächsten Landtagswahlen denken. Herr Scharnberg denkt an die Bürgerschaftswahlen, die vor der Tür stehen; Herr Ministerpräsident Arnold und Herr Johnen – Sie werden das nachher hören, wenn wir über die Zentrumsfrage sprechen – denken an die Landtagswahlen in zwei Jahren. So werden Sie auch – ich meine jetzt Sie nicht persönlich, sondern

⁸² Dr. Victor-Emanuel Preusker (geb. 1913), 1949–1949 Generalsekretär der FDP in Hessen, 1949–1961 MdB (FDP), Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

⁸³ Dr. Max Becker (1888–1960), vor 1933 DVP, nach 1945 FDP, 1946 MdL Hessen, 1948–1949 MdPR, 1949–1966 MdB.

die CDU – an die kommenden hessischen Landtagswahlen in zwei Jahren denken müssen, oder sind sie im nächsten Jahr? (*Fay*: Im November 1954.) Herr Fay, einen sozialistischeren Staat als den hessischen kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Alle Beamten, die nicht sozialistisch sind, fliegen heraus. Herr von Brentano hat mir neulich erzählt, daß ein Referendar zu ihm gekommen sei, der ihm gesagt habe, daß der Senatspräsident, der die Prüfungen abnimmt, dem Referendar gesagt habe: Wenn Sie hier eine Prüfung ablegen und in den Dienst treten wollen, dann empfehle ich Ihnen dringend, vorher Mitglied der SPD zu werden. So sieht es doch in Hessen aus! Und da muß ich sagen, ist mir auch der Herr Faßbender noch viel lieber als der Herr Zinn⁸⁴, wenn ich die beiden gegenüberstellen soll. Ich kenne keinen fanatischeren Sozialisten – Sie werden mir doch recht geben – als gerade den Herrn Zinn. Nun bitte ich Sie sehr darum – der größte Teil der Versammlung, wenn auch nicht alle, wird mir zustimmen –, nicht die Geduld zu verlieren, auch nicht gegenüber Ihren eigenen Leuten. Sie müssen unter allen Umständen diese hessische Sozialdemokratie, wie sie durch Herrn Zinn dort gepflanzt worden ist, zum Tempel hin-ausjagen. Sein Vorgänger war ein ganz anderer, höchst anständiger Mann⁸⁵, der auch andere Leute leben ließ. Damit sollte man nach meiner Meinung jetzt schon anfangen. Herr Euler hat telefonieren lassen, daß ein Abkommen lediglich zwischen FDP und CDU ohne DP wahrscheinlich nur der DP helfen würde. Es müßte also die DP hinzukommen. (*Fay*: Das ist ganz klar!) Wie Sie das fertigbringen – dafür sind Sie Landesvorsitzender, dafür haben Sie die große Aufgabe übernommen! Man muß anerkennen, Sie haben es schwer, aber um so größer wird der Erfolg sein, wenn Sie ihn erreichen.

Fay: Einen Teil Ihrer Argumente, Herr Bundeskanzler, kann ich nicht billigen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob Sie es richtig sehen. Was Sie mir gesagt haben, das weiß ich auch, und ich möchte es auch gerne tun. Aber wenn Sie vor einer geschlossenen Front stehen, wenn Ihr zweiter Vorsitzender gegenteiliger Meinung ist ... (*Adenauer*: Wer ist das?) Herr Lünendonk hat mich kritisiert wegen dieser gemeinsamen Erklärung. Ich bin kritisiert worden in der Öffentlichkeit, Herr Bundeskanzler. Das sind Schwierigkeiten, die kann man auch beim besten Willen nicht überwinden. Es gibt vielleicht noch eine Möglichkeit – bitte, lachen Sie nicht darüber –, Herr Bundeskanzler, wenn Sie am Samstag nach Fulda kommen. Das ist die einzige Möglichkeit. (*Adenauer*: Das können Sie nicht von mir verlangen.) Ich will es nicht verlangen, aber es ist die einzige Möglichkeit. Ich stehe völlig allein. Ich habe weder eine Deckung im Vorstand noch eine Deckung im Lande draußen, bis

84 Georg-August Zinn (1901–1976), 1946–1949 und 1950–1962 hessischer Justizminister, 1947 Mitglied und Vizepräsident des Frankfurter Wirtschaftsrates (SPD), 1948–1949 MdPR, 1949–1951 und 1961 MdB, 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen.

85 Christian Stock (1884–1967), seit 1902 SPD, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1921–1926 MdL Baden, 1946 Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung, 1946–1954 MdL Hessen, 1946–1950 hessischer Ministerpräsident.

auf zwei Kreise, von denen der eine Kreis gesagt hat, Faßbender kommt nicht in Frage; das hängt mit weltanschaulichen Dingen zusammen.

Adenauer: Ich habe vom 26. Juli⁸⁶ ab 23 große Versammlungen zu halten. Deshalb kann ich von meinem wirklich sehr kurzen Urlaub⁸⁷, von dem ich jetzt einen Tag opfere, nichts mehr abziehen. Aber muß denn diese Sitzung unbedingt am nächsten Samstag sein?

Fay: Das muß sein; denn der Film läuft nun. Am Samstag tagt der Landesausschuß, es sind dort die Vertreter von 48 Kreisen, dazu sind sämtliche 300 Delegierten zusammengerufen worden. Ich kann unmöglich die Sache abstoppen.

Adenauer: Lieber Herr Fay, seien Sie mir nicht böse, aber 300 Leute können nicht eine solche Sache entscheiden.

Fay: Die 48 Vertreter der Kreise im Landesausschuß sind das politische Gremium. Nach dem Statut sollen Kardinalfragen sogar von den Delegierten entschieden werden. Ich habe das Statut nicht gemacht und muß nun damit fertig werden.

(*Adenauer:* Ist der Herr Lünendonk einer der Hauptgegner?) Nein, Herr Lünendonk hält es für möglich, daß man zu partiellen Abkommen kommt. Wir beide sind uns in diesem Punkte einig. Wenn aber nur ein Kreis ausbricht, so ist der hessische Rundfunk für uns verloren. Wir können es nicht verhindern, daß der eine oder andere Kreis ausbricht. Wir hätten zwar ein formelles Vetorecht, aber das kann durch die nächste Kreisdelegiertenversammlung über den Haufen geworfen werden.

(*Majonica:* Kann denn nicht ein anderer aufgestellt werden?) Wir sprechen höchstens 2 % der Menschen an. Wir müssen auf die Wähler Rücksicht nehmen, die nach dem Gefühl wählen, aber nicht mit einer klaren Überlegung. (*Adenauer:* Sind denn die Hessen noch immer nicht hell genug geworden, um zu sehen, was in Hessen geschieht?) Unsere Leute sind der Auffassung, daß wir uns mehr schaden, wenn wir auch nur ein einziges partielles Abkommen abschließen, als wir uns damit nutzen können. Man ist der Auffassung, es wird das Listenergebnis so schlecht werden, daß die CDU genau das erlebt, was sie im November 1950 erlebt hat, daß ihre Wählerstimmen sich der Wahl enthalten.⁸⁸ Daß sie damit indirekt die SPD wählen, ist klar. Die Leute sagen, wir sind sonst Verräter und spielen nicht mit. Das haben mir maßgebliche katholische und evangelische Leute, Geistliche und Laien, erklärt. Ich habe eine 2.000 km lange Reise durch Hessen gemacht, um [im] Interesse dieser Sache zu arbeiten. Überall habe ich ein Nein gehört. So ist die Situation.

Scharnberg: Ich bin legitimiert, ein Wort zu sagen, weil ich in Hamburg dasselbe Wahlrecht bei der Bürgerschaft habe, wie Sie in Hessen das Landtagswahlrecht. Eines ist völlig eindeutig, wenn Sie bei der Landtagswahl nicht zu einem Zusam-

86 Adenauer eröffnete am 26. Juli in Köln und Dortmund den Wahlkampf (vgl. UiD vom 29. Juli 1953).

87 Adenauer hielt sich vom 6.–25. Juli 1953 auf der Bühler Höhe im Schwarzwald auf.

88 Die Wahlbeteiligung betrug nur 64,9 %; gegenüber der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 verlor die CDU 150.010 Stimmen.

mengehen zwischen FDP und CDU kommen, werden Sie die Landtagswahlen verlieren. Ich kann aus der Hamburger Erfahrung sagen, wir sind jetzt zwei Jahre – nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Schuld der FDP und der DP – aus der Regierung in Hamburg heraus. Wenn es uns diesmal nicht gelingt, an die Regierung zu kommen, dann können wir mit unserer Parteiorganisation in Hamburg einpacken. Das ist den Leuten gar nicht zuzumuten, daß sie ununterbrochen in einer sinnlosen Opposition in keiner Weise irgendwelche personellen Wünsche befriedigen können. Die Leute laufen einfach weg. Sie werden, Herr Fay, aus Gründen Ihres Landtagswahlrechts heraus gezwungen sein, mit der FDP zusammenzugehen. Das sagt mir meine Hamburger Erfahrung.

Von Brentano: Ich kann nur sagen, daß Herr Fay sich die größte Mühe gemacht hat. Ich habe auch mit Euler gesprochen, aber an dieser Besprechung nicht teilgenommen. Das, was Herr Fay heute morgen sagte, hat mich überrascht, weil auch dort die Einstellung zu finden ist, wo ich es nicht geglaubt hätte, nämlich in Nordhessen. Eine Bindung mit der FDP kostet uns unter Umständen sehr viele Stimmen. Wir werden versuchen, diese Dinge in Fulda zu diskutieren und in Ordnung zu bringen, evtl. werden wir zulassen, daß es in kleineren Kreisen einfach geschieht. Die Sache mit dem Rundfunk ist natürlich eine außerordentlich starke Waffe gegen uns, wenn wir den Rundfunk abgeschnitten bekommen. Ob diese Bestimmung verfassungsmäßig ist oder nicht, möchte ich hier nicht diskutieren. Ich glaube, sie ist nicht verfassungsmäßig. Aber bis wir die Entscheidung darüber haben, ist es zu spät.

Wuermeling: Ich würde mich in dieser Frage sehr gern vor den Wagen des Herrn Bundeskanzlers spannen lassen. Ich möchte an folgendes erinnern: Als wir den Scharnberg-Entwurf zu propagieren suchten, habe ich mehrfach vor den Spitzen der katholischen Verbände in Bonn darüber gesprochen. Da ist eine Einheitsfront gegen mich aufgestanden, und wenn ich mir den Mund fusselig redete, und hat gesagt: Wir können euch nicht stützen, wenn ihr irgendwelche Verbindung mit der FDP eingeht. Das paßt in dieses Thema hinein. (*Adenauer:* Also lieber mit der SPD?) Ich habe ihnen gesagt, wir wollen eine Fortsetzung mit der FDP, aber die Leute erklärten: Dieses politische Denken können wir den breiten Massen der Wählerschichten einfach nicht nahebringen, weil wir sie nicht erreichen. Selbst wenn es gelingt, schließlich die Führer der Verbände zu überzeugen, so sagen sie, wir können das draußen nicht schaffen.

Adenauer: Das Ergebnis wird sein, daß Hessen bei der nächsten Landtagswahl sozialistisch wird. Aber man soll nie sagen, wir schaffen es nicht. Das Wort darf es eigentlich nicht geben. Wir wollen jetzt essen und nach dem Essen noch kurz auf Hessen zurückkommen.

Adenauer: Wir müssen fortfahren. Es ist schon halb 4 Uhr. Wir kommen zum Punkt 2 d (Nordrhein-Westfalen), ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte bitten, den Punkt zurückzustellen, bis die fehlenden Herren hier sind.

Ich glaube, über Baden-Württemberg ist kaum noch etwas zu sagen.

Wir wollen inzwischen zum Punkt 3 der Tagesordnung übergehen:

EINSETZUNG EINES AUSSCHUSSES ZUR VERHÜTUNG VON AUSWÜCHSEN IM WAHLKAMPF

Hier liegt der Gedanke zugrunde, daß ein Ausschuß aus den drei Koalitionspar-
teien eingesetzt wird, und zwar je ein Mitglied aus jeder Partei, zu dem Zweck,
wenn arge Entgleisungen irgendwie vorkommen. (*Lenz*: Ich habe mit Merkatz dar-
über gesprochen.) Herr Hellwege hat mir gesagt, daß er dem zustimmt. Wen sollen
wir bestimmen? (*Zurufe*: Wuermeling. – *Weitere Zurufe*: Scharnberg.) Das ist ein
guter Vorschlag. Also, das war Nummer 3.

Nun komme ich zum Punkt 4 der Tagesordnung:

ÜBERSICHT ÜBER AUFSTELLUNG VON KANDIDATEN

Ich weiß nicht, was Sie bekommen haben und ob Sie es durchgelesen haben.⁸⁹ Ich darf zunächst sagen, welche Kreise dringende Wünsche haben. Heute kam ein Schreiben des Zentralverbandes des deutschen Handwerks an. Ich will das Wesentliche daraus sagen. Sie behaupten, daß sie mindestens 20 % der Wähler stellen und daß schon in der bisherigen CDU/CSU-Koalition das Handwerk viel zu schwach vertreten sei. Wenn der Bundestag jetzt soviel Abgeordnete mehr zähle, müßten sie auch mehr vertreten sein. In ganz Westfalen sei es fraglich, ob ein einziger Handwerkervertreter überhaupt nominiert werde. Es waren vorgeschlagen Frau Steinbiß⁹⁰ und Herr Haedenkamp⁹¹.

Dann fordert der Haus- und Grundbesitzerverein dringendst, daß Herr Handschumacher an sicherer Stelle aufgestellt wird⁹². Dann kommen die Industriellen und wollen ebenfalls stärker vertreten sein, und zwar insbesondere durch Hellwig und andere Leute. Es ist ein sehr ernstes Kapitel, auch vom Standpunkt der Fraktion aus. Da möchte ich mich an den Herrn Fraktionsvorsitzenden wenden; er hat ja in erster Linie die Verantwortung dafür, daß die Fraktion arbeiten kann. Vielleicht wird Herr von Brentano etwas dazu sagen.

89 Anlagen zum Protokoll liegen nicht vor. – Vgl. Adenauer an Heck vom 9. Juli 1953 sowie einige Listen in StBAH 12.12. Zahlreiche Eingaben und handschriftliche Listen zur Kandidatenaufstellung auch in ACDP VII-003-002/1; VII-002-262.

90 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), Mitgründerin der CDU Westfalen und Vorstandsmitglied, Stadtverordnete in Bielefeld (Fraktionsvorsitzende), 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, 1949–1961 MdB.

91 In der Vorlage: Hähnenkamp oder Hesenkamp. – Dr. Karl Haedenkamp (1889–1955), 1924–1928 MdR (DNVP), geschäftsführender Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Ärztetages. Er wurde – offenbar aus privaten Gründen – nicht aufgestellt (Empfehlungsschreiben des Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Ärztetages Professor Dr. Neuffer an Ehlers vom 16. Juli 1953 in NL Ehlers ACDP I-369-001/1).

92 Schreiben vom 11. Mai 1953 (Kopie in Bestand Kiesinger ACDP I-226-059; VII-003-002/1).

Von Brentano: Die Zusammensetzung in der Fraktion war nicht so, wie wir es gern gewünscht hätten. Zu dem, was die Interessentengruppen und Verbände erklären, muß ich sagen: Wir haben nach dem Wahlrecht nur einen sehr geringen Einfluß auf die Wahlkreise. Es geht nicht an, auch wenn die Wünsche sachlich berechtigt sind, sechs oder acht Wochen vor der Wahl uns Kandidaten zu nominieren, die uns kein Wahlkreis abnimmt, weil die Wahlkreise nur Kandidaten abnehmen, die etwas getan haben. So kann man es nicht machen.

Ich hatte neulich ein langes Gespräch mit einem Geistlichen. Ich habe dasselbe gesagt wie vor einigen Jahren: Stellen Sie Leute zur Verfügung, die auch in der Partei arbeiten, die auch bekannt sind. Wir wollen keine Syndici und keine Angestellten, die irgendwo bezahlte Interessen wahrnehmen, sondern wir wollen unabhängige Leute aus der Wirtschaft.

Vor einigen Jahren hat man mir gesagt, der Vorschlag ist sehr schön, aber wer hat von uns denn Zeit. Das war keine Antwort. Da habe ich den Verbänden erklärt, die paar Listenmandate können wir nicht an Leute vergeben, deren Name vollkommen unbekannt ist. Das macht kein Landesverband. Auch das Gesetz der Optik reicht hier nicht aus. Es nützt nichts, wenn in Hessen Herr Dr. Haedenkamp aufgestellt wird; er ist unbekannt. Wir müssen Leute herausstellen, die sich in der Parteiarbeit bewährt haben.

Ich halte es für absolut gefährlich, daß wir im Wirtschaftspolitischen Ausschuß schlechter vertreten sind als die SPD. Ich würde es außerordentlich stark begrüßen, wenn es gelänge, Herrn Hellwig in einer sicheren Position aufzustellen. Das halte ich für unerlässlich, sonst sind wir im Wirtschaftspolitischen Ausschuß nur unter „ferner liefen“ vertreten. Ich weiß nicht, ob es noch gelingt.

Die Mittelstandsgruppe ist recht ansehnlich vertreten. Man kann nicht sagen, daß diese Leute zu kurz gekommen seien. Wie es im Haus- und Grundbesitzerverein steht, weiß ich nicht.

Adenauer: Ich glaube, er sollte in Nordrhein-Westfalen nach dem Herrn Handschumacher aufgestellt werden. Die größte Sünde, die wir im Bundestag begangen haben – wir sprechen unter uns –, ist die, daß wir nicht rechtzeitig ein Wahlgesetz gehabt haben. Das war die schwerste politische Sünde, die wir überhaupt begangen haben. Wir sündigen alle miteinander, aber jetzt handelt es sich um die Zukunft. (*Gerstenmaier:* Paulus sagt das auch!) Dann befindet sich mich in guter Gesellschaft. Diese Fraktion muß arbeitsfähig sein. Etzel scheidet aus. Henle will nicht mehr mittun. Wir brauchen einige Wirtschaftler. Die Grüne Front ist gut vertreten; sie sorgt schon für sich selbst. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. (*Weber:* Herr Hellwig ist nach meiner Meinung für einen Wahlkreis in Westfalen vorgesehen. – *Johnen:* Langsam, langsam!) Nun zu den Arbeitnehmern! Ich habe die Liste nur flüchtig durchgesehen.⁹³ Ich hatte darum gebeten, daß sie mir über-

93 Vgl. Anm. 89.

bracht werden möchte. Gestern abend überbrachte sie mir Herr Lenz(?). Er hat telefonisch die Sache bekommen, an sich ein Fehler in der Organisation. Das müßte die Bundesgeschäftsstelle machen. Die Arbeitnehmer scheinen vertreten zu sein, aber bei den Angestellten haben wir nur einen, und zwar ausgerechnet den Herrn Dr. Vogel. (*Zuruf:* Horn!⁹⁴) Ich darf einen Augenblick bei Herrn Vogel bleiben. Herr Vogel bezeichnet sich stolz als Angestellter. (*Weber:* Das haben wir noch nicht gewußt!) Die Angestelltengewerkschaft, die für uns sehr wertvoll ist, muß nach meiner Meinung vertreten sein. Auch die Frage der Vertriebenen spielt eine große Rolle. Wir müssen versuchen, von hier aus eine gewisse Autorität gegenüber den Landesparteivorständen auszuüben und ihnen die dringende Bitte ans Herz legen, im allgemeinen Interesse der Partei von örtlichen oder bezirklichen Gesichtspunkten abzusehen und die übergeordneten Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir müssen das mit unserer ganzen Autorität als oberstes Organ der Partei von ihnen verlangen.

Es fragt sich, wer fehlt. Handschumacher habe ich genannt. Wer kommt noch in Frage? Zunächst bei den Wirtschaftsleuten. Sie sprachen von Hellwig. Wie ist es mit Henle, Herr Pferdmenges.

Pferdmenges: Ich glaube nicht, daß er sich aufstellen läßt. Er sagt, ich kann es einfach nicht machen und kann nicht zwei Herren dienen. Er macht es nicht; er fällt aus.

Johnen: Herr Henle hat dem Landesverband und dem Kreisverband schriftlich und mündlich mitgeteilt, daß er nicht mehr in unmittelbarer Wahl kandidieren würde. Er hat hinzugefügt, wenn die CDU ihn für so wertvoll hielte, wie Sie das täten, wäre er bereit, auf der Reserveliste zu kandidieren unter der Voraussetzung, daß er nicht in einen Bundestagsausschuß gehen müsse und daß er nur bei wichtigen Abstimmungen zugegen sein würde. (*Adenauer:* Unmöglich!) Damit scheidet er praktisch für uns aus, obschon ich immer noch überlege, ob er nicht doch an eine Stelle gesetzt werden kann, wo er zumindest ein Anwartschaftsrecht hat. Herr Hellwig wird von vielen Seiten als Nachfolger von Etzel gefordert. Hellwig wird als ausgezeichneter Mann geschildert. Ihn in einem direkten Wahlkreis unterzubringen, ist bis jetzt unmöglich. Im Wahlkreis Rees-Dinslaken – das ist der Etzelsche Wahlkreis – behaupten beide Kreisvorsitzenden nach Anhörung ihrer Vorstände, sie bejahten Dr. Hellwig, sie tragen aber die große Sorge vor, daß Herr Hellwig den Wahlkreis, der schwierig geworden ist, nicht zieht. Sie haben Sorgen, ihn dort kandidieren zu lassen, weil sie befürchten, den Wahlkreis zu verlieren. Eine Anregung, Herr Bundeskanzler, ich

⁹⁴ Peter Horn (1891–1967), vor 1933 Zentrum, 1925–1936 geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands in Essen (1928–1933 Leiter der politisch-parlamentarischen Verbindungsstelle Berlin), Mitgründer der CDU Frankfurt, 1946–1950 Stadtverordneter, 1947 Vorsitzender der CDU Frankfurt, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1950 MdL Hessen, 1950–1965 MdB.

bitte Sie, Briefe, die Sie unmittelbar an die Kreisparteien schreiben, den Landesvorsitzenden zu geben, damit wir uns nicht widersprechen. (*Adenauer*: Sie haben recht, den Brief hat mir Herr Etzel zur Unterschrift gegeben. Dabei ist das gekommen.) Der Weg war mir klar. Wir möchten nur gern wissen, was Sie offiziell gesagt haben. Mir scheint es richtig zu sein, wenn Dr. Hellwig nicht in diesem Wahlkreis untergebracht werden kann, ihn unter den wenigen sicheren Stellen, die wir in Nordrhein-Westfalen zu vergeben haben, an erster Stelle unterzubringen.

Wir können von der Güte von Westfalen leben, wenn Westfalen uns einige Sitze abgibt. Dann kommen wir etwas weiter. Wir können in unmittelbarer Wahl mehr Kandidaten aufbringen als Westfalen. Wenn wir 20 Reservelisten sichern, dann stehen Westfalen 15 zu und Nordrhein 5. Mit diesen 5 Sitzen können Sie nicht viel jonglieren. Wir sind bereit, entweder Handschumacher oder Dr. Hesberg⁹⁵ aufzustellen. Sie müssen auch berücksichtigen, daß wir in Nordrhein auf der Reserveliste ungefähr nur evangelische Freunde aufstellen können, um in etwa den Ausgleich zu finden, weil in der unmittelbaren Wahl meist katholische Freunde zum Zuge kommen. (*Adenauer*: Ist Hellwig nicht evangelisch?) Doch! Wir haben beinahe eine unmögliche Aufgabe, um alle Forderungen und Wünsche der Verbände auf 5 Sitze zu plazieren. Wenn Westfalen die Güte hat, uns ein paar Sitze abzugeben, werden wir besser fertig.

Lensing: Ich habe Herrn Johnnen erklärt, daß Westfalen hofft, hinsichtlich der Anzahl der Sitze aufkommen zu können. Wir haben vom Förderverein von der Wirtschaft drei Leute benannt bekommen, und zwar Dr. Kolbe⁹⁶, Dr. Bergmeyer⁹⁷ und Haake⁹⁸. Soweit ich die Dinge in Westfalen übersehe und soweit es bei der Landesliste in Nordrhein klarkommt, wird es möglich sein, diese drei Persönlichkeiten auf der Landesliste an sicherer Stelle aufzustellen. (*Adenauer*: Sind die Leute gut?) Die sind mir von der Wirtschaft genannt worden. (*Adenauer*: Sind denn die Leute auch bereit zu arbeiten?) Nach dem, was mir die Wirtschaft gesagt hat, sind das Arbeitspferde. Der eine ist Handelskammersyndikus in Arnsberg, der andere ist Direktor eines großen Industriewerkes in Neheim, und Herr Haake ist selbständiger

95 In der Vorlage: Gesberg. – Dr. Carl Hesberg (1898–1977), 1953–1969 MdB (ab 1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung).

96 In der Vorlage: Kolb. – Dr. Walther Kolbe (1893–1953), nach 1945 Geschäftsführer des Arbeitskreises für industrielle Formgebung im Bundesverband der Deutschen Industrie, Geschäftsführer des Rates für Formgebung, 1953 MdB (CDU).

97 Dr. Bernhard Gerhard Bergmeyer (geb. 1897), 1922–1934 Leiter von Wirtschaftsverbänden, 1934–1948 stv. bzw. Hauptgeschäftsführer (1937) der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen, 1953–1961 MdB (CDU).

98 Ferdinand Haake (geb. 1903), 1945 Deutsche Zentrumspartei, Mitglied des Zonenbeirats, 1949 CDU (stv. Kreisvorsitzender Paderborn), Vizepräsident der IHK Bielefeld. – Haake unterlag bei der Aufstellung des Wahlkreiskandidaten Frau Niggemeier (vgl. ACDP III-002-256).

Unternehmer in Paderborn. Dr. Bergmeyer und Haake kenne ich als initiative Persönlichkeiten; sie sind uns vom Förderverein bzw. von der Wirtschaft benannt worden.

Lehr: Ich möchte Herrn Johnen fragen: Der Wahlkreis Rees war von unserem Freund Heinrich Weitz⁹⁹ verteidigt worden, und der unterlag, wenn ich mich recht erinnere, mit einer knappen Stimmenzahl von etwa 600? (*Johnen:* Rees-Dinslaken ist der Bundestagswahlkreis. Dort wurde Etzel gewählt.) Ich habe aus der Landtagswahl in Erinnerung, daß Herr Weitz ganz knapp unterlag. (*Zuruf:* In Duisburg-Süd!) Also nicht in Rees!

Pferdmenges: Herr Lensing, man muß sich hüten, die Kandidaten der Fördergesellschaft zu stark in den Vordergrund zu stellen. Wir haben den Wirtschaftsausschuß und müssen ihn m. E. bei der Auswahl der Kandidaten zu Rate ziehen. Mir ist von der Textilindustrie in Westfalen aus Ihrem Bezirk ein Herr Bürkel¹⁰⁰ genannt worden. Sie kennen ihn vielleicht nicht. Ich habe verschiedene Briefe bekommen. Gerade Ihre Westfalen haben mir vorgestern geschrieben, die sich bitter darüber beschweren, daß ihnen jetzt gesagt wird, sie kämen zu spät. Sie hätten vor vier Monaten diesen Mann genannt.

Da gerade die Textilindustrie ein großer Förderer von uns gewesen ist und kein einziger davon im Bundestag sitzt, würde ich es für richtig halten, daß man ihn nimmt. Es sind genannt worden...

Johnen: Darf ich unterbrechen! CDU-Wirtschaftsausschuß und Fördergesellschaft gehen z.Z. etwas durcheinander. Der CDU-Wirtschaftsausschuß hat als Spitzenkandidat Hellwig, dann folgen Pohle¹⁰¹, Düsseldorf, und Becker¹⁰², Mönchengladbach. (*Lensing:* Das ist der rheinische Wirtschaftsausschuß!) Ich rede nur vom

99 Dr. Heinrich Weitz (1890–1962), 1920–1927 Beigeordneter der Stadt Duisburg, 1927–1933 Oberbürgermeister von Trier und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags (Zentrum), 1945–1947 Oberbürgermeister von Duisburg, Mitgründer der CDU, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1951 Finanzminister, 1952–1961 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. – Bei der Landtagswahl vom 18. Juni 1950 erhielt die CDU im Wahlkreis Duisburg-Süd 12.085 und die SPD 12.681 Stimmen. Gewählt war damit Karl Harzig (SPD). Vgl. Handbuch des Landtags NW 2. WP, Düsseldorf 1951 S. 184.

100 Dr. Dietrich Bürkel (geb. 1905), 1947 Geschäftsführer des Vereins der Unternehmer der Textilindustrie im Industrie- und Handelskammerbezirk Mönchengladbach, 1952 Stadtrat in Mönchengladbach, 1953–1957 MdB (CDU).

101 Dr. Wolfgang Pohle (1903–1971), 1945 Generalbevollmächtigter und 1954–1959 Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, 1953–1957 MdB (CDU) und 1965–1971 (CSU), 1960–1964 Generalbevollmächtigter der Friedrich-Flick KG und 1965 geschäftsführender Gesellschafter, seit 1967 stv. Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern und Schatzmeister der CSU.

102 Dr. Curt Becker (geb. 1905), 1930 Vorsitzender des Windthorstbundes Mönchengladbach, 1933 Stadtverordneter in Mönchengladbach (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946 Mitgründer und bis 1958 Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie, 1957–1961, 1964–1965 und 1969–1976 MdB (CDU). Memoiren in ABGEORDNETE 2 S. 9–79.

Rheinland. Dann kommen Sabass¹⁰³ und Brand¹⁰⁴. Die Fördergesellschaft hat mir nach langen Verhandlungen erklärt, Sie müssen sich auf zwei konzentrieren. Dann hat sie Brand, Remscheid, und Berendsen¹⁰⁵, Duisburg, aufgestellt. Die CDU-Wirtschaftsausschüsse behaupten – ich referiere –, das sei Geschäftsführerklöngel; die Fördergesellschaft sagt, das ist Kuratoriumsbeschuß. (*Tillmanns*: Er widerspricht sich nicht! – *Heiterkeit*.) Wir werden das miteinander verbinden müssen. Herr Brand ist Mitbegründer der CDU in Remscheid und von Anfang an bei uns gewesen. Infolgedessen ist er von mir als Nachfolger Henles im Rhein-Wupper-Kreis empfohlen worden. Er wird – hoffentlich werfe ich jetzt nicht die Himmelsrichtungen durcheinander – von dem evangelischen Teil des Rhein-Wupper-Kreises vorgeschlagen. Der katholische Teil hat sich bei den sieben Kandidaten auf keinen einigen können, wohl aber auf den evangelischen Brand. (*Adenauer*: Ist das der Handelskammerpräsident von Remscheid?) Nein! Berendsen ist ein Mann von Klöckner, ursprünglich Berufsoffizier, Oberst oder so was, CDU-Mann und Stadtverordneter in Duisburg. Er ist rege tätig. Er wird zwar von den Sozialausschüssen etwas angegriffen, ist aber in der Delegiertenversammlung von Duisburg mit großer Mehrheit als Kandidat für Duisburg-Süd gewählt worden. (*Arnold*: Wird aber nicht gewählt!) Ob Duisburg ihn wählt, ist eine andere Frage. Berendsen glaubt, daß er den Wahlkreis erobern wird.

Wir haben auf der Reservelisten noch zu plazieren aus der Wirtschaft Hellwig, evtl. Pohle. Nun kommt der Textilinteressenvertreter, wenn ich das so sagen darf. Ich habe gesagt, sie müssen sich einigen, entweder Becker oder Bürkel, beide aus Mönchengladbach, CDU-Leute, Bürkel ist Stadtverordneter von Mönchengladbach, Becker ist freier Unternehmer. Der Textilverband muß unter sich ausmachen, wen er nominiert. (*Adenauer*: Becker ist ein sehr eigener Mann.)

Pferdmenges: Becker ist freier Wirtschaftler, Bürkel ist es nicht. Becker ist in sämtlichen Verbänden und zersplittert sich etwas viel. Er ist etwas ehrgeizig. Er wird nicht die Interessen so wahrnehmen, wie es sein müßte. Der Brief, den ich bekommen habe, lautet wie folgt: „Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Brand zu sprechen, und verlangte Auskunft über die Kandidaten der CDU-Liste. Zu unserem

103 In der Vorlage: Sames. – Vermutlich Wilmar Sabass (1902–1980), 1930–1939 Mitglied der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V. in Gleiwitz (Oberschlesien), 1945–1946 Bergbausachverständiger in München, 1946–1947 Verbindungsmann zur North German Coal Control in Gelsenkirchen-Buer, 1948–1950 Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus in Essen-Heisingen, 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, 1952 Stadtverordneter in Bonn, 1953–1957 MdB (CDU).

104 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), 1945 Mitgründer des „Aufbaublocks“ (am 26. Juli 1946 in die CDU überführt), 1945–1969 Stadtverordneter in Remscheid (Fraktionsvorsitzender), 1953–1969 MdB.

105 In der Vorlage: Behrens. – Vermutlich Fritz Berendsen (1904–1974), 1952–1959 Stadtverordneter in Duisburg (ab 1953 Fraktionsvorsitzender), 1953–1959 und 1965–1969 MdB (CDU), 1959–1964 Brigadegeneral der Bundeswehr (1964 Generalmajor).

Erstaunen erfuhr ich, daß unser Wunsch, Herrn Dr. Bürkel an sicherer Stelle im Rheinland zu berücksichtigen, nicht berücksichtigt würde mit der dummen Begründung, er habe sich zu spät gemeldet. Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie sich einschalten würden, damit die CDU uns gegenüber nicht wortbrüchig wird. Nach den vielen Gesprächen, die wir in notvoller Zeit... usw., renken Sie ein, was noch einzurecken ist.“

Johnen: Wer schreibt das?

Pferdmenges: Herr Fedell(?)¹⁰⁶.

Johnen: Mit mir hat er noch nie gesprochen!

Adenauer: Mit Geschäftsführern sollte man nicht verhandeln.

Johnen: Mir wird aus Mönchengladbach mitgeteilt, daß Herr Bürkel ein Arbeitspferd ist. Er würde sich außerordentlich stark einsetzen, weit mehr als der selbständige Unternehmer Becker. In dem Zweikampf Bürkel gegen Becker wird Bürkel als ein Gewinn für die CDU-Fraktion hingestellt, im Gegensatz zu Becker, der immerhin noch seine eigenen Interessen mit dem Bundestagsmandat verquicken würde.

Adenauer: Wir können nicht vorschreiben, ihr nehmt den und den. Wir können nur einfach bitten, die entsprechenden Leute zu berücksichtigen.

Kaiser: Hellwig ist von den Genannten ein sehr guter Mann. Ich möchte Johnen fragen, ob die Aussichten in dem Wahlkreis von Etzel nicht so sind, daß er dort gewählt werden kann.

Johnen: Nein, nach dem, was die beiden Wahlkreise sagen, würde das der Verlust des Wahlkreises sein. (*Arnold:* Mit tödlicher Sicherheit!) Herr Etzel hat den Wahlkreis gerade noch gezogen. (*Arnold:* Dort gibt es Tausende von Flüchtlingen. – *Weber:* Es gibt auch Zentrumsleute dort.) Wenn Sie Hellwig haben wollen, dürfen Sie ihn nicht dort kandidieren lassen. Wenn Sie ihn nicht wollen, dann müssen Sie ihm diesen Wahlkreis anbieten.

Scharnberg: Zur Technik des Wahlgesetzes! Wenn auf diese Weise ein Wahlkreis verlorengingeht, dann fällt ein entsprechender Sitz auf der Liste zusätzlich dafür an. Insofern fragt es sich, ob es nicht möglich ist, den Hellwig dort aufzustellen und gleichzeitig ihm einen sicheren Platz auf der Liste zu sichern.

Johnen: Das geht nicht! Dann fangen wir an, alle unmittelbaren Kandidaten auf der Liste zu sichern. Das ist nicht möglich bei uns. Soll ich vielleicht Herrn Hellwig sichern und Herrn Kaiser nicht? Und Herrn Lehr nicht? Das ist doch nicht möglich, sie alle zu sichern. (*Adenauer:* Sie müssen auch an mich denken! – *Heiterkeit.*) Ich denke zuviel daran!

Pferdmenges: Ich meine, Herr Johnen, daß wir uns darüber einmal verstündigen!

Johnen: Wir sind uns einig.

106 Möglicherweise Dr. Alfred Fr. Flender (1901–1969), Fabrikant; 1953–1960 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer.

Adenauer: Wir wollen es den beiden überlassen. Ich möchte noch auf Henle zurückkommen. Ich meine, wir müßten Henle zwingen, daß er in den Wahlkreis hineingeht.

Pferdmenges: Herr Bundeskanzler, er tut es nicht. Er wollte, wie er schon ausgeführt hat – was ich nicht für richtig halte –, nur auf einer sicheren Stelle der Landesliste figurieren. Ich habe ihm gesagt, Sie können unmöglich anderen Herren die Sache verbauen, wenn Sie von vornherein erklären, daß Sie nicht mitarbeiten können, während die anderen Herren mitarbeiten wollen. Das sah er auch ein.

Adenauer: Herr Kaiser meint, daß Henle uns den Wahlkreis sichert, sonst niemand.

Kaiser: Wenn er weggeht, entstehen Schwierigkeiten. Er wird ohne Schwierigkeit wiedergewählt werden.

Johnen: Herr Kaiser hat insofern recht. Die Stimmung ist folgende: Henle ist uns 1949 aufgebrummt worden, aber er hat sich den Wahlkreis derart erobert, daß selbst die Arbeiter Herrn Henle wünschen.

Pferdmenges: Er schreibt mir folgendes: Sie dürfen mir glauben, daß es mir sehr schwerfällt, gerade Ihnen gegenüber bei meiner Stellungnahme zur Frage der Direktkandidaten zu verbleiben. Der Brief ist vom 6. Juli.

Adenauer: Ich werde mit ihm telefonisch sprechen.

Johnen: Am Samstag wählen die Delegierten von Rhein-Wupper die Kandidaten. (*Adenauer:* Das wird sofort gemacht.) Ich habe gebeten, den Termin zu versetzen. Der Kreis lehnt das ab und sagt, dann entsteht noch mehr Durcheinander.

Adenauer: Ich komme auf Handschumacher und Hesberg. Handschumacher ist, soviel ich weiß, Vorsitzender, Hesberg nicht. (*Johnen:* Er ist Geschäftsführer.) Handschumacher ist Mitglied des Bundestages. Wir können unmöglich den Geschäftsführer dem Herrn Handschumacher vorziehen.

Johnen: Der Haus- und Grundbesitzerverein hat beide vorgeschlagen. Herr Handschumacher ist im Augenblick sehr schwer erkrankt. (*Adenauer:* Was fehlt ihm?) Ich weiß nicht genau, ich glaube Herzgeschichten. Seine Kandidatur ist vor einigen Wochen zurückgezogen worden mit Rücksicht auf seine Erkrankung.

Adenauer: Wollen Sie mit ihm sprechen.

Johnen: Ich kenne den Standpunkt des Herrn Handschumacher.

Adenauer: Er will selbst gewählt werden!

Johnen: Ja!

Adenauer: Sehr kritisch!

Johnen: Herr Handschumacher nutzt uns nichts, aber wenn er nicht aufgestellt wird, schadet er enorm.

Adenauer: Der Bundestag ist zu klein! Ich gebe Herrn Johnen vollkommen recht; wir bekommen die größten Schwierigkeiten.

Scharnberg: Er sagt, er kann nicht im Wahlkreis, sondern nur auf der Liste. Kann man nicht dem Hesberg einen Wahlkreis geben?

Johnen: Die Sachen sind praktisch zementiert.

Adenauer: Wer weiß einen Ausweg? Ich weiß keinen. Ich unterstreiche jedes Wort, was Herr Johnen sagt.

Weber: Wir kennen ihn aus dem Lastenausgleich!

Kather: Ich kenne ihn aus dem Kontrollausschuß. Das genügt mir!

Johnen: Als Person ist mir Hesberg tausendmal lieber.

Adenauer: Die Herren Johnen und Lensing werden mit den beiden verhandeln müssen.

Lensing: Was das Rheinland mit diesen Mandaten, die wir abgeben, macht, ist seine Sache. Ich habe mit Johnen vereinbart, daß wir uns in den nächsten Tagen zusammensetzen, um diese freien Mandatsstellen auf der Landesliste auszuhandeln.

Adenauer: Wie kommen wir weiter?

Lensing: Ich denke mir das Aushandeln so: Uns stehen 15, dem Rheinland 5 Sitze zu, so daß wir auf 4 oder 5 Mandate zugunsten des Rheinlandes verzichten, freibleibend! Ich werde mich dafür stark machen.

Adenauer: Wir können Herrn Lensing nur dafür danken. Jetzt haben wir noch die Spezialfrage: Handschumacher oder sein Geschäftsführer? Es bleibt nichts anderes übrig, als dem Herrn Handschumacher zu schreiben, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand sei die Sache zurückgestellt worden. Jetzt sei Hesberg vom Verband auch benannt worden. Man könnte annehmen, daß das mit seinem Willen geschehen sei, so daß man jetzt mit Bedauern von ihm Abschied nehme.

Johnen: Ich habe mit dem Rheinischen Haus- und Grundbesitzerverein morgen eine Besprechung.¹⁰⁷

Adenauer: Besprechen Sie das mal. Jetzt komme ich auf die Arztfrage zurück. Herr von Brentano meint, deswegen wählt uns kein Arzt mehr. Die Ärzte sind sehr wichtig; sie kommen Gott weiß wohin und sehen viele Leute und reden über dieses und jenes. Es wäre sehr zu wünschen, wenn wir mit Rücksicht auf die kommende Gesetzgebung außer Frau Dr. Steinbiß noch einen männlichen Arzt dabei hätten.

Johnen: Haedenkamp ist Funktionär, er ist nicht mehr praktischer Arzt, sondern Angestellter.

Simpfendorfer: Wir haben in Württemberg einem Arzt ein gutes Mandat angeboten. Er hat gesagt, das könne er wegen seiner Überlastung nicht machen. Die Ärzte können sich bei uns nicht beklagen.

Adenauer: Es kommt nicht darauf an, daß sie sich beklagen, sondern darauf, daß sie für uns werben. Es wird Gesetze geben, wo es nötig ist, daß wir Ärzte haben, die unseren ethischen Standpunkt bejahen. Wir werden uns in den nächsten vier Jahren sehr stark der inneren Gesetzgebung zuwenden müssen. Dann tauchen solche Fragen auf. Ich erinnere an die Frage der Geburtenbeschränkung usw.

¹⁰⁷ Aufgrund der Besprechung wurde Hesberg an 14. Stelle der Landesliste aufgestellt und gewählt.

Pferdmenges: Ich glaube, der Herr Neuffer¹⁰⁸, der Präsident des Ärztetages, war bei Ihnen.

Adenauer: Er war vor Jahr und Tag bei mir.

Pferdmenges: Ich möchte, daß dieser Mann hineinkommt. Er ist Exponent der Ärzte und Vorsitzender der freien Berufe. (*Adenauer:* Das ist sehr wichtig!) Man müßte sich nach ihm erkundigen.

Müller: Herr Haedenkamp ist zweifellos der Arzt, der am meisten Attraktion besitzt. Er ist der angesehenste Mann im Ärzteverband. (*Zuruf:* Er war schon Reichstagsabgeordneter.) Das ist mir von einer Reihe von Ärzten gesagt worden. (*Zuruf:* Er wohnt im Kölner Raum.)

Adenauer: Nach der bisherigen Übersicht, die die Bundesgeschäftsstelle hat, sind noch lange nicht alle Listen ausgefüllt. Es sind noch viele Stellen frei. Ich bitte die Landesvorsitzenden, dem Beispiel des Herrn Lensing zu folgen und etwas auf sich zu nehmen. Wir wollen einmal feststellen, wo noch freie Stellen sind. Besetzt sind die Landeslisten in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Bremen, in Niedersachsen, (*Cillien:* Überbesetzt!) über Nordrhein-Westfalen haben wir gesprochen. (*Weber:* In Nordrhein muß auf die Landesliste noch eine evangelische Frau kommen! *Johnen:* Das ist selbstverständlich!) Das ist in Aussicht genommen. (*Weber:* Dann bin ich beruhigt.) In Hessen: Die ganze Landesliste ist noch frei! (*Fay:* Das ist absolut klar, am Samstag wird es entschieden.) Das soll keine Beschimpfung sein! In Rheinland-Pfalz ebenfalls! (*Süsterhenn:* Noch nicht aufgestellt!) In Nordbaden und Südbaden auch, auch in Nordwürttemberg sind noch mehrere Stellen frei. (*Simpfen-dörfer:* Überbesetzt!) In Württemberg-Hohenzollern auch! Sie sehen, es haben sich noch einige zurückgehalten, es ist also noch etwas zu machen. Darf ich feststellen als Wunsch, daß ein guter Arzt, der sich natürlich den Dingen auch entsprechend widmen muß, auf einer Liste aufgestellt wird.

Jetzt kommen noch die Vertriebenen. (*Unruhe.*)

Kather: Ich muß einmal etwas um Gehör bitten. Es ist meiner Ansicht nach die wichtigste Frage überhaupt, schon aus der Größenordnung heraus, um die es sich handelt, also um zehn Millionen Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge zusammengenommen. Wenn hier von der Verteilung der Listsitze gesprochen wird, z.B. von Nordrhein-Westfalen, muß man sich überlegen, woher kommen die Stimmen, die diese Mandate bringen. Gerade in Nordrhein-Westfalen haben wir auf der Konferenz der Landesvorsitzenden, die neulich beim Bundeskanzler stattfand¹⁰⁹, festgestellt, daß Nordrhein-Westfalen seit der Bundestagswahl ein-einhalf Millionen Stimmen Zuwachs hat, die im wesentlichen von den Vertriebenen kommen.

108 In der Vorlage: Neufert. – Professor Dr. Hans Neuffer (1892–1968), 1949–1959 Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages.

109 Am Dienstag, dem 23. Juni 1953, in Bonn, Palais Schaumburg. Als Tagesordnungspunkt war vorgesehen: Kandidatenaufstellung.

Der Herr Bundeskanzler hat mich heute angesprochen auf die Bedeutung des BHE in der kommenden Politik. Es ist in jedem Fall so, daß der BHE mit der SPD eine Regierung bilden kann, wenn die FDP unsicher ist und sich daran beteiligt. Offen ist die Frage, ob die Wahl so ausfällt, daß der BHE und die SPD ohne die FDP oder nur mit Unterstützung geringer Gruppen eine Regierung bilden können. Zu meinem Bedauern muß ich sagen: Was ich bis jetzt von der Aufstellung der Kandidaten bei den Landesverbänden gehört habe, gibt mir fast die Gewißheit, daß dieser „Erfolg“ eintreten wird. Was bis jetzt schieflaufen konnte, ist schiefgelaufen!¹¹⁰

Herr Bundeskanzler, Sie wissen, meine Konzeption war es, daß bei dieser Wahl der BHE nicht eine solche Stärke erreichen soll. Das glaubte ich dadurch erwirken zu können, daß bei uns durch die Kandidatenaufstellung die Vertriebenen angesprochen würden. Dazu wäre erforderlich gewesen, daß man Männer präsentierte, die ihnen bekannt sind.

Ich kann diese Frage nicht erörtern, ohne auf meinen Verband einzugehen, den Zentralverband der vertriebenen Deutschen, und auf meine Stellung als Vorsitzender, der ich jetzt im fünften Jahr dort bin. Es sieht unterschiedlich aus. Der BHE in Schleswig-Holstein ist anders als im Südweststaat; in Nordrhein-Westfalen ist er anders als in Niedersachsen. So ist es auch mit meinem Verband. Schleswig-Holstein und der Südweststaat sind stark BHE-gesteuert, aber in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen haben beide Verbände geschlossen zu meiner Politik gestanden und es mir ermöglicht, die Stellung im Zentralverband zu halten. Aber bei dieser Gelegenheit fällt die Entscheidung. Die Vertriebenen sind mehr als die einheimische Bevölkerung politisches Treibholz oder politisch nicht so festgelegt. Sie sind noch hier und da anzusprechen. Ich glaube, hier fällt die Entscheidung.

Wenn wir es zulassen – und offenbar müssen wir es –, daß die Vorstände der Verbände den Weg zum BHE gehen, fällt damit die Entscheidung nicht nur für die Bundestagswahl, sondern auch ganz besonders für die kommenden Landtagswahlen.

Das Zentrum hat in der letzten Landtagswahl etwas über 300.000 oder 400.000 Stimmen gehabt.¹¹¹ Hier geht es um eineinhalb Millionen. Es ist ganz klar, wenn ein etwas kräftiger BHE aufgebaut wird, daß eine Regierungsbildung wie die jetzige nicht mehr möglich sein wird. Der BHE ist wirklich nur da zum Zuge gekommen, wo er die Verbindung mit dem ZvD hatte. In Nordrhein-Westfalen ist er nichts geworden, weil er keine Verbindung zum Verband hatte und der Verband ihm ablehnend gegenüberstand.

Ich muß feststellen, daß ich bis heute noch nicht weiß, ob ein einziger Kandidat von meinem Verband aufgestellt worden ist. Ich habe Ablehnungen bekommen. Ich

110 Vgl. dazu auch KATHER 1 S. 312ff.

111 Das Zentrum erreichte bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni 1950 466.497 Stimmen.

habe es nicht verstehen können. Ich habe mich sehr gewundert, daß der Herr Lensing vorhin gesagt hat, daß ihm drei Wirtschaftler angeboten worden sind. Er kennt sie, aber Herrn Geisler¹¹², der ein ausgezeichneter Steuerfachmann ist, der einen Verband von über 400.000 Mitglieder mit einem einstimmigen Vertrauen hinter sich hat und der in vier Jahren Praxis CDU-Politik getrieben hat in allen Versammlungen, der wird mir einfach abgelehnt. Ich habe es schriftlich bekommen mit der Begründung, der Herr Geisler verlange ein Mandat und würde erst dann in die CDU eintreten. Wenn man einen Mann haben kann, der wirklich durch sein Mandat die mehrfachen Stimmen mitbringt und eine politische Richtung in diesem Verband für die Dauer festlegen würde, dann sollte man solche Erwägungen zurückstellen. Ich habe nicht feststellen können, daß man bei diesen drei Herren nachgefragt hat, ob sie schon Mitglied der CDU sind.

Was geschieht nun? Ich nehme Herrn Geisler als Typ. Herr Geisler wird nun zum BHE gehen. Man hat dort die Dinge anders beurteilt. Herr Kraft und Herr Fröhlich¹¹³ sind bei ihm gewesen und haben ihn auf die zweite Stelle der Landesliste gesetzt. Ich muß Geisler sagen, ich kann dir kein Mandat verschaffen. Was das für meinen Wahlkampf, für den Verband und die künftige Entwicklung bedeutet, können Sie sich selbst ausrechnen.

Man hat die anderen Vorschläge zum Teil abgelehnt. Jedenfalls habe ich in noch keinem Falle irgendeine zusagende Mitteilung bekommen. Ich habe diese Vorschläge nicht als Privatperson, sondern als Vorsitzender und namens des Verbandes Oder-Neiße und des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen gemacht. Ich sehe dadurch einen BHE kommen, der mit der SPD eine Regierung bildet. Das ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine andere Regierung zu bilden.

Adenauer: Aus dem, was Herr Kather gesagt hat, spricht eine gewisse Erregung, die aber nach meiner Meinung durchaus berechtigt ist. Es ist tatsächlich ein unmöglich Zustand, daß ein Mann wie Kather, der die ganzen vier Jahre trotz großer Schwierigkeiten, die ihm in seinem Verband und von seinen Leuten gemacht wurden, unsere Politik mitgemacht hat, bisher keinen Wahlkreis gefunden hat. Herr Kather hat seinen Namen nicht genannt. Wenn er als Vorsitzender dieses Verbandes nicht aufgestellt wird, so ist das eine katastrophale Sache, die insbesondere von der SPD bei der Wahlagitation entsprechend ausgewertet wird.

Es ist bedauerlich, daß wir in ganz anderer Weise, als das bei den Sozialdemokraten der Fall ist, der Auffassung sind, Bundestagsabgeordnete sind Bundestagsabgeordnete. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wir haben eine ganze Reihe von

112 Dr. Bernhard Geisler, Landesvorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen in Nordrhein-Westfalen, trat dem BHE bei (KATHER 1 S. 317 und 2 S. 36f.).

113 Hans-Gerd Fröhlich (geb. 1914), 1946 ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung tätig, Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen im Landkreis Eggenfelden, 1948 Mitglied des Kreistags, 1949–1953 MdB (WAV, 13. Oktober 1950 BHE/DG, 21. März 1952 fraktionslos).

Bundestagsabgeordneten gehabt, die wir sehr gut entbehren können. Es wäre zu unserem und zu ihrem Besten. Wir könnten dann neue Leute dafür einsetzen. Aber bei der Art und Weise der Aufstellung der Kandidaten wagt sich keiner heran. Geschimpft wird nur im Rücken der Leute. Aber sie kommen wieder, und dadurch wird unsere politische Arbeit in hohem Maße gefährdet.

Ich möchte aus diesem Anlaß der Vertriebenen nochmals die Frage hier zur Sprache bringen: Ist es denn nicht möglich, daß man in einigen Fällen wenigstens diese bisherigen Bundestagsabgeordneten bittet, in Zukunft ihren eigenen Geschäften ausschließlich nachzugehen? Es ist eine sehr ernste Frage.

Wackerzapp: Zur Vervollständigung des Bildes möchte ich einen kleinen Beitrag leisten. Ich persönlich habe nicht mehr vor zu kandidieren. Von einer Flüchtlingsvertretung habe ich folgenden Brief erhalten: „Wir nehmen an, daß Ihre Bereitschaft, nicht mehr zu kandidieren, darauf zurückzuführen ist, daß Sie offenbar in der CDU nicht mit Ihren Wünschen, den Vertriebenen zu helfen, das entsprechende Echo gefunden haben. Kommen Sie zu uns, zum BHE. Dort wird Ihnen eine ganz andere Wirkungsmöglichkeit beschieden sein!“

Das nur als einen Beweis dafür, wie von seiten des BHE mit allen Mitteln gearbeitet wird, um irgend jemand zu gewinnen, von dem sie glauben, daß er irgendwelche Resonanz bei den Vertriebenen hat. Ich habe geantwortet, sie gingen von falschen Voraussetzungen aus und ich sei aus rein persönlichen Gründen zu meinem Entschluß gekommen. Ich könnte sagen, daß uns in der CDU die gebreiteten Tauben nicht in den Mund geflogen seien, sondern daß wir erheblich hätten kämpfen müssen, daß es uns aber letzten Endes gelungen sei, uns auf einer mittleren Linie zu einigen, und daß wir zu guten Resultaten gekommen seien. Es sei meine feste Überzeugung, daß es einer reinen Vertriebenenpartei niemals gelungen wäre, Erfolge in diesem Ausmaß zu erringen.

In dem Briefe heißt es u.a.: Die Parteien sind mit Weltanschauungen belastet. Weltanschauung ist der blöde Kampf um die christliche Schule. Weltanschauung ist auch bei Hitler und Stalin gewesen. Daß der BHE als einzige Partei keine Weltanschauung hat, finden wir für allein richtig.

Das als Beitrag für die Stimmung innerhalb des BHE. Es ist eine recht skrupellose Manier, daß hier so demagogisch vorgegangen und versucht wird, Kandidaten zu gewinnen.

Lensing: Es wäre uns als den Landesvorsitzenden leicht, Abgeordnete auszuwählen, wenn uns endlich die Fraktion diejenigen Persönlichkeiten benennen würde, die in der Fraktion versagt haben. (*Adenauer:* Das muß gemacht werden!) Es ist mir nicht bekannt, weshalb Dr. Kather nicht in seinem alten Wahlkreis kandidiert.¹¹⁴ Bezißlich des Herrn Geisler möchte ich Herrn Dr. Kather bitten, den Brief vorzulesen, den ich ihm wegen der Ablehnung des Herrn Geisler geschrieben habe.

114 Pinneberg (vgl. KATHER 1 S. 73f.).

Dann wissen alle, weshalb Herr Geisler vom Vorstand der westfälischen Partei unisono abgelehnt worden ist.¹¹⁵

Lukaschek: Herr Dr. Kather hat unzweifelhaft recht. Es müssen Vertriebene an hervorragender Stelle aufgestellt werden. Wir stehen nach meiner Meinung vor einem brutalen Wahlkampf des BHE, den der BHE mit allen Mitteln, so wie der Kampf der NSDAP geführt worden ist, führen wird. Die Dinge stehen nach meiner Meinung so: Ich glaube, daß 30 % der Vertriebenen noch so viel christlichen Geist haben, daß sie die alte Partei wählen werden, daß 30 % der Vertriebenen die SPD wählen werden und daß 40 % der Vertriebenen der Schwebesand sind, wo sich alle die Dinge abspielen, die Herr Wackerzapp vorgelesen hat. Es kommt also auf die 40 % an. Diese sind nur zu gewinnen, wenn an entscheidender Stelle Vertriebene aufgestellt werden. Es kommt nicht so sehr auf das Funktionärtum an, sondern darauf, daß der Mann in seinem Wahlbezirk die nötige persönliche Wertung und Geltung hat. Auf die anderen Dinge kommt es nicht an.

Ich würde es für höchst beklagenswert halten, wenn Dr. Kather nicht in irgend-einem Wahlkreis aufgestellt würde; schon wegen der äußeren Form geht das schwer an. Ich halte die Politik des BHE für so falsch, weil ich mir eine Partei ohne Weltanschauung nicht denken kann. Für mich sind hier erschreckende Beispiele die Aufwertungspartei und die Wirtschaftspartei, die im Reichstag jede Regierungsbildung unmöglich machen und schließlich zerfielen. Die Folge davon war die NSDAP.

Deshalb halte ich den Punkt für ungewöhnlich wichtig. Ich würde dringend darum bitten, das noch einmal zu korrigieren. Dabei ist mir die Frage der Persönlichkeit völlig gleichgültig. Ich hielte es für einen schweren Fehler, wenn der Name des Herrn Kather nicht irgendwo an guter Stelle stünde wegen dieser allgemeinen Zusammenhänge.

Von Brentano: Ich glaube, daß die Mitglieder der Fraktion und des Fraktionsvorstandes jederzeit gern bereit gewesen wären, Fragen der einzelnen Landesvorstände über die Qualifikation der Fraktionsmitglieder zu beantworten. Aber eine solche Frage ist bis zur Stunde an mich nicht gestellt worden, bis zur Stunde von keinem Vorsitzenden. Es ist unmöglich, daß wir etwa hier eine negative Liste veröffentlichen und zu 140 Abgeordneten vom Vorstand aus sagen: Ja oder nein! Das ist absolut undenkbar und außerdem eine Indiskretion.

Der einzige mögliche Weg wäre der gewesen, daß die Landesverbandsvorsitzen-den sich mit einem Mitglied des Fraktionsvorstandes in Verbindung gesetzt hätten. Sie hätten mit Kiesinger, Wuermeling und Tillmanns sprechen können. Mit mir hat

115 Ein Brief Wackerzapps an Kather ist nicht überliefert, vgl. jedoch Kather an Lenz vom 27. Juli 1953, in dem es heißt: „Die Ablehnung Geislers wurde auf der Delegiertenversammlung als Katastrophe empfunden. Seine Aufstellung würde eine geradezu entscheidende Bedeutung haben. Der BHE hätte dann keine Chance“ (NL Kather ACDP I-377-008/2). Die Ablehnung einer Kandidatur Geislers durch den westfälischen CDU-Landesvorstand am 6. Juli 1953 war „einmütig“ (Protokoll in ACDP III-002-041).

noch keiner darüber gesprochen. Ich hätte Ihnen sehr gern Vorschläge gemacht, auf wen wir verzichten können. Das wollte ich zu der Bemerkung von Herrn Lensing sagen. Wir können das nicht von uns aus tun.

Adenauer: Sie waren nicht anwesend, aber der Herr Krone. Es ist beschlossen worden, daß der engere Vorstand die Vorsitzenden der Landesparteien zu sich bitten soll, um mit ihnen die Sache durchzusprechen.

Johnen: Ist auch geschehen. (*Zuruf:* Nein! – *Unruhe.*) Ich habe aufgrund dieses Beschlusses eine Besprechung mit Krone gehabt, der von sich aus behauptete, er wolle sich absprechen mit den Herren von Brentano und Schröder. Das hat gedauert von abends 6 Uhr bis um 3 Uhr nachts. (*Adenauer:* Wieviel haben Sie geköpft?) Ich habe gesagt, ich will von Ihnen wissen, wen die Fraktion unbedingt haben will. Die Namen stehen doch fest. Aber in den Wahlkreisen ergibt sich – ich habe es schon einmal gesagt – genau das umgekehrte Bild, diejenigen, die Sie nicht brauchen, sind die sichersten Kandidaten in den Wahlkreisen.

Von Brentano: Ich bin mit Herrn Lukaschek der Meinung, daß wir der Aufstellung von Heimatvertriebenen eine besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Wir kommen an der Tatsache nicht dadurch vorbei, daß wir sie ignorieren. Unsere Wähler werden es nicht ignorieren.

Was zunächst Herrn Kather angeht, so möchte ich offen aussprechen, was ich schon in einem engeren Kreis gesagt habe: Ich würde es für unverantwortlich halten, wenn wir Herrn Kather nicht die absolute Gewähr gäben, daß er in den neuen Bundestag wieder hineinkommt. Herr Kather hat in schweren und schwierigen Abstimmungen in einer außerordentlich loyalen Weise seine Freunde und Kollegen aus der Fraktion und aus der Koalition für unsere Entscheidung gewonnen. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Ich bin der Meinung, daß wir eine absolut politische und menschliche Verpflichtung dazu haben.

Kather: Ich muß etwas sagen, weil ich die Empfindung habe, daß die Diskussion etwas allzu sehr auf meine Person abgerutscht ist. Das war nicht der Sinn meiner Ausführungen, mir hier ein Mandat zu besorgen. Wenn die CDU für mich kein Mandat hat, so würde ich das sehr viel leichter vertragen als die CDU. Das ist für mich völlig sicher. Ich kann auch ohne Bundestagsmandat leben. So ist es nicht, und darum ging es mir nicht, sondern um die anderen Leute, die ich vorgeschlagen habe. Es ist auch nicht so, daß die Vertriebenen besiegelt sein würden, wenn ich bei der CDU kandidiere und alle anderen stehen draußen. Dann erhebt sich die Frage, ob ich unter diesen Umständen überhaupt noch kandidieren kann, ohne das Gesicht zu verlieren.

Herr Lensing hat mich gefragt, weshalb ich nicht in meinem alten Wahlkreis kandidiere. Ich bin in Schleswig-Holstein gewählt worden. Ich wohne nun seit vier Jahren in Bonn, so daß ich es von mir aus als selbstverständlich angesehen habe, hier unten zu kandidieren und nicht in Schleswig-Holstein. Ich habe mich um mein Mandat am allerwenigsten gekümmert.

Nehmen Sie die Situation so ernst, wie sie ist. Wir hätten den BHE überhaupt

nicht zu haben brauchen; denn Herr Kraft hat sich bei uns damals so nachhaltig um ein Mandat bemüht, das er aber nicht bekommen hat. Wir stehen vor der zweiten Phase jetzt, vor der Entscheidung: Bleibt der BHE eine verhältnismäßig kleine Partei, oder werden ihm die anderen 40 % auch noch auf den Weg geschoben?

Herr Handschumacher wurde persönlich als nicht besonders reizend herausgestellt; man will ihn nur nehmen, weil er Vorsitzender des Zentralverbandes ist. Hier ist die Stellung des Vorsitzenden eine ganz andere. Es ist doch in der Verbandspolitik so: Wo der Vorsitzende hinläuft, dahin geht letzten Endes auch der Verband. Deshalb, meine Herren Landesverbandsvorsitzenden, geht das auch Sie genauso an wie uns alle. Sie kriegen die Landtagswahlen. Es wäre falsch, wenn man in Nordrhein-Westfalen es verabsäumen würde, sich diese Leute zu sichern, die Ihnen auch sicherstellen, daß bei Ihnen die kommenden Landtagswahlen in Ordnung gehen.

Ich lege Wert darauf, heute mit aller Klarheit herausgestellt zu haben, vor welcher entscheidungsvollen Stunde wir stehen. Und wenn die Entwicklung dahin geht, wo ich sie nicht haben will, kann ich die Verantwortung ablehnen.

Johnen: Für uns steht fest, wenn ich bei der Zahl fünf bleibe, daß da ein Flüchtling drauf muß. Das ist ganz klar. (*Kather:* Ein Flüchtling?) Entschuldigen Sie, unter den fünf!

Von Hassel: Ich darf von Schleswig-Holstein aus stark unterstreichen: Unsere Einheimischen wissen, daß sie in allen Wahlkreisen nur gewählt werden, wenn sie ein gewisses Maß an Flüchtlingsstimmen hinter sich haben. Ich glaube, daß wir in dieser Frage in allen Landesverbänden unsere Auffassung viel stärker revidieren müssen als bisher. Es ist bislang erstaunlich, daß wir noch eine so große Masse an vernünftigen Vertriebenen auf unserer Seite haben, wo wir sie im Grunde genommen nicht besonders behandeln. Die Gefahr, daß die letzten guten Vertriebenen abwandern, die Frage des BHE, kann man nur so ernst nehmen und sehen, wie es Dr. Kather sagt. Wir müssen den BHE unter allen Umständen aus den Händen der SPD heraushalten. Die Spitzel ist offenbar gewillt, sofort mitzumachen, wenn die SPD ihnen die Aufrollung des Lastenausgleichs verspricht.

Wir haben in Schleswig-Holstein drei Sitze auf der Landesliste, bei denen wir damit rechnen können, daß sie sicher sind. Der eine Sitz ist vergeben. Sie wissen von den Gesprächen, die darüber geführt worden sind. Der zweite wird an einen maßgeblichen Vertriebenen vergeben werden. Der dritte wird vergeben an den Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Handwerkerverbandes, an einen Mann, der in der Fraktion sehr gute Dienste leistet. Ich möchte bitten, daß sich die Landesverbände dafür einsetzen, daß angesehene Vertriebene aufgestellt werden. Den Flüchtlingsausweis A erkennt kein Vertriebener an, sondern es müssen Leute sein, die auch wirklich arbeiten.

Adenauer: Diejenigen Länder, die am meisten Vertriebene haben, sind Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. (*Zuruf:* Bayern!) Bayern liegt außerhalb unseres Bereiches. Wir wollen uns mal die Listen ansehen. (Adenauer verliest die Kandidaten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen und führt an-

schließend aus; die Listen liegen vor¹¹⁶): In Schleswig-Holstein und Niedersachsen scheint mir die Sache noch ziemlich durcheinander zu sein. Wir müssen natürlich auch Vertriebene an sicherer Stelle aufstellen. Man muß Herrn Kather unbedingt in Nordrhein-Westfalen ein Mandat geben! Wir können das hier nicht beschließen, ich darf aber die allgemeine Stimmung so zusammenfassen, daß der Parteivorstand es für absolut notwendig erachtet, daß die Vertriebenen in ausgiebiger Weise berücksichtigt werden, und zwar womöglich auf sicheren Plätzen, dann aber auch auf evtl. noch zu gewinnenden Plätzen, und daß Herr Kather, der Vorsitzende des ZvD, unbedingt gewählt werden muß.

Darf ich das so feststellen? – Das ist Ihre Meinung. Es scheint so.

Majonica: Herr Bundeskanzler, neben den Vertriebenen sind die jungen Wähler sehr wichtig. Wir können die Neuwähler nur ansprechen, wenn wir eine gute Anzahl in den Bundestag hineinbekommen.

Adenauer: Wieviel haben Sie und wo fängt die Jugend an und wo hört es auf? Herr Wuermeling, wie alt sind Sie? – (*Heiterkeit.*) Ich will eine Lehre ziehen (*Unruhe.*) aus dem neuen Wahlgesetz, nämlich die, daß die Parteien mehr Einfluß bekommen müssen auf die Zusammensetzung. Wir brauchen ein anderes Wahlrecht; so geht das ja nicht, daß der einzelne Kreis das macht, und dann soll die Fraktion damit arbeiten. Das ist doch völlig unmöglich. Dürfen wir damit das Kapitel verlassen?

Majonica: Darf ich feststellen, daß der Vorstand wünscht, daß junge Kandidaten genommen werden?

Adenauer: Die jungen Kandidaten sollen nicht sofort als Bundestagsabgeordnete anfangen, sondern in den Gemeinden. Die jungen Leute meinen, sie müßten sofort in den Bundestag kommen. Sie sollen zuerst auf der kommunalen Ebene anfangen und dort lernen. Ich habe auch da angefangen. Dort lernt man gut.

Simpfendorfer: Ich möchte Herrn Majonica folgendes sagen: Ich habe in Stuttgart gesagt, man sollte einen jungen Mann nehmen, worauf mir erwidert wurde, wenn er sich zur Verfügung stelle, dann müsse er auch in den Bundestag kommen. So geht das ja nicht!

Gradl: In der letzten Vorstandssitzung hatten wir den Wunsch ausgesprochen, daß auch Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge berücksichtigt würden. Ich fürchte, man geniert sich allmählich, hier nochmals solche Wünsche anzumelden. Ich glaube, es wird nicht genügend beachtet, welche Bedeutung in der Auseinandersetzung die Sowjetzone auch im Wahlkampf spielen wird. Es sind 900.000 wahlberechtigte Flüchtlinge aus der Sowjetzone im Bundesgebiet. Es ist ganz sicher, daß diese Leute politisch viel wacher sind und damit mit viel größerer Sicherheit überlegen, wen sie wählen, als der normale hier ansässige Bürger.

Wenn wir nicht in der Lage sind zu sagen, daß wenigstens fünf im ganzen Bundesgebiet als Kandidaten aufgestellt werden, so daß man mit ihnen einigerma-

116 Anlage fehlt.

ßen sicher rechnen kann, dann sehe ich keine Möglichkeit, wie wir von unserer Partei aus diesen breiten Bereich der Sowjetzonenflüchtlinge bei der Bundestagswahl aktivieren können.

Sie dürfen sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie wird das zur Genüge verstehen.

Tillmanns: Unter den bisherigen Bundestagsabgeordneten sind eine ganze Reihe aus der Sowjetzone.

Albers: Ich hatte in der letzten Vorstandssitzung mit Rücksicht auf das Anliegen, daß der Herr Gradl vorgetragen hat, Herrn Scharnberg darum gebeten, an Herrn Georg Schneider¹¹⁷, den zweiten Vorsitzenden der DAG, zu denken. Sie sprachen schon davon, Herr Bundeskanzler, daß möglichst ein leitender Angestellter der Gewerkschaft vertreten sein soll.

Ich habe mich um die Angelegenheit bemüht, muß aber feststellen, daß diese Sache mit dem Herrn Schneider in Hamburg eine vergebliche Hoffnung war. Ich möchte den Hamburger Freunden noch einmal ganz nahelegen, diese Frage Schneider zu einer bestimmten Lösung zu bringen.

Scharnberg: In der Landesverbandsvorsitzendenkonferenz, Herr Albers, war ich es, der den Namen Schneider in die Diskussion geworfen hat. Sie können sicher sein, daß wir uns in Hamburg, Herr Samsche, Herr Blumenfeld und ich, die größte Mühe gegeben haben, den Herrn Schneider durchzukriegen. Aber was soll man machen, wenn der Sozialausschuß in Hamburg einfach konstant bleibt und ihn nicht haben will? (*Ehlers:* Das muß der Landesvorstand verhindern können!) Es war einfach unmöglich. Wir haben leider keinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung. Wir haben die Bestimmung mit der geheimen Abstimmung. Was machen Sie dagegen, wenn der Mann in geheimer Abstimmung nicht durchkommt?

Adenauer: Da wollen wir Ihnen helfen und den einstimmigen Beschuß fassen, die Landespartei Hamburg dringend zu ersuchen, im allgemeinen Interesse den Herrn Schneider an einer sicheren Stelle unterzubringen. Herr Schneider ist erstens Angestelltengewerkschafter, zweitens ist er Vertriebener und drittens ist er Katholik. Es ist auch für Hamburg notwendig, daß ein Katholik gewählt wird.

Lukaschek: Ich kann nur sagen, daß Herr Schneider einer der fähigsten Leute ist; er ist ein ungewöhnlich tüchtiger Mann, der in der großen Angestelltengewerkschaft eine große Rolle spielt.

Scharnberg: Ich bin Ihnen nur dankbar für diesen Beschuß. Wir haben uns die größte Mühe gegeben.

¹¹⁷ Georg Schneider (1892–1977), 1919–1926 Kreisgeschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV) in Oberschlesien, dann Geschäftsführer des DHV Berlin, 1926–1933 Provinzialverwaltungsrat in Ratibor/Oberschlesien, Mitgründer der CDU Leipzig, 1946–1947 Generalsekretär der CDU Thüringen, 1948–1960 Mitglied des Hauptvorstandes der DAG (1951 stv. Vorsitzender, 1960 amtierender Vorsitzender). Vgl. „Soziale Ordnung“ vom 23. August 1977. – Georg Schneider gelangte über die Landesliste Hamburg in den zweiten Bundestag.

Adenauer: Sie mauern, so sagt man im Rheinland. Herr Gradl, wir hatten in Aussicht genommen, daß die Ostzone bei der Neuwahl einige Vertreter – das können natürlich auch Vertriebene sein – so ähnlich wie Berlin im Bundestag stellt. Über die Zahl ist noch zu sprechen. Dann könnte diesem Wunsch willfahren werden. Es wäre nur notwendig, daß wir diesen Beschuß heute hier bekanntgeben.

Kaiser: Das ist ein Politikum. Das könnten Sie in einer Ihrer nächsten Reden vornehmen. Wir müssen in überzeugender Weise Stellung nehmen können. Dann kann diese Angelegenheit, so wie sie der Kanzler vor dem Bundestag angesprochen hat, wieder aufgegriffen werden. Merkwürdigerweise hat die SPD negativ darauf reagiert.

Adenauer: Warum?

Ehlers: Herr Bundeskanzler, ich bitte, freundlichst davon Notiz zu nehmen, daß die Auswirkungen von Ochsenfurt keineswegs zu Ende sind. Ich habe von dem lutherischen Dekan einen entsprechenden Bericht bekommen wegen der Aufstellung der evangelischen Kandidaten. Diese Dinge versuchen wir auszubaden. Ich bin dafür, daß man diesen Konflikt ausschaltet, aber auf der anderen Seite muß man sagen, diese Dinge haben eine Aufbauarbeit kaputtgemacht, wie es stärker überhaupt nicht sein konnte. Es ist zunächst eine Frage für Franken und Bayern an die CSU. Ich glaube, da sollten bestimmte Wünsche zum Ausdruck gebracht werden. Man hat deswegen geschrieben, aber die Sache brennt weiter.¹¹⁸

Ich bitte daher freundlichst darum, dafür zu sorgen, daß die Verteilung nach Konfessionen erfolgt und daß man bei den evangelischen Kandidaten überlegt, daß es Kandidaten sind, die für unsere Arbeit im Bundestag besonders brauchbar sind, die also nicht nur die Eigenschaft haben, evangelisch zu sein, sondern vielleicht auch gute Juristen sind. Man sollte das kombinieren. Es könnten sogar prominente Vertriebene sein. Das gilt für die Katholiken in gleichem Maße.

Weber: Ich möchte ein Wort zu den Vertretern des Südweststaates sagen. Unter den 100 Landtagsabgeordneten ist eine einzige Frau.¹¹⁹ Ich habe deshalb den dringenden Wunsch, daß die Frauen für die Bundestagswahl gerade im Südweststaat besser berücksichtigt werden.

Simpfendorfer: Die Vertriebenen schlagen uns jetzt schon beinahe tot, weil wir die Frauen vor Flüchtlinge setzen.

Süsterhenn: Zur Geschäftsordnung!

118 In Ochsenfurt hatte sich der Bischof von Würzburg, Dr. Julius Döpfner, am 28. Juni 1953 unter Berufung auf die Vorschriften des kanonischen Rechts geweigert, die Einweihung einer Fabrik gemeinsam mit dem evangelischen Dekan Wilhelm Schwinn von Würzburg vorzunehmen, was auf protestantischer Seite scharfe Proteste hervorrief. Die CSU erklärte dazu, sie sei nicht tangiert, und betonte ihren überkonfessionellen Charakter (vgl. CDP Nr. 124 vom 30. Juni 1953; Nr. 139 vom 27. Juli 1953; UiD vom 8. Juli und 25. Juli 1953; Dokumentation des Vorganges im NL Ehlers ACDP I-369-010/2).

119 Die einzige CDU-Vertreterin war Maria Raiser (1885–1966); die anderen Parteien waren ebenfalls durch Frauen vertreten.

Adenauer: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Süsterhenn.

(Die Übertragung der jetzt folgenden Verhandlungen über das Zentrum liegt bereits vor – 20 Seiten.)¹²⁰

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung:

RUNDFUNK, PRESSE, FLUGBLÄTTER, VERSAMMLUNGEN

Am besten wird darüber der geschäftsführende Vorstand ein Programm ausarbeiten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

GELDFRAGEN

Hier bitte ich Sie, sich an Herrn Pferdmenges zu wenden. (*Heiterkeit.*)

Pferdmenges: Ich darf einen Brief vorlesen von Herrn Bach. „Für die Vorstandssitzung habe ich mich entschuldigt wegen einer Stadtverordnetenversammlung. In unserer Unterhaltung am Samstag kamen wir zu dem Ergebnis mit Herrn Lensing und Herrn Johnen, daß entweder von dem Etat für die Bundestagswahl DM 600.000,- gestrichen werden oder die Landesverbände sich verpflichten müssen, von den Wahlfonds beträgen, die in einer Gesamthöhe von 1,5 Millionen“...¹²¹

Adenauer: Ist das Bach?

Pferdmenges: Ja!

Adenauer: Dann hören Sie auf! Ich habe von Herrn Bach noch nie eine Ziffer gehört, die 14 Tage bestehen blieb.

Pferdmenges: Die Abkommen, die in diesem Jahr zwischen den Landesverbänden und der Zentrale getroffen wurden, sagt Bach, gingen dahin, daß von dem gesamten Geld von 6 Millionen in diesem Jahr 4 Millionen in den Ländern verbraucht werden sollten und 2 Millionen reserviert sind für die Wahl. DM 600.000,- hat der Bundeskanzler aus einem anderen Fonds zugesagt. Das sind 2,6 Millionen.

Es wurde vorigen Samstag gesagt, daß von diesen 2 Millionen nur 1 Million eingehen würde, weil die 1 Million bereits verkraftet sei in den einzelnen Landesverbänden. Das trifft eigentlich wörtlich zu für die 40 %, die Nordrhein-Westfalen von diesen Beträgen aufbringt. Da ist tatsächlich die Sache so, daß Mißverständnisse oder zumindest keine genauen Abmachungen vorlagen, wonach die Herren die Berechti-

120 Diese Seiten fehlen. – Lenz notiert in seinem Tagebuch: „Nachmittags erbitterte Diskussion wegen des Zentrums.“

121 Brief Bachs an Adenauer mit Finanzierungsplan vom 1. Juli 1953 in ACDP VII-003-002/1; die angesprochene Unterredung mit Lensing und Johnen fand am 4. Juli statt. Ein Schreiben Bachs an Pferdmenges ist nicht überliefert. – Finanzplan, erstellt von Peter Müllenbach, vom 13. Juli 1953 in StBKAH 12.12.

gung fühlten, über diese Gelder zu verfügen, und sie haben darüber verfügt, so daß uns tatsächlich 1 Million fehlen. Wir haben einen Fonds von DM 300.000,- aus dem „Wirtschaftsbild“, den wollen wir noch hinzunehmen, so daß uns DM 700.000,- fehlen. (*Adenauer*: Bis wann können Sie die schaffen?) Das war der Vorschlag, der gemacht wurde. Das ist nicht so einfach. Ich glaube, daß man noch etwas aufbringen kann davon. Ich hoffe auch, daß man die 2,6 Millionen auf die Beine stellen kann, aber ich möchte bitten, mit anderen Forderungen, die immer an diese Kasse gestellt werden, etwas vorsichtiger zu sein. Wir müssen etwas behalten für die Zeit nach der Wahl. Man weiß nicht, was für Konstellationen kommen. Dann ist es nicht angenehm, wenn man vor einem Nichts steht und die Leute, die man anspricht, nach der Wahl nicht mehr sehr aufgeschlossen findet für solche Ansprüche. Ich werde Ihnen nachher noch einige Aufklärungen geben. Ich glaube, daß die DM 700.000,- in irgendeiner Weise noch aufzubringen sind.

Adenauer: Wir danken Herrn Pferdmenges für seine Bemühungen und wünschen ihm und uns vollen Erfolg.

Von Brentano: Ich schlage vor, daß der Vorstand dem Herrn Bach sein Mißtrauen ausspricht, weil es unmöglich ist, wegen einer Stadtverordnetenversammlung nicht hier zu sein.

Adenauer: So etwas macht er gern.

Wir kommen zum Punkt 8 der Tagesordnung:

HAUPTPUNKTE INNENPOLITISCHER PROPAGANDA

Mir scheint, daß die Innenpolitik zu sehr zurücktritt in der Wahlpropaganda. Sie bekommen jetzt – ich weiß nicht, ob Sie es schon haben – vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Schrift „8 Jahre danach“¹²². Ich habe gestern das erste Exemplar bekommen. Die Frage ist, wieviel Exemplare müssen wir davon zur Verfügung stellen. Diese Schrift ist eine Fundgrube für alle möglichen Sachen, vorausgesetzt, daß man in der Fundgrube gräbt.

Heck: Für sämtliche Damen und Herren, die sprechen oder schreiben, sind es 6.000 Exemplare.

Adenauer: Ich darf auf das Kapitel übergehen, was mir sehr am Herzen liegt. Wir geben den Rednern und Propagandisten und auch den Zeitungen das Material nicht einfach genug. Die Leute sind zu faul, geradezu herausgesagt – ich bin es auch –, ein solches Ding in die Hand zu nehmen und durchzulesen. (*Kiesinger*: Das ist nur zusätzliches Material.) Die Flugblätter sind zu einfach. Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand sich auch diese neuen Entwürfe ansieht und das wirklich Beste herauszieht.

¹²² Acht Jahre danach ... Deutschland heute. Mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung). Wiesbaden 1953.

Den Punkt 9 der Tagesordnung „Ansprache der Neuwähler“ stellen wir zurück.

Gerstenmaier: Es ist außerordentlich wichtig wegen des Materials für die Bauern.

Heck: Es ist verschickt worden; es war zusammengestellt von Bauknecht.¹²³ Aber es wird noch einmal, und zwar angehängt an die Erklärung des Bundeskanzlers, sämtlichen Rednern zugestellt. Es ist vorgesehen, ein Flugblatt für ausgesprochen ländliche Gebiete zusammenzustellen.

Adenauer: Eine allgemeine Bitte! Die innenpolitischen Fragen wollen wir nicht vernachlässigen. Sie sind von großer Bedeutung. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir in mancher Beziehung großes Glück gehabt haben. Vor sechs, sieben, acht und neun Monaten hatten wir schwere Sorgen, daß die Arbeitslosigkeit im zweiten Halbjahr zunehmen und wir mit den Bundestagswahlen in eine Periode steigender Arbeitslosigkeit kommen würden. Das Gegenteil ist der Fall.

Der zweite Punkt: Wir hatten Furcht, daß die Preise und die Lebenshaltungskosten ansteigen würden. Auch dieser Zustand ist nicht eingetreten. Wir haben sehr gute Pluspunkte, einmal die sinkenden Preise und zweitens einen nicht steigenden Lebenshaltungsindex. Nach alten Erfahrungen wird der Lebenshaltungsindex auch im August sinken, weil die neuen Kartoffeln und das Gemüse billiger werden.

Sorge machen mir – da hat Herr Gerstenmaier recht – einige landwirtschaftliche Fragen. Und da muß ich Herrn Globke bitten, nach dem Rechten zu sehen, weil Herr Niklas¹²⁴ krank ist; ich weiß nicht, in welchem Zustand er ist. Herr Sonnemann¹²⁵ geht auch weg. Sie werden mit Sonnemann noch sprechen können. Es sind da gewisse kleine Forderungen – es handelt sich um ein paar Millionen, mehr ist es nicht – der Landwirte, gegen die sich Herr Schäffer mit der ganzen Kraft seines bayerischen Gemütes und Herzens sträubt. Wir müssen aber unbedingt für die Landwirtschaft etwas tun.

Ich bitte Sie, alle diese kleinen Wünsche an Herrn Ministerialdirektor Dr. Globke

123 „Die Agrarpolitik der CDU/CSU im Bundestag 1949–1953“, von Dr. Karl Müller MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU). Bonn, Februar 1953.

124 Dr. Wilhelm Niklas (1887–1957), 1916–1925 im Kriegsernährungsamt und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1925–1934 und 1945–1947 im bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab 1945 Staatsrat), 1948–1949 stv. Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1953 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1951–1953 MdB (CSU).

125 Dr. Theodor Sonnemann (geb. 1900), 1947–1949 Hauptgeschäftsführer des Verbandes des Niedersächsischen Landvolks, 1949–1961 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (DP/CDU), 1961–1973 Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (Erinnerungen: Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit. Würzburg 1980).

zu richten, dann brauchen Sie nicht den Umweg über den geschäftsführenden Vorstand und die Bundesgeschäftsstelle zu gehen.

Nun möchte ich Herrn von Brentano bitten, zu referieren.

Von Brentano: Ich hatte es nicht vor, aber ich will das Wort ergreifen, wenn Sie mich dazu auffordern. Es ist nicht gut, über diese Dinge in der Wahl mit aller Deutlichkeit zu sprechen, aber mir scheint, daß sich im allgemeinen das deutsche Volk – und das sollte man in den Wahldiskussionen anklingen lassen – schon in dem Gefühl der Sicherheit wiegt, als sei eigentlich alles Entscheidende bereits geschehen, und wir stünden schon in einem Zustand der prästabilierten Harmonie, und es könne Deutschland nichts mehr passieren.

Ich habe den Eindruck, daß gerade die Art, mit der die Opposition über die Dinge spricht, in Deutschland erhebliche Mißverständnisse auslöst und daß die Menschen davon ausgehen, daß es letzten Endes in der deutschen Hand liege, die Entscheidungen der Zukunft zu bestimmen. Dieses alte Wort, was die SPD immer wieder prägt: Man kann nichts ohne Deutschland tun – das findet sehr viele Abnehmer.

Man sollte in der Diskussion den deutschen Menschen klar und eindeutig sagen, wie ernst und gefährlich unsere Situation heute noch ist und daß wir heute noch auf einem Grat gehen, von dem wir mit einem Fehltritt abstürzen können, daß wir – was die Menschen nicht gerne hören wollen – auf Gedeih und Verderb von der Unterstützung der freien Welt abhängig sind, daß es kein Spiel gibt in dieser Frage, weil wir sehr leicht durch eine unklare und mißverständliche Politik uns die Chancen, die wir z.Z. sicher haben, verspielen können.

Es wird heute insbesondere von der Opposition dargestellt, die Gefahr, die vom Osten drohe, sei nicht so groß, weil sich da drüben diese Auflösungerscheinungen bemerkbar machten. Es ist originell, daß das jetzt gesagt wird.

Als Sie das in einer Rede im Bundestag anklingen ließen, hat man Ihnen einen Vorwurf gemacht, Sie hätten keine Ahnung von den russischen Verhältnissen. Heute sagt man es, weil die Wahl bevorsteht. Man stellt es so dar, als sei es allein in die Hand des deutschen Volkes gelegt, über seine Zukunft zu sprechen. Ich meine, man sollte aussprechen, was den Deutschen vielleicht unangenehm klingt, daß wir am 17. Juni den Unterschied zwischen dem Kalten und dem heißen Krieg gesehen haben und daß ein kleiner äußerer Anlaß dazu führen kann, daß aus dem Kalten Krieg ein heißer Krieg wird. Wir sind jetzt mehr denn je darauf angewiesen, eine Unterstützung zu haben, wenn wir die Politik, die wir in den letzten Jahren eingeschlagen haben, weiterführen wollen.

Ich habe mit Erstaunen die Rede von Herrn Taft¹²⁶ gelesen. Die Generale in

126 Taft forderte in einer Rede am 27. Mai 1953 auf einer Tagung der Christlich-Jüdischen Vereinigung in Cincinnati ein selbständiges Vorgehen der USA in Korea ohne Rücksicht auf die UNO und den Atlantikpakt sowie einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa (AdG 1953 S. 4010f.; FR vom 28. Mai 1953).

Amerika sagen etwas anderes: Was ist schon Taft! In dem Moment, wo wir einen General zitieren, heißt es, Generale haben keine Politik zu machen – was nach Isolationismus klingt –, und zwar aus der Verstimmung heraus, daß die europäische Politik in keiner Weise eine Antwort auf die mit Recht von Washington gestellte Frage gibt: Was wollen die Europäer tun? Wenn darauf eine Antwort verlangt wird, dann sagt man in der Diskussion – und das klingt in unsere Kreise hinein –, gegen uns kann man nichts machen; sie brauchen uns ja. Wir sollten uns klarmachen, wie eine deutsche Situation wäre, wenn wirklich Rußland in dieses vollkommen unvorbereitete Europa mit einer aggressiven Handlung vorstieße und Europa nicht bereit wäre, dieser aggressiven Haltung zu begegnen.

Man sollte den Deutschen einmal klarmachen, daß es bei uns liegt, dafür zu sorgen, daß wir in Amerika nicht nur als ein strategisches Vorfeld angesehen werden. Man kann es nicht in öffentlichen Versammlungen, aber in Gesprächen sagen, daß eine solche Auseinandersetzung, wenn sie uns trüfe, dazu führen würde, daß Europa das Glacis einer solchen Auseinandersetzung würde. Und bei einer solchen Auseinandersetzung mit all ihren Konsequenzen würde die erste Atombombe nach meiner festen Überzeugung auf das Ruhrgebiet fallen, und zwar aus dem Gefühl heraus, daß wir mit Geldern von Amerika die Produktionsstätten aufgebaut haben.

Man muß diese Dinge aussprechen, weil die Deutschen in einer Gleichgültigkeit sind, die mich manchmal geradezu erschreckt. Ich weiß nicht, ob Sie in Ihren Reden und Diskussionen auf das eingegangen sind, was sich am 17. Juni in Berlin und anschließend in der Ostzone abgespielt hat. Die Gleichgültigkeit der deutschen Menschen ist erschreckend. Wir müssen die Menschen darauf ansprechen, was mit diesen 18 Millionen geschieht; wir müssen an diesen wirklich eruptiven Ausbruch von Menschen erinnern, die nach der Freiheit geschrien haben; denn das hat die Menschen im Westen kaum berührt. Sie führen alle das Wort von der Wiedervereinigung Deutschlands im Munde, aber sich klarzumachen, was das Schicksal dieser Menschen bedeutet, fällt ihnen offenbar sehr schwer.

Wenn wir diese Dinge nicht ansprechen, erleben wir, daß sich große Teile in unserem Volk in diesem ganz unangebrachten Gefühl der Sicherheit wiegen. Auch die Art, wie man manchmal heute schon wieder über die Amerikaner sprechen hört, ist wirklich erschreckend. Man sagt, diese widrigen Burschen sollen weggehen; wir brauchen sie gar nicht mehr. (*Gerstenmaier: Seeböhm!*) Sie haben recht! Wir müssen widersprechen. Das sind wir unserem Volke schuldig, daß wir diese Dinge ansprechen. Man wird es zuerst ungern hören, aber wenn Sie den Menschen genau sagen, wo wir stehen, dann verstehen sie es.

Wir sollten in den Diskussionen eine sehr eindeutige Front machen gegen den – verzeihen Sie den Ausdruck – verfluchten Neonazismus. Diese Menschen sind bereit und entschlossen, alles zu vergessen, was uns in der Vergangenheit belastet hat; sie sprechen schon wieder mit großer Primitivität im Westen und Süden und freuen sich hämisch darüber, wenn in Frankreich eine Regierungskrise ist. Das sind keine Krisen für Frankreich, sondern für Europa.

Ich habe das Gefühl, daß unser Volk z. Z. politisch in einer verhängnisvollen Verkennung der tatsächlichen Situation steht. Wir müssen ihm sagen – dann gibt es auch keine Mißverständnisse –, wie notwendig wir darauf angewiesen sind, mit den freien Völkern der Welt zusammenzuarbeiten, und daß es kein Fehler ist, wenn wir mit den Amerikanern übereinstimmen, daß es keine amerikanische Politik ist, sondern daß wir gute Freunde bewahren müssen, anstatt sie vor den Kopf zu stoßen. Es hat einmal einen so törichten Spruch gegeben: Viel Feind, viel Ehr! – Es sollte heißen: Viel Freund, viel Ehr! – Wenn wir nicht allen Ernstes an diese Dinge herangehen, versündigen wir uns, auch wenn das nicht gern gehört wird, an unserer heutigen Aufgabe als Politiker.

Eine Zwischenbemerkung! Ich war entsetzt, als neulich ein so angesehener und kluger Mann wie Weinstein¹²⁷ in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ geschrieben hat, Robert Schuman habe seine europäische Konzeption nur vertreten, um Frankreich gewisse Vorteile zu sichern. Robert Schuman sei ein Mann, der die Politik von Richelieu¹²⁸ fortführe; er betrüge die Deutschen, und im Moment, wo ein anderer komme, setze er sich ab.

Der „Rheinische Merkur“ hat sich mit diesem Aufsatz beschäftigt und eine gute Antwort gegeben.¹²⁹ Ich kann nur sagen, diese merkwürdige Illusionspolitik, in die das deutsche Volk wieder hineintaumelt, ist eine verhängnisvolle Situation. In dem gleichen Augenblick, wo man dem Bundeskanzler den Vorwurf macht, er spanne Eisenhower vor den Wagen, erklärt man gleichzeitig, wenn er eine andere Politik mache, stoße er den Kreml vor den Kopf.

Wir können unser Volk nicht ernst genug ansprechen. Wir sollten nicht nur über das sprechen, was wir erreicht haben, sondern wir müssen auch sagen, was noch vor uns steht, damit die Menschen zum Nachdenken kommen.

Adenauer: Die Note der drei Westmächte an Sowjetrußland – ich habe sie in der Hand – wird jetzt überreicht sein. Ich kann sie nicht vorlesen; Sie werden sie morgen höchstwahrscheinlich in der Presse lesen können. Lesen Sie sie bitte vollständig durch und überlegen Sie genau, daß diese Note uns jede Rechtfertigung unserer Politik gibt. In dieser Note sind – das bleibt bitte unter uns – alle Vorschläge, aber auch alle Vorschläge aufgenommen worden, die ich gemacht habe, die ich zum Teil durch Herrn Blankenhorn habe überbringen lassen, so daß, wenn die Sozialdemokratie sagt, sie habe mich zu dieser Aktivität gezwungen, das eigentlich auch ein Lob dafür in sich schließt, daß wir diesen Erfolg gehabt haben.

Nun stellen Sie sich umgekehrt vor, wir hätten uns so benommen, wie sich die Sozialdemokratie benommen hat. Wenn wir den EVG-Vertrag und den Deutsch-

127 In der Vorlage: Beilstein. – Adelbert Weinstein (geb. 1916), seit 1949 Redaktionsmitglied der FAZ; gemeint ist sein Leitartikel vom 2. Juli 1953: „Schumans Stellungswechsel“.

128 Armand Jean du Plessis, Herzog von Richelieu (1585–1642), französischer Staatsmann und Kardinal.

129 Vgl. Egon Roemer: Robert Schuman – ein Konjunkturritter? In „Rheinischer Merkur“ vom 10. Juli 1953.

land-Vertrag nicht unterschrieben hätten, wäre niemals eine solche Note herausgekommen. Niemals!

Nun ein Wort zu den Gefahren, von denen Brentano gesprochen hat, Worte, die ich nach jeder Richtung hin unterstreichen kann. Die Weltlage ist doch so, daß die Vereinigten Staaten auf die Festigkeit Frankreichs sehr geringe Hoffnungen setzen, daß die Zunahme der kommunistischen Stimmen in Italien Amerika einen Schock gegeben hat und daß die einzige Hoffnung Amerikas für Europa Deutschland ist. Und wenn diese Hoffnung enttäuscht wird, dann werden die Vereinigten Staaten, davon bin ich überzeugt, eben die andere Politik – die sie natürlich auch einschlagen können – einschlagen, nämlich die Politik der peripheren Verteidigung.

Man muß sich immer wieder klarmachen, warum betreiben denn die Vereinigten Staaten diese Politik. Doch in der Hauptsache zu ihrem Schutz. Sie haben die beiden Möglichkeiten: entweder mit Europa zusammen oder aber Europa nur unter Benützung von Stützpunkten für ihre Flugwaffe. Das ist die periphere Verteidigung. Seien wir uns völlig darüber klar, die Situation ist und bleibt höchst gefährlich. Ich kann nur das Wort wiederholen, was Herr von Brentano gesagt hat: Es ist wahrhaftig eine Gratwanderung. Wir wandern auf einem Grat, der nach beiden Richtungen sehr steile Abgründe hat. Diese Gratwanderung müssen wir fortsetzen. Nach meiner festen Überzeugung kommen wir dann auch zum Ziel.

Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß der Zeitpunkt – von dem ich immer wieder gesprochen habe –, wo die Sowjets durch ihre Lage gezwungen sein werden, sich mit dem Westen zu verständigen, schon gekommen sei, aber immerhin sind diese Ausbrüche von Unzufriedenheit in Ostberlin und in der Sowjetzone, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen ein erstes Anzeichen dafür, daß dieser Zeitpunkt herannaht. Diese Vorgänge haben mich in meiner Überzeugung bestärkt. Es wird der Augenblick kommen, wo der Russe sich sagen muß: Kommen wir überhaupt noch weiter; die Konsumtionsindustrie ist derartig vernachlässigt und unser Volk derart verhungert, daß es nicht so weitergeht. Wir können nicht alles nur in die Kriegsindustrie stecken, ohne daß wir unsere eigene Existenz gefährden. Daher müssen wir festbleiben.

Die Vereinigten Staaten haben – und hier muß ich sagen, Gott sei Dank größtes Verständnis für unsere Haltung. Churchill hat dieses Verständnis nicht, ebensowenig hat Frankreich das Verständnis dafür. Allein die Vereinigten Staaten haben dieses Verständnis gezeigt. Darum glaube ich, ist um unserer eigenen Existenz willen unser Platz neben den Vereinigten Staaten. Wir können das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gar nicht eng genug gestalten. Es ist die einzige Rettung Europas, eines Europas – das möchte ich nachdrücklichst wiederholen –, das noch immer in äußerster Gefahr schwebt. Nun etwas zur Sozialdemokratie! Ich habe früher – das möchte ich an die Adresse einiger Freunde hier sagen – als Oberbürgermeister mit den Sozialdemokraten gutgestanden in meiner Stadtverordnetenversammlung. Ich habe viele Dinge mit ihnen gemacht. Aber die heutige Sozialdemo-

kratie, die einfach aus parteipolitischen Gründen das Schicksal Deutschlands aufs Spiel setzt, das ist keine deutsche Partei mehr!

Jedem Deutschen und jeder deutschen Partei muß das Schicksal des deutschen Volkes das Höchste sein und nicht das Schicksal einer Partei. Ich halte die Leute nicht für so dumm, daß sie nicht diese Gefahr selbst erkennen, in der wir schweben; sie machen das nur aus Agitationsabsichten, um das Volk aufzuwiegeln und dadurch Stimmen für sich zu bekommen. Und das ist ein Verbrechen am deutschen Volk! (Zurufe: Sehr richtig!) Deswegen müssen Sie verzeihen, Herr Kaiser, wenn ich manchmal gegen die Sozialdemokratie wirklich im tiefsten Innern erbost und entrüstet bin.

Ich kann nur wiederholen, daß das keine Partei tut, was die Sozialdemokratie tut. In einer solchen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, gibt es nach meiner Meinung nur eins für die Regierungskoalition und die Opposition: zusammenzugehen. Die Opposition soll nicht der Regierungskoalition auf ihrem Weg die denkbar größten Schwierigkeiten machen!

Ich denke z.B. daran, daß Herr Wehner gesagt hat: Nach der Wahl ziehen wir unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den EVG-Vertrag zurück. Das ist geradezu eine Gemeinheit ersten Ranges, überhaupt so zu denken und das einem Ausländer zu sagen.

Entschuldigen Sie bitte, daß ich so heftig dabei geworden bin, aber es ist meine innerste Überzeugung, daß das deutsche Volk nach wie vor in großer Gefahr ist. Wir müssen unter allen Umständen diese Wahl gewinnen im Interesse des deutschen Volkes!

Simpfendorfer: Ich begrüße es, wenn die gesamte Partei hier mitzieht und im Wahlkampf diesen Angriffsgeist zeigt. Ich selber mache das in jeder Rede. Das muß das Anliegen der Partei und der Propaganda sein!

Kiesinger: Ich unterstreiche jedes Wort, was Brentano gesagt hat. Es ist tatsächlich so, daß ein gewisses bourgeoises Pack da ist, das zwar die Wirtschaftspolitik der SPD nicht mitmacht, sondern von unserer Politik profitiert, das aber alle Argumente der SPD gebraucht.

Wir müssen da etwas deutlich und klar reden! Die Leute haben einen gewissen Einfluß. Der Angriffsgeist, von dem gesprochen worden ist, muß nach meiner Meinung viel weniger in der Auseinandersetzung mit den einzelnen Argumenten der SPD gezeigt werden als mit diesem Hauptpunkt: Europa in Gefahr!

Uns alle überläuft es kalt, wenn wir daran denken, daß wir im Grunde genommen nur durch die Kommunisten gerettet worden sind. Wer kapiert das? Wenn Tito¹³⁰ nicht gewesen wäre – natürlich mit der freien Welt –, dann wäre heute nicht

130 Josip Tito, eigentlich Broz (1892-1980), jugoslawischer Politiker; seit 1934 Mitglied des ZK und des Politbüros, 1937 Generalsekretär der KP, 1943 Marschall und Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees, 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (zugleich Verteidigungsminister), 1953 Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, seit 1963 Staatspräsident auf Lebenszeit.

nur Jugoslawien, sondern auch Griechenland und Italien – und was wäre mit der Türkei? –, also die ganze Ostflanke, von Moskau her beherrscht. Das sind Dinge, die müssen wir den Leuten immer wieder sagen wegen dieser furchtbaren Sattheit und Sicherheit, die in diesen Kreisen herrscht.

Da sind mir tatsächlich die deutschen Arbeiter viel lieber. Ich bedaure, daß die SPD einen Teil der deutschen Arbeiterschaft in die Verwirrung gebracht hat. Wir müssen die ganze deutsche Bevölkerung – auch bei uns sind solche Kreise – mit diesen Gedanken zuerst ansprechen.

Adenauer: Es ist nicht nur das Bourgeoise, es ist auch der Größenwahn. Wenn ich höre, daß der Herr Zinn von vornherein erklärt, Deutschland soll sich unabhängig erklären – dann gehört der Mann doch ins Irrenhaus!¹³¹

Von Brentano: Er hat wörtlich erklärt: Hoffentlich wird nach der Wahl eine Regierung da sein, die die Verträge zerreißt und die deutsche Unabhängigkeit proklamiert! (*Unruhe und Bewegung.* – *Fay:* Siehe Adolf Hitler!)

Tillmanns: Der amerikanische Hochkommissar Conant hat erklärt, es genüge nicht, daß in der Sowjetzone freie Wahlen stattfinden, sondern es müßte vorher das dortige Zwangssystem beseitigt werden.¹³² Darauf hat die SPD erklärt – und Schoettle hat es wiederholt –, das sei eine unmögliche Forderung, damit verhindere man geradezu eine freie Wahl; denn die Beseitigung dieses Zwangssystems könne höchstens die Folge von freien Wahlen sein. Man könne sie nicht vorher fordern.

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich in sämtlichen gemeinsamen Entschließungen der Bundestag, mit Einschluß der SPD, immer auf den Standpunkt gestellt hat, freie Wahlen können überhaupt nur dann stattfinden, wenn vor, während und nach diesen Wahlen eine wirklich freie rechtsstaatliche Ordnung gegeben ist.¹³³

Gerade Herr Wehner hat in den früheren Jahren immer darauf bestanden, daß mindestens drei Monate vor freien Wahlen ein freier Verkehr, die freie Zulassung der Presse und eine wirklich freie politische Meinungsäußerung dort gewährleistet sein müssen. Was heißt das anderes als Aufhebung des gegenwärtigen Zwangssystems. Jetzt geht die SPD hin und wirft Herrn Conant vor, daß er etwas Derartiges tut. Ich frage mich, wie sollen freie Wahlen überhaupt stattfinden. Diese neue Haltung der SPD steht in einem vollständigen Widerspruch zu ihrer bisherigen Einstellung.

Adenauer: Zugleich fragt Herr Wehner den Herrn Hallstein, ob nicht eine gemeinsame Politik möglich sei.

Kaiser: Es ist gut, daß diese Forderung in der Verlautbarung der drei Westalliierten steht. Ich bin überzeugt davon, daß wir an sich keine lange Zeit der Vorberei-

131 Zinn hatte auf Parteiveranstaltungen verschiedentlich geäußert, die Deutschen wollten weder unter Grotewohl noch unter Adenauer leben (FAZ vom 22. Juli 1953).

132 Conant vor der Presse in Rom (vgl. FAZ vom 1. Juli 1953).

133 Vgl. Zustimmung zum Gesetzentwurf über Grundsätze für die freie Wahl einer Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S. 8054, 8091–8094).

tung mehr brauchen. Das Volk drüben wird sich rasch in unserem Sinne entscheiden. (*Tillmanns*: Es muß aber die Möglichkeit dazu haben!) Es ist ein Beleg da, daß wir nicht ein halbes Jahr brauchen. Ich würde bitten, daß wir darüber nachdenken. Ich bin völlig unbeeinflußt von der Haltung der SPD, die ich nicht kenne. Im übrigen aber bin ich Brentano sehr dankbar für seine Ausführungen. Ich bedaure sehr, daß sie erst in letzter Stunde gemacht worden sind; es wäre wert gewesen, über die Hauptfragen der Politik einen Gedankenaustausch zu pflegen, bevor wir in den Wahlkampf gehen. (*Zuruf*: Sehr richtig!)

Ich nehme das Wort von der Gratwanderung auf. Die Politik um Deutschland marschiert tatsächlich auf einem Grat. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß der erste Punkt für die freien Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands die amerikanische Politik ist. Ich bin aber auch freimütig genug, auszusprechen, daß die amerikanische Politik auch Wagnisse einschließt sondergleichen.

Sie greift die Russen stark und entschlossen an. Das kann dazu führen – Gott verhüte es, daß es dazu kommt –, daß die Russen aus einem Akt der Verzweiflung heraus handeln. Insofern befinden wir uns auf einer Gratwanderung mit all den möglichen Folgen, die über unser Volk kommen könnten. Wir haben darüber ja oft genug gesprochen.

Ich möchte nur wünschen, daß der Herr Bundeskanzler, der verantwortliche Mann für die deutsche Politik, auch diese Gefahren in seine Überlegungen, Diskussionen und Einflußnahme auf den Weitgang der Politik einbezieht. Ich weiß, Herr Bundeskanzler, daß es nicht auf Frankreich ankommt und auch nicht auf Italien, sondern, wenn aus dieser Sache etwas werden soll – natürlich in Verbindung mit der Entschlossenheit der amerikanischen Politik –, daß es auf die Deutschen ankommt. Aber es muß auch noch eine Menge nebenher bedacht werden.

Ich bin einige Ferientage in Tirol gewesen. Ich habe Österreicher von Belang gesprochen, die ein Urteil haben. Sie sagten mir: Lieber Herr Kaiser, was bleibt für uns übrig in diesem Zustand, in dem wir uns befinden, die Russen auf der einen Seite und die amerikanische Politik auf der anderen Seite. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir so etwas wie Neutralitätspolitik treiben sollen. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Das wird uns das Stirnrunzeln der Amerikaner einbringen, vielleicht auch eine Minderung ihrer Hilfe für uns. Aber das werden wir in Kauf nehmen müssen. Wir sind nun einmal das Volk, das dazwischen liegt. Sie haben mir noch einiges mehr gesagt, so z.B. daß sie ihren Herrn Gruber¹³⁴ etwas zurückhalten

134 Dr. Karl Gruber (geb. 1909), österreichischer Politiker; 1945–1953 Abgeordneter im Nationalrat (ÖVP), 1945 zunächst Unterstaatssekretär, dann bis 1946 und 1949–1953 Außenminister, 1954–1957 Botschafter in Washington, 1961–1966 in Madrid, 1966 in Bonn, 1966–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1970–1972 Botschafter in Washington, 1972–1974 in Bern. – Das Gruber/De-Gasperi-Abkommen von 1946 regelte die Südtirolfrage im Sinne der Autonomie und Gleichberechtigung der deutschsprachigen Südtiroler zum Schutz des Volkscharakters. Vgl. Karl GRUBER: Politik der Mitte. Zürich 1946; DERS.: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. 2. Aufl. Wien 1953.

und ihren Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Raab¹³⁵ etwas mehr nach vorn drücken wollen, weil ihnen der Gruber etwas zu sehr in die amerikanische Politik verstrickt ist. Man fragte mich, wie ist es nun bei Ihnen. Ich habe mich in meinen Bemerkungen sehr zurückgehalten.

Herr Bundeskanzler, Sie haben mich zweimal angesprochen, was die SPD angeht. Ich weiß um Ihre politische Haltung in Köln und um das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Ich kenne Ihr Urteil über die früheren Sozialdemokraten und habe heute erneut von Ihnen Ihre geringe Meinung gehört, die Sie von der SPD von heute haben. Mir macht folgendes Sorge: Wenn nach dieser Bundestagswahl – wie soll ich das jetzt sagen, damit ich es nicht falsch ausdrücke – die Sozialdemokraten für weitere vier Jahre von der Anteilnahme an der Verantwortung für unser Volk ferngehalten werden, dann bin ich besorgt, daß der von ihr geführte und beherrschte Teil der Arbeiterschaft des deutschen Volkes in eine Haltung hineingebracht wird, die auch Gefahren für einen Volkskörper in sich schließt.

Ich will das nicht weiter ausführen. Ich möchte nur wünschen, daß der Bundeskanzler als der erste Staatsmann unseres Volkes auch diese Sache mit im Auge behält. Eine so geschlossene Kraft, wie sie die Sozialdemokratie nun einmal darstellt und ausmacht in unserem Volk, die muß von dem den Staat führenden Manne natürlich auch in dieser Beziehung beachtet werden. Und daraus möchte ich im Wahlkampf mit der SPD einen Schluß gezogen wissen.

Ich bin Abgeordneter von Essen und habe mich nicht zuletzt mit der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Sie macht mir das Mandat streitig. Ich glaube, daß ich es mit Erfolg verteidigen werde. Ich werde vielleicht das Ansprechen der SPD mit anderen Formulierungen vornehmen. (*Adenauer*: Ich werde auch in Essen sprechen, und ich werde kräftig sprechen! – *Zurufe*: Sehr richtig!) Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß wir in einer Versammlung gemeinsam sprechen werden, damit wir uns in einer glücklichen Weise ergänzen. Meine Bitte, Herr Bundeskanzler: Denken Sie an das, das macht mir Sorge, daß ein so großer Teil des deutschen Volkes in eine Haltung hineingetrieben wird, die auch Gefahren für den Staatskörper einschließt.

Adenauer: Die Ausführungen des Herrn Kaiser bewegen mich doch, trotz der vorgerückten Stunde noch einmal einiges zu sagen. Das Beispiel Österreichs läßt sich in keiner Weise mit Deutschland vergleichen; das hat gar nichts damit zu tun und kann nicht in Parallele gezogen werden. Ich beurteile die Weltlage folgendermaßen: Amerika ist in den atomischen Waffen Sowjetrußland weit voraus. Wir

135 Julius Raab (1891–1964), österreichischer Politiker; 1927–1934 christlichsozialer Abgeordneter des Nationalrats, 1928–1930 Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, 1934 Mitgründer des „Gewerbebundes“, 1938 Bundesminister für Handel und Verkehr, 1945 Mitgründer der ÖVP (1952–1960 Bundesparteiobmann), 1945 Gründer des Wirtschaftsbundes (bis 1963 Vorsitzender), April bis Dezember 1945 Staatssekretär für öffentliche Bauten, 1945–1961 Abgeordneter des Nationalrats, 1953–1961 Bundeskanzler.

leben jetzt in Ruhe unter dem Schutz der atomischen Waffen der Amerikaner. Es wird aber der Zeitpunkt kommen, an dem Sowjetrußland auf atomischem Gebiet höchstwahrscheinlich Amerika gleich geworden ist. Dann bleiben nach wie vor, auch bei den atomischen Waffen, Kohle, Eisen und Stahl die Grundlage des Krieges.

Die Kohle-, Eisen- und Stahl-Produktion in Amerika ist derjenigen Sowjetrußlands einschließlich Polens usw. weit überlegen. Sowjetrußland einschließlich seiner Satellitenstaaten hat gar nicht die natürlichen Lagen und Voraussetzungen, um Amerika einzuholen. Aber vor dem Eisernen Vorhang liegen das Industriegebiet, das nordfranzösische Gebiet und das belgische Industriegebiet. Das Ziel der sowjetrussischen Politik ist es, diese Gebiete im Wege des Kalten Krieges zu bekommen. Es hat gar kein Interesse daran, sie im Wege des heißen Krieges zu bekommen. Aber wenn es sie im Wege des Kalten Krieges bekommen sollte, dann wäre die Produktion Sowjetrußlands an Kohle, Eisen und Stahl plötzlich der amerikanischen Produktion überlegen. Und dann wäre Sowjetrußland gegenüber den Vereinigten Staaten ein Gegner, mit dem es sich entweder vertragen wird, indem es sagt, du gibst mir Europa, dafür lasse ich dir Asien, oder aber es kommt zwischen den beiden zum Krieg.

Unser ganzes Bestreben muß deshalb sein – daher auch die Integration Europas –, dafür zu sorgen, daß Sowjetrußland im Wege des Kalten Krieges nicht diese Industriegebiete bekommt. Und dabei ist kein Risiko! Wo soll das Risiko stecken? Herr Kaiser sagt, ich solle das russische Risiko nicht übersehen. Gegenüber den Leuten ist jedes Zeichen von Furcht fehl; der Russe hat vor nichts mehr Respekt als vor Entschlossenheit und Willen. Und den müssen wir zeigen!

Nun etwas zur Sozialdemokratie. Wenn wir nach den Bundestagswahlen die Mehrheit haben sollten und dann die Sozialdemokratie bereit ist, mit uns eine gemeinsame Außenpolitik zu machen – mit Freuden! Aber daß wir das der Sozialdemokratie, damit sie ihre Pflicht tut, auch noch anbieten sollen, ich glaube, daran denkt keiner von uns. Gerade diese Sozialdemokratie, sie soll kommen und sie wird aufgenommen werden. Wir sind bereit, im Wege der Außenpolitik – wie das in England und Amerika ist – zusammenzuarbeiten.

Sehen Sie, Herr Kaiser, ich habe zum deutschen Arbeiter – das ist vielleicht überheblich, was ich jetzt sage – viel mehr Vertrauen, als Sie haben. Ich bin bereit, dem deutschen Arbeiter klarzumachen, worum es sich handelt. Ich bin davon überzeugt, daß er es zum großen Teil verstehen wird. Glauben Sie mir, Herr Kaiser, ich bin nie so populär gewesen gerade bei den Arbeitern. Die erweisen mir einen solchen Respekt, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Der deutsche Arbeiter steckt gar nicht so tief in dem Wahn der Sozialdemokratie drin, wie Sie es glauben; ganz abgesehen davon, daß nach meiner Überzeugung mindestens 50 % der sozialdemokratischen Führer in der Außenpolitik genau derselben Ansicht sind wie wir.

Gerstenmaier: Auch [ich] bedaure, daß wir am Ende dieser Sitzung zur Diskussion dieser politischen Grundfragen kommen. Es wäre für den Wahlkampf von

größter Wichtigkeit, wenn wir uns über die verschiedenen Gebiete und die Schattierungen, die in der CDU immerhin existieren, noch einmal aussprechen.

Adenauer: Wir kommen noch einmal zusammen; wahrscheinlich Ende Juli oder Anfang August. Ich möchte die Reaktion der Sowjets auf die Note abwarten.

Von Brentano: Ich möchte den 29. oder 30. Juli vorschlagen. Das sind etwa noch vier Wochen vor der Wahl.

Tillmanns: Es wäre gut, wenn wir den Parteiausschuß dazu einladen.

Gerstenmaier: In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Integration bekommt die CDU immer wieder etwas serviert von dem von Heinemann scharfgemachten Teil.

Adenauer: Lesen Sie die Note genau; dann werden Sie das Nötige darin finden. Da steht alles drin, und zwar auf mein Drängen hin. Die Vereinigten Staaten wollten eine Viererkonferenz haben, auf der die ganzen asiatischen Fragen behandelt werden sollten. Sie haben sich auf mein Drängen hin – auch die Engländer und Franzosen haben es mitgemacht – entschlossen, speziell die Deutschland-Frage zu behandeln. Sie betonen auch, daß die Integration Europas nach wie vor ein Grundpfeiler ihrer ganzen Politik sei. (*Samsche:* Herr Heinemann hat seit dem 17. Juni viel an Ansehen verloren!) Beim Punkt 9 der Tagesordnung¹³⁶ scheint mir die Hauptsache zu sein, auch junge Leute reden zu lassen.

Kaiser: Sie haben vor dem Mittelstand in Köln gesprochen. Wir werden eine Arbeiterkundgebung in Essen für das Bundesgebiet durchführen. Ich würde bitten, daß Sie für kurze Zeit zu uns kommen.

Adenauer: Ich komme gern, Herr Kaiser. Sie müssen sich aber an meinen Manager wenden. Das ist Herr Globke. Ich bin nur noch ein Automat! (*Lebhafte Heiterkeit.* *Zuruf:* Automat ist gut!)

Tillmanns: Ich habe gestern in der „Welt“ von dem Soldatentreffen in Hannover gelesen. (*Adenauer:* Herr Ehlers geht dorthin!) Alle Parteien sind aufgeführt, aber niemand von der CDU.¹³⁷

Simpfendorfer: Soll man bezüglich der Außenministerkonferenz etwas sagen vom Vorstand aus?

Adenauer: Herr Simpfendorfer hat in etwa recht. Wir müssen unsere Presse, sobald die Note veröffentlicht ist, entsprechend instruieren. Die Note ist jetzt überreicht worden.

Tillmanns: Kann man der Öffentlichkeit sagen, was Sie uns hier erklärt haben, daß ganz bestimmte Dinge auf Ihre Vorstellungen hin erfolgt sind?

Adenauer: Sagen Sie es bitte nicht!

Tillmanns: Mit Rücksicht auf Amerika und die beteiligten Mächte ist es natür-

136 Vorgesehen war: „Ansprache der Neuwähler“.

137 Das Treffen fand vom 18.–19. Juli 1953 statt unter dem Motto „Soldaten helfen Soldaten“; es sprachen Heinrich Hellwege (DP), Franz Blücher (FDP), Hermann Ehlers (CDU), Waldemar Kraft (BHE) und Heinrich Albertz (SPD). Vgl. AdG 1953 S. 4081.

lich schwierig, aber vielleicht sollten die Amerikaner Verständnis dafür aufbringen, daß wir uns in einem Wahlkampf befinden.

Adenauer: Es können Indiskretionen vorkommen. Warten Sie die Indiskretionen doch ab! (*Heiterkeit.*)

Von Lojewski: Sie würden solche Indiskretionen nicht bedauern?

Adenauer: Morgen abend kommt Herr Blankenhorn aus Washington zurück. Dann kann man der Presse mehr geben als jetzt. Im übrigen ist diese Note so ausführlich und so gut, Herr Lojewski, daß wir sofort eine Artikelserie haben. (*Von Lojewski:* Ich könnte also sagen, daß morgen Herr Blankenhorn zurückkommt?) Ja, das können Sie, aber nur, daß er zurückkommt, weiter nichts, sonst habe ich die ganze Presse auf der Bühler Höhe. Warten Sie ab. Herr Blankenhorn und Herr Hallstein kommen mit genügend Material nach Bonn zurück.¹³⁸ Damit wollen wir schließen. Ich danke Ihnen allen.

138 Zur Reise Blankenhorns vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 226f. (vgl. oben Anm. 4). Hallstein unterrichtete am 15. Juli die Presse (vgl. CDP Nr. 135 vom 15. Juli 1953).

25

Bonn, 31. Juli 1953

Vorgesehene Tagesordnung: Besprechung der Sitzung des Parteiausschusses. Kandidatenaufstellung (Landesliste). Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 11.00 Uhr

Lenz-Tagebuch

Adenauer fängt sofort an, gegen den DGB anzugehen, dessen gestrige Erklärung ein eindeutiges Eingreifen zugunsten der SPD bedeute.¹ Bundeskanzler meint, daß es kein Staat dulden könne, daß eine solche Organisation mit totalitärer Tendenz sich in solcher Weise gegen die Regierung wende und den Staat unterminiere.

1 Besonderen Anstoß erregte der Absatz: „Wer Frieden und Fortschritt, Freiheit und Einheit will, wer nicht will, daß wieder Gewaltherrschaft und Krieg, Terror und Bombennächte über uns kommen, der muß durch Abgabe seiner Stimme zur Wahl eines besseren Bundestages die Kräfte auszuschließen helfen, die das deutsche Volk zum zweitenmal ins Unglück stürzen wollen“ (zit. nach FAZ vom 1. August 1953).